

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement - Preis pränumerando:
 Vierteljährl. 3.50 Mk., monatl. 1.10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pfg. incl. ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
 abonnement: 1.10 Mark pro Monat.
 Eingetragene in die Post-Zeitungs-
 Preisliste. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Oesterreich - Ungarn
 2 Mark, für das übrige Ausland
 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr
 beträgt für die sechs-spaltige Kolonelle
 oder deren Raum 40 Pfg. für
 politische und gesellschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 25 Pfg.
 „Kleine Anzeigen“, das erste (fest-
 gedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere
 Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben
 zählen für zwei Worte. Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 8 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Verantwortlicher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 23. März 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Verantwortlicher: Amt IV, Nr. 1984.

Straffolter.

Als kürzlich die „Zeit am Montag“ erschreckende Mitteilungen über die Schicksale zweier Strafgefangener veröffentlichte, die, obwohl von schwerer geistiger Krankheit befallen, nicht nur im Gefängnis weiter schmachten mußten, sondern deren einer sogar der furchtbaren Tortur endlosen Dunkelarrestes unterworfen worden war, da brach derjenige Teil der bürgerlichen Presse, der von diesen furchtbaren Entfaltungen eines mittelalterlichen Strafsystems überhaupt Notiz zu nehmen für nötig hielt, in Aufruhr der Entrüstung und des Erstaunens aus. Unsere ahnungslosen bürgerlichen Journalisten, die niemals einen Einblick in die Zustände unserer Strafanstalten erhalten haben, hätten es ohne die dokumentarische Belegung solch entsetzlicher Fälle sicher niemals für möglich gehalten, daß solche Dinge sich in unserer oft als überhuman gescholtenen Zeit abspielen könnten! Sozialdemokratischen Journalisten, denen nur zu oft ausgiebige Gelegenheiten auch zum Studium unserer Gefängniszustände geboten wird, konnte sich leider kein solches Gefühl des Erstaunens bemächtigen. Ihnen stellten sich solch unerhörte Vorurteile nur als die natürliche Folge eines Systems des Strafvollzugs dar, dessen trostlose kulturelle Zurückgebliebenheit sie aus eigener Anschauung kennen zu lernen übergenug Gelegenheit hatten.

Ueber die Fälle Sklaroff und Groffe haben wir ferner Zeit ausführlich berichtet. Sklaroff, ein russischer Jude, war wegen angeblichen Diebstahls einer Uhr, den er in seiner durch lange Arbeitslosigkeit verschuldeten höchsten Not begangen hatte, zu Gefängnis verurteilt und im März 1900 nach Plöhen eingewiesen worden. Trotz auffälligen Benehmens bei Einlieferung hatte der Gefängnisarzt Dr. Pfleger an dem körperlich äußerst heruntergekommenen Menschen keinen geistigen Defekt zu entdecken vermocht. In der Belle sierte der Unglückliche, statt die ihm aufgetragene Arbeit trotz wiederholter Ermahnungen zu verrichten, geistesabwesend vor sich hin. Auch der Polizei-Inspektor Binding, dem auf Veranlassung des Aufsichters der Gefangene vorgeführt wurde, vermochte nichts mit dem völlig apathischen anzufangen. Das Resultat seiner Bemühungen war die Enttötung: „Sklaroff will krank sein“ und die Ueberweisung an den genannten Gefängnisarzt. Dieser entschied: „Sklaroff ist gesund und arbeitsfähig.“ Der Kernste wurde daraufhin mit fünf Tagen Arrest und Entziehung der Mittagsjuppe bestraft. Als sich trotz dieser Bestrafung das Benehmen des Gefangenen nicht änderte, wurde er zwischen dem 31. März und dem 9. Juni mit weiteren 60 Tagen Arrest und der oben erwähnten Kopfschneidung bestraft. Der Gefängnisarzt Dr. Pfleger bezeichnete jede neue ihm zur Begutachtung angezeigte Strafe als „unbedenklich“, nur am 25. April ordnete er die Aufhebung des neuen dreiwöchigen Dunkelarrestes um einige Tage an, da ihm wohl der physische Zustand Sklaroffs bedenklich vorgekommen sein mußte. Am 9. Juni endlich, als Sklaroff eine abermalige dreiwöchige Arreststrafe zur Hälfte verbüßt hatte, bestimmte Dr. Pfleger die Ueberführung des zum Gerippe Abgemagerten und völlig Entkräfteten in das Lazarett zum Zwecke der Beobachtung des Geisteszustandes.

Am 17. August wurde der Kranke dann nach der Irrenanstalt in Eberswalde überführt.

„Nur zähnelnrischend“, bemerkte zu dieser erschütternden Thatsachendarstellung die „Zeit am Montag“, könne man den den amtlichen Akten entnommenen Bericht lesen. Und die „Berliner Zeitung“ fügte noch hinzu:

„Aber das Anzeichen des inneren Menschen muß uns noch in weit stärkerem Maße überkommen, wenn wir sehen, wie brillant es jetzt dem prinziplichen Mann ohne Hinterkopf geht. Im eleganten Reife-Anzuge und behaglich ohne Havanna schmauchend fuhr er in einem Wagen erster Klasse nach Ahrenweiler in eine Privatirrenanstalt, wo er eine Reihe von guten Tagen verleben wird, bis er — wie sagte doch sein Vormund, der Herr Centrums-Abgeordnete Justizrat Am Behnhoff? — bis er gesund geworden ist.“

Der Vergleich mit dem prinziplichen Mörder lag noch viel näher bei dem zweiten Fall unsres — allzu humanen! — Strafvollzugs. Hier handelte es sich um den einen der beiden jugendlichen Mörder des Justizrats Levy, Wilh. Groffe. Am 17. Januar 1899 erklärte bereits Medizinalrat Dr. Vaer, daß Groffe an beginnender Geisteskrankheit zu leiden scheine. „Ueberführung nach einer Heilanstalt, je eher, desto besser.“

Die geforderte Ueberführung in eine Heilanstalt erfolgte nicht! Auch nicht, als er zwei Monate später einen Selbstmordversuch machte. Er wurde nur zur Untersuchung in den „Kramplaffen“ gelegt. Dr. Vaer, der schon am 17. Januar die schleunigste Ueberführung in eine Heilanstalt gefordert hatte, hielt am 10. März eine Simulation „nicht für ausgeschlossen“.

Am 23. Januar 1900 versuchte man eine Heilung dadurch, daß man Groffes Verkehr mit seinen Angehörigen inhibierte. Besonders der Bruder Arthur Groffe scheint ein „verbessertes Sozialdemokrat“ zu sein, der ihn gegen die Gefängnisverwaltung aufzureizen scheint und das „wenige an Reue, was Groffe in guten Stunden empfindet“, vernichtet, indem er ihn als Epileptiker, als nicht verantwortlich für die That hinstellt. (In der That war Groffes Vater an Delirium tremens verstorben und Wilh. Groffe Epileptiker.)

Am 20. Juli 1900 äußerte Dr. Vaer dann wieder:

Der p. Groffe ist geistig nicht gesund und bitte ich bei seiner Disziplinierung auf seinen reizbaren Zustand Rücksicht zu nehmen. In Anbetracht dieses Zustandes und da er sich absolut nicht für die Gemeinschaftsfähigkeit eignet — er wird von den andern

Gefangenen vielfach gegerert und gereizt — ist es erwünscht, den p. Groffe versuchsweise auf einige Monate in die modifizierte Einzelhaft zu nehmen.“

Groffe befindet sich noch heute im Gefängnis, trotz der Briefe von ihm aus den Jahren 1902 und 1903, die seine fortschreitende Verblödung schauerlich beleuchten! Ja, wenn er ein Prinz gewesen wäre.

Wir sind nun heute in der Lage, durch Mitteilungen, die der Strafanstalt Brandenburg entstammen, das Martyrium eines andren Gefangenen zu schildern, der an einem körperlichen Gebrechen litt, das erst nach neun Monaten „entdeckt“ wurde. Neun Monate lang hielt man den Gefangenen für einen Simulanten, den man demgemäß behandelte, wodurch man nicht nur ihm selbst sondern auch seiner unglücklichen Frau furchtbare Seelenqualen bereitete.

Die Akten lauten: Rixdorf, 4. März 1898.

Ergebnisses Wittgesuch der Frau Alb. Höhne.
 Mein Mann, der ehemalige Wehnhändler Wilh. H., geboren 19. 9. 50 in R., soll seit dem 20. 5. 07 in der Strafanstalt 2 Jahre abblühen. Ich bin, solange derselbe seine Strafe angetreten, ohne Nachricht von ihm geblieben. Darf mein Mann keinen Brief an seine Frau und Kinder schreiben? Ist ihm das nicht erlaubt? Nun, dann muß ich mich davor hüten, wenn ja, so bitte ich beim Herrn Direktor der Strafanstalt Brandenburg, denselben doch dazu anzuhalten, uns einmal Nachricht zu geben. Es sind doch 6 Kinder vorhanden, die so oft nach ihm fragen, und er würde uns doch damit mal eine Freude machen. Wir können doch nichts dafür, daß es ihm so geht, wir leiden ja alle darunter; die Kinder und ich keinen Ernährer auf diese lange Zeit, und von Almosen sich zu ernähren, ist doch schrecklich. Deshalb bitte ich nochmals um gütigen Beiseid.

Hochachtungsvoll Albertine Höhne.

An die Direktion der Strafanstalt Brandenburg a. S.

Verfügung des Direktors: Höhne ist mir morgen vorzuführen. Dr. 8. 3. 98. gez. Wiesner.

Zu antworten, daß H. in den nächsten Tagen schreiben wird und bis jetzt noch nicht geschrieben hat, weil er zu faul ist, so daß er bis jetzt noch immer kein Geld hat. Dr. 9. 3. 98. gez. Wiesner.

Brandenburg, den 9. 3. 1898.

An Frau Albertine Höhne in Rixdorf.

Auf Ihre Zuschrift vom 4. er. erwidere ich Ihnen, daß Ihr Ehemann Wilhelm H. in den nächsten Tagen schreiben wird und bis jetzt noch nicht geschrieben hat, weil er zu faul ist, so daß er bis jetzt noch immer kein Geld verdient hat.

Der Direktor gez. Wiesner. 11. 3. 98. Antrag des Gefangenen Wilhelm H. Wittet an seine Frau zu schreiben, und zwar, da seine Hände zittern, durch einen Schreiber (Mitgefangenen).

Verfügung des Direktors: Muß warten, bis das Zittern aufgehört hat. gez. Wiesner.

Rixdorf, den 24. 8. 1898.

Da ich mich in einer schrecklichen Lage der Verzweiflung befände, fühle ich mich veranlaßt, eine wohlthätige Direktion der königlichen Strafanstalt Brandenburg zu bitten, ob sie nicht die Güte haben möchte und mich benachrichtigen wolle, was mein Mann, der Wehnhändler Wilhelm H., macht? Ich habe Tag und Nacht keine Ruhe; mit 5 unmündigen Kindern sitze ich nun schon seit 14 Monaten und bekomme keine Nachricht von seiten meines Mannes, ob er krank oder gesund ist, ob er nicht schreiben kann oder nicht will. Ich bitte daher nochmals herzlich, mir doch den einzigen Gefallen zu thun um der Kinder wegen, damit wir uns beruhigen. In der Hoffnung, daß meine Bitte Erörterung findet, zeichne ich

Hochachtungsvoll Frau Alb. Höhne.

An die Kgl. Direktion der Strafanstalt zu Brandenburg.

Verfügung der Direktion: H. ist zu benachrichtigen. 25. 8. 98. 26. 8. 98. Antrag des Gefangenen Wilh. H. Bitte, an seine Frau zu schreiben.

Verfügung der Direktion: Ja. Die an die Direktion geschickte Freimarte ist zu verwenden.

Rachtrag. Da er behauptet, wegen seiner Hand nicht schreiben zu können, wird ihm ein Schreiben auch heute nicht gegeben. J. B. gez. Herrmann.

Rixdorf, 16. 11. 98.

Ich erlaube mir allerunterthänigst nochmals einer wohlthätigen Direktion Güte in Anspruch zu nehmen, um doch zu erfahren, wie es meinem Mann, dem Wehnhändler Wilh. H. geht; ob er gesund oder krank ist und warum es denn gar nicht möglich ist, daß man jemals einen Brief oder die geringste Nachricht von ihm erhält, ob er nicht schreiben kann oder darf? Ich kann es gar nicht lassen, wie es ihm doch geht, daß ein guter, fleißiger und nützlicher Mann und Vater so weit hinfahren kann, daß er seine unschuldige Familie so vergessen kann. Ich fürchte bald den Versuch zu verlieren, weil die Kinder tagtäglich nach ihm schreiben. Und noch immer keine Hoffnung. Es ist doch herzzerreißend, in solch großes Unglück zu geraten, woran ich und die Kinder doch unschuldig sind. Wenn mein Mann wirklich gegen das Gesetz gefehlt haben sollte, so find wir dadurch in eine Not geraten, wie es schrecklicher keinem Menschen auf dieser Welt ergehen kann. In der Hoffnung, daß meine Bitte nun Bewährung findet, zeichne ich

Hochachtungsvoll Frau Albertine H. der Strafanstalt Brandenburg.

Verfügung des Direktors: Der Brief ist ihm zu lesen zu geben und darf er unter Benützung der hier einliegenden Freimarte morgen schreiben, wenn er seiner Frau mitteilen will, daß er wegen großer Faulheit bisher die Erlaubnis zum Schreiben noch nicht erhalten habe. Dr. 17. 11. 98. (gez. Wiesner.) (26. 11. 98.) Höhne wird vorgeführt.

H. angewiesen, einen an die Direktion gerichteten Brief seiner Frau zu beantworten, erklärt, wegen zu starken Zitterns der Hände nicht schreiben zu können.

Verfügung des Direktors: Dem Herrn Arzte mit der Bitte vorzutragen, sich gefälligst darüber äußern zu wollen, ob wirklich ein Zittern der Hände vorhanden, durch welches das Schreiben unmöglich gemacht wird. Die Direktion: gez. Wiesner.

Ist mir heute nicht vorgeführt. Dr. 27. 11. 98. gez. Dr. Bohnstedt.

Der Gefangene Höhne zittert derartig mit der rechten Hand, daß es ihm unmöglich ist zu schreiben. Dr. 28. 11. 98. gez. Dr. Bohnstedt.

Dann kann H. unter Benützung der Freimarte, welche seine Frau geschickt, dieser mittels eines Schreibers schreiben. Die Direktion: gez. Wiesner.

Abgeschickt: 5. 12. 98. (gez. Höpner.)

H. war wegen Hehlerei mit zwei Jahren Zuchthaus bestraft. Vorher hatte er nur zwei Vagatelstrafen. Der Unglückliche, dessen Hände so stark zitterten, daß er nicht zu schreiben vermochte, war zuerst als Stricker (!) und dann als Rohrstecher (!!) beschäftigt. Daß er jeden Monat mit Kostverlust oder Arrest bestraft wurde, weil er sein Pensum nicht schaffen konnte, versteht sich am Rande!

Auch hier faßt man sich an den Kopf und fragt sich, wie es denn nur möglich war, daß man trotz der herzerweichenden Briefe der Frau und der immer wiederholten Erklärung des Gefangenen, nicht schreiben zu können, erst nach neun Monaten auf den Gedanken kam, den Mann ärztlich auf sein behauptetes Gebrechen untersuchen zu lassen!

Wer freilich weiß, daß ein Strafgefangener nur eine Nummer ist, die gleichgültig und nach Schema F gleich einer Sache behandelt wird, dem ist das ebenso wenig unbegreiflich, wie die Fälle Sklaroff und Groffe. Ueber unsere Strafanstalten sollte das Dante'sche Wort stehen: „Lasciate ogni speranza voi ch'entrato“ — „Ihr die Ihr eintrittet, laßt alle Hoffnung fahren!“

Es ist nicht angeborne Härte, die sich in solchen Vorkommnissen äußert, sondern der abstumpfende Einfluß eines bürokratischen Räderwerks, das alles Menschliche zermalmt und nur den „Beamten“ übrig läßt, der nach eiserner Schablone seine „Pflicht“ thut. Dazu die kapitalistisch vorgefaßte Meinung, in jedem Unglücklichen den Verbrecher zu sehen, den verruchten Hebelthäter. Jeder Schwache wird da zum Faulenzer, der bestraft wird, ohne den Verschüchterten erst anzuhören, jeder Irresinnige zum Simulanten, der den „wilden Mann“ spielt, um den geplagten Beamten das Leben sauer zu machen und der verdienten Strafe zu entgehen! Das trostlos eintönige Verwaltungsgeschäft macht den häufig überarbeiteten Beamten reizbar, mißtrauisch und gleichgültig. Jede unbehagliche Befehlsgang wird ärgerlich beiseite geschoben. So geht es auch den Ärzten, so geht es den Gefängnisgeistlichen, unter denen weiserzige, genügend für ihren schweren Beruf vorgebildete Personen eine Seltenheit sind.

Das Beamtenpersonal ist vollends seiner Herkunft und Vorbildung nach so ungeeignet wie nur möglich. Woher sollten ausgebildete Offiziere und Unteroffiziere ein feineres psychologisches Verständnis haben, das doch gerade Beamten des Strafvollzugs so bitter noththäte!

Mittelalterlich, barbarisch wie das kapitalistische Strafrecht ist auch der Strafvollzug. Kein Wunder, daß die Bestrafung der Gefangenen nicht besser, sondern verbittert, sie verstockt macht, sie zu Berufsverbrechern erzieht! Kein Wunder, daß bei einem solchen Strafvollzug Dinge passieren, die jedem fühlenden Menschen die Haut schauern machen!

Politische Ueberblick.

Verlin, den 22. März.

Ueber den Stand der deutsch-russischen Handelsvertrags-Verhandlungen bringt die „Königliche Volkszeitung“ eine „authentische“ Meldung aus St. Petersburg, die völlig bestätigt, daß trotz der wiederholten langen Konferenzen der deutschen und russischen Unterhändler im Herbst vorigen Jahres die Verhandlungen bisher nicht über eine erste gegenseitige Fühlungsnahme hinausgekommen sind. Nach der Mitteilung des Kölner Mattes wurde dem Gehilfen des russischen Finanzministers, Geheimrat Timirjaseff, bei seiner letzten Anwesenheit in Verlin ein Memorandum der deutschen Regierung übergeben, in welchem es hieß, daß die deutsche Regierung den Verhandlungen nur ihren Tarif zu Grunde legen könne, wenn sie auch eventuell bereit sei, bei einigen Positionen gewisse Zugeständnisse zu machen. Ausgeschlossen von Konzessionen seien die Getreidezölle und die Vieh- und Fleischzölle. Dieses Memorandum der deutschen Regierung wurde in St. Petersburg für unidiskutabel erachtet, und die russische Regierung stellte ihrerseits, wenn auch in durchaus langwieriger Form, ihren Standpunkt fest, daß sie einen Handelsvertrag nur auf Grundlage der Gleichberechtigung für möglich erachte. Einer solchen am nächsten sei eine ihr der jetzt bestehende Handelsvertrag zu kommen. Wenn aber Deutschland seinen Zolltarif jetzt dahin ändere, daß von der russischen Einfuhr insgesamt eine höhere Zollsumme erhoben werde, so müsse auch

Rußland darauf Bedacht nehmen, daß auch die deutsche Waren-Einfuhr nach Rußland mit dem entsprechenden Zollpluss belastet wird. Es könne sich alsdann bei den Handelsvertrags-Verhandlungen nur darum handeln, welche Einfuhrgegenstände mit erhöhten Sätzen belegt werden sollen. So hat die russische Regierung ihren Standpunkt dahin bekundet, daß sie auch bei erhöhten Zollsätzen für russisches Getreide, Fleisch und Vieh bereit ist, in Handelsvertrags-Verhandlungen zu treten, und nur betont, daß sie gegenüber den Erhöhungen, welche der neue deutsche Tarif für die russische Einfuhr bringt, ein entsprechendes Äquivalent in der Mehrbelastung verschiedener deutscher Einfuhrartikel suchen müsse. Aus der diplomatischen Sprache in die gewöhnliche übersezt, hat die russische Regierung entschieden erklärt, daß es undenkbar sei, russischerseits Deutschland im wesentlichen den bisherigen Handelsvertrag zu lassen, wenn Deutschland einen für Rußland weit ungünstigeren Zolltarif einführe. Schließlich hat die russische Regierung betont, daß sie in der Art der Führung der Verhandlungen Deutschland den vollsten Spielraum lasse. Wenn Deutschland den diplomatischen Weg einschlagen wolle, so sei die russische Regierung damit einverstanden, wie sie auch andererseits ebenso bereit sei, die zweite Lesung des Tarifs auf Wunsch der deutschen Regierung in St. Petersburg stattfinden zu lassen.

Auf diese russische Erklärung ist seitens Deutschlands noch keine Antwort erfolgt. Das einzige, was nach außen hin von deutscher Seite seitdem getan ist, besteht in der Berufung des deutschen Generalkonsuls Legationärats v. Maron zur Bericht-erstattung nach Berlin. Unrichtig sind jedenfalls alle Behauptungen, die dahin gehen, daß ein Zusammenritt der deutschen und russischen Delegierten in St. Petersburg deshalb nicht stattgefunden habe, weil seitens der russischen Regierung hierzu noch keine Einladung erfolgt sei. Eine solche Einladung kann nicht erfolgen, solange die russische Regierung nicht weiß, welchen Modus in der Führung der Verhandlungen Deutschland einzuschlagen wünscht.

Ein neuer Rechtsgrundsatz.

Der Polizeipräsident von Berlin hat sich die Mühe genommen, die Öffentlichkeit darüber aufzuklären, wie sich die Rechtsgrundzüge in seinem Kopf politisch modifizieren. Eine sogenannte Anarchisten-versammlung war aufgelöst worden, als ein Redner für den Generalkonferenz eintrat. Auf die Beschwerde wegen der ungerechtfertigten Auflösung ist folgender Bescheid eingetroffen:

„Das polizeiliche Einschreiten gegen die als Volksversammlung angemeldete Versammlung am 1. Februar, über welches Sie Beschwerde führen, wurde durch die Ausführungen des Redners Stahlmühl veranlaßt. Nach Inhalt des Uebervachungsberichts hat dieser Redner sich eingangs seines Vortrags als Anarchist bekannt und erklärt, daß sein Bestreben auf Befreiung der bestehenden Gesellschaftsordnung gerichtet sei. Seine an diese Erklärung sich anschließenden Ausführungen von der Unwirksamkeit bürgerlicher Strafen und der Notwendigkeit ihres Ersatzes durch allgemeine Anschläge ließen jedenfalls im Zusammenhang der Rede auf eine Empfehlung des Generalkonferenz zum Zwecke des Umsturzes der bestehenden Gesellschaftsordnung hinaus. Solche Ausführungen in einer jedermann zugänglichen Volksversammlung sind polizeilich unzulässig, weil die dadurch verbreiteten anarchischen Grundzüge geeignet sind, nicht nur die Teilnehmer der Versammlung, welche aus dem Boden der geltenden Gesellschaftsordnung stehen, zu beunruhigen, sondern auch die allgemeine Sicherheit zu gefährden. Der überwachende Beamte war deshalb verpflichtet, weitere Ausführungen, welche die dem Anarchismus eigenständige, mit den gesetzlichen Vorschriften ganz unvereinbare Ausübung des Koalitionsrechts zu revolutionären Zwecken zum Gegenstand hatten, nicht zuzulassen. Sein dahingehendes Verbot ist weder von dem Redner beachtet, noch von dem Versammlungsleiter unterstügt worden. Vielmehr war nach der Unterbrechung des Redners zu beforchten, daß ein weiteres gegen ihn allein gerichteter Einschreiten eine Störung der Ruhe, Ordnung und Sicherheit innerhalb der Versammlung nach sich ziehen könnte. Deshalb war nach Lage der Verhältnisse die Auflösung der Versammlung die weitere notwendige und pflichtmäßige Maßregel. Ich weise deshalb Ihre gegen das Verhalten des überwachenden Beamten gerichtete Beschwerde als unbegründet zurück.“

v. Porries.

Diese Rechtfertigung einer Auflösung ist geeignet, nicht nur die an der Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Rechtszustandes interessierte Bevölkerung zu beunruhigen, sondern auch die allgemeine Rechtsicherheit auf das schwerste zu gefährden.

Eine Versammlung kann nur aufgelöst werden, wenn in ihr zu strafbaren Handlungen angezogen wird oder wenn die öffentliche Ordnung unmittelbar bedroht ist. In beiderlei Hinsicht kann hier keine Rede davon sein. Das Koalitionsrecht und seine Ausübung im Streik ist — abgesehen von den Einschränkungen des § 153 — allgemein gestattet. Kein Gesetz verbietet den Generalkonferenz. Man kann also auch zum Generalkonferenz auffordern. Der Polizeilieutenant befand sich durchaus im Unrecht, als er die Aufforderung zum Generalkonferenz für unzulässig erklärte.

Der Polizeipräsident freilich überbietet noch den Polizeibeamten. Er führt einen ganz neuen Rechtsgrundsatz ein, der — konsequent durchgedacht — dahin führen muß, daß jede vom Gesetz erlaubte Handlung von Polizeibehörden verboten werden kann. Herr v. Porries spricht von einer „mit den gesetzlichen Vorschriften ganz unvereinbaren Ausübung des Koalitionsrechts zu revolutionären Zwecken“. Mit welchen Vorschriften ist der Generalkonferenz unvereinbar? Herr v. Porries revolutioniert alles Recht, indem er nicht die Verübung bestimmter Handlungen als Vorbedingung der Strafbarkeit für notwendig hält, sondern er dekretiert, daß gesetzlich erlaubte, ja begünstigte Handlungen dann den Charakter des Unzulässigen erhalten, wenn ihre Wirkungen der Polizei nicht gefallen. Die Ausübung der gesetzlichen Rechte wird dadurch strafbar, daß sie für die Polizei unerwünschte Folgen haben können. Es ist auch durchaus selbst in Polizeisinn erlaubt, die Gesellschaftsordnung zu ändern, falls gesetzliche Mittel angewendet werden. Wenn der gesetzlich durchaus erlaubte Generalkonferenz die Wirkung haben sollte, daß die Unhaltbarkeit der Gesellschaftsordnung eingesehen wird, was geht das der Polizei an! Aber selbst wenn die Wirkung einer gesetzlichen Handlung zu Unzulässigkeiten führen könnte, bleibt die Handlung doch zulässig.

Nach der Logik des Polizeipräsidenten könnte der Genuß von Alkohol künftig verboten werden, weil ja möglicherweise im Rausch ein Vergehen verübt wird.

Die Erwerbung von Reichstimmern wird auch polizeilich unzulässig sein, da die Anhäufung zur Aufreizung der besitzlosen Klasse führt.

Und schließlich wird Herr v. Porries auch eine Aufforderung zur Reichstagswahl für polizeilich unzulässig erklären, wenn die „Ausübung“ des Wahlrechts den ausgesprochenen Zweck verfolgt, die heutige Klassenherrschaft zu befeitigen! So wird die Polizei über alles Gesetz erhaben, sie darf willkürlich verfügen, ob sie die Ausübung eines gewährleisteten Rechts gestatten will oder nicht. Das Recht verbietet gewisse Handlungen, weil sie an sich unzulässig sind, die Polizei aber verbietet zulässige Handlungen, weil sie Wirkungen vermutet, die zwar auch gesetzlich sind aber auf dem Polizeipräsidenten unangenehm empfunden werden.

Herr v. Puttkamer sah einst angstvoll hinter jedem Streik die Hydra der Revolution. Herr v. Porries braucht sich bloß dieser

Zuschauung anzuschließen und jede Versammlung kann aufgelöst werden, in welcher zu einem Streik aufgerufen wird.

Der neue „Rechtsgrundsatz“, den der Polizeipräsident in dem obigen Bescheide verkündet, beweist aufs neue, wie dringend notwendig eine reichsgesetzliche Sicherung des Koalitions- und Vereinsrechts gegen polizeiliche und gerichtliche Eingriffe ist. Welche Rechtsicherheit besteht noch, wenn es in das polizeiliche Verbot gesetzt ist, ob die „Ausübung“, d. h. Ausübung gesetzlicher Rechte zulässig oder nicht ist! Wir bedürfen dann überhaupt keiner Gesetze mehr, sondern es bleiben dann alle Handlungen verboten, sofern sie nicht durch einen polizeilichen Erlaubnischein konfessioniert sind. —

Preussisches Abgeordnetenhause.

Im Abgeordnetenhause wurde am Dienstag die Debatte über das Elementar-Unterrichtswesen fortgesetzt. Das Centrum forderte nochmals die geistliche Schulinspektion, da die Geistlichen die gegebenen Berater der Lehrer seien und da nur sie ein Urteil darüber hätten, ob die Kinder eine genügende religiöse Erziehung erhielten. Es genügt den frommen Centrumsleuten natürlich nicht, daß der Kindern auf der Volksschule ein überflüssiges religiöses Wissen eingepaukt wird, sie verlangen auch für die Fortbildungsschulen den obligatorischen Religionsunterricht. In den Schuldeputationen sollen nach Ansicht des Centrums stets der erste evangelische und der erste katholische Geistliche Sitz und Stimme haben. Es ist durchaus überflüssig, eine solche Mahnung an die Regierung zu richten, die schon heute, wie der Kultusminister Studt erklärte, bemüht ist, die katholischen und evangelischen Geistlichen in die Schuldeputationen hineinzubringen. Wie schädlich die Geistlichen hier wirken, davon wissen die Gemeindevertretungen, denen auf diese Weise der letzte Rest ihres Selbstverwaltungsrechts geraubt wird, ein Lied zu singen.

Im weiteren Verlauf der Debatte, die am Mittwoch fortgesetzt werden soll, wurden teils lokale Wünsche, teils Klagen über angeblich unparitätische Behandlung der einen oder anderen Konfession zur Sprache gebracht. —

Deutsches Reich.

Die Verlegung der China-Wahrheit.

Noch immer läßt die bürgerliche Presse bei jeder sich bietenden Gelegenheit, daß der „socialdemokratische Hummerbrief-Schwinkel“ erwiesen sei. Dabei ist in keinem einzigen Fall bisher nachgewiesen, daß jene Briefe gefälscht gewesen seien, ja auch nicht einmal, daß eine in ihnen mitgeteilte Tatsache falsch oder übertrieben sei. In Berliner Prozessen hat man zwar drei „Vortwärts“-Redakteure schwer verurteilt, aber in dem entscheidenden Falle den Wahrheitsbeweis verhindert.

Man scheint aber überhaupt keine Eile zu haben, daß die Wahrheit über China erlautet werde. Wir berichteten kürzlich, daß in Essen es zu solcher gerichtlichen Klarstellung kommen werde. Nun wird uns von dort geschrieben:

Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft ist plötzlich die in dem bekannt gewordenen Verfahren gegen einen ehemaligen Chinaltrier wegen angeblicher Verleumdung auf den 23. März angelegte Verhandlung vor der Strafkammer in Essen aufgehoben worden ohne Angabe eines neuen Verhandlungstermins. Von dem Angeklagten waren eingehende Weisungsanträge gestellt, wozu zwölf Zeugen, alles ehemalige Chinaltrier, geladen werden sollten. Der Strafverfolgung liegt folgender Sachverhalt zu Grunde: In einer allgemeinen Arbeiterversammlung in Essen im Januar d. J. erhob der Referent, Vic. Mumm, gegen die Socialdemokratie die üblichen Anklagen: daß gegen christliche Grundzüge, Verhöhnung der Religion als Partheisache usw. Durch diese Kritik provokziert, nahm der Schreiner Fiedler das Wort und führte aus, daß das Christentum gar nicht schlimmer bekämpft und verleugnet werden könne, wie das oft seitens derer geschehe, die sich als Träger des Christentums aufspielen. Fiedler, der als Musketier die Expedition nach China mitgemacht hatte, wies den Diener Gottes dann hin auf die Art und Weise, wie im Namen des Christentums in China „Kultur“ verbreitet worden ist.

Nun nahm ein nationalliberaler Redner das Wort, der sich über den „Vortwärts“ und andre socialistische Blätter empörte wegen der Veröffentlichung von Hummerbriefen. Dieser Herr forderte Fiedler auf, einmal zu erklären, ob er vielleicht die Hummerbriefe für echt halte, oder ob er zugebe, sie seien erfunden. Fiedler gab dem Reuziergen die Antwort, er wisse aus eigener Kenntnis, daß in China nicht nur gemeine Soldaten, sondern auch Offiziere sich an Raub und Mord beteiligt hätten. Redner machte sodann eingehende Angaben über grobe Mißhandlung von Mäusen, Erschießung eines Chinesen und Aneignung fremder Verfassungen.

Durch diese Ausführungen sollen der Oberleutenant Mansfeld und der Lieutenant von Bränninghausen beleidigt worden sein.

Man darf wirklich gespannt darauf sein, was aus dem Verfahren wird, das jetzt ohne ersichtlichen Grund auf unbestimmte Zeit vertagt worden ist. —

Die konfessionierten erklaffigen Menschen. Nachdem der vielbesprochene Garderoman des Grafen Wolf Daudissin über die erklaffigen Menschen seit Monaten in allen Händen ist, geht man nun aus Konfessionen. Am Dienstag wurde das Buch aus verschiedenen Berliner Buchhandlungen von der Polizei fortgeholt. Soweit uns bekannt ist, bei der Beschlagnahme, entgegen den Vorschriften des Preßgesetzes, nicht angegeben worden, welche Stellen des Romans strafbar sein sollen; ja, man hat nicht einmal mitgeteilt, auf Grund welcher Paragraphen das die Voraussetzung einer Beschlagnahme bildende Strafverfahren eingeleitet sei.

Man weiß also bisher nicht, wer oder was sich getroffen gefühlt hat. —

Amtsblatt gegen Amtsblatt.

Die Bestellung der Wahlcouverts. Die in Heilbronn erscheinende „Redar-Zeitung“, Amtsblatt für die württembergischen Oberamtsbezirke Heilbronn und Redarjulin, erklärt gegenüber den Dementierversuchen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, auch sie habe von authentischer Seite folgende Thatsachen erfahren:

Es ist Thatsache, daß die Anfertigung von 10 Millionen Wahlcouverts von Berlin aus bestellt wurde.

Es ist Thatsache, daß die Herstellung des hierzu nötigen Papiers in der Papierfabrik in Penig in Sachsen in Arbeit gegeben wurde.

Es ist Thatsache, daß besondere Discretion für diese Bestellung zur Pflicht gemacht wurde.

Diese Thatsachen werden uns von besunterrichteter Seite verbürgt.

Tragt sich nun: wozu diese Bestellung, die in der That als eilig bezeichnet wurde?

Und weiter sagt die „Redar-Zeitung“:

„Detestliche Kreise hatten und haben die Auffassung, daß eine Auflösung des Reichstags an höchster Stelle ins Auge gefaßt wurde in Hinsicht auf die erheblichen Abstriche, welche die Budgetkommission am Mikäretat vornahm, und bringen auch den plötzlichen Fall des § 2 des Jesuitengesetzes just in diesem Augenblick damit in Zusammenhang: Der Reichstanzler habe diesen Ausweg vorgezogen.“

Wir lassen dahingestellt, ob die letztere Mitteilung über den Versuch des Auflösungsglances richtig ist. Im übrigen bestätigen die Thatsachen, von denen das Amtsblatt Kenntnis genommen hat, unsere Mitteilungen. Insbesondere wird die von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ vertauschte und verleugnete Thatsache bestätigt, daß die harmlose Papierbestellung nicht nur als eilig, sondern auch unter der Verpflichtung zu besonderer Discretion besorgt worden ist. —

Für ein Regierungsdementi zu dumm? Die gestern von uns wiedergegebene Nachricht, daß die Reichsregierung in der nächsten Reichstagsession nichts geringeres beabsichtigt, als unter Umsturz des Flottengesetzes ein weiteres, drittes Schlachtschiffgeschwader zu fordern, wird seitens der „Nordd. Allg. Ztg.“ totgeschwiegen. Die Nachricht scheint also so wahr zu sein, daß man ihr durch jene beliebige Ausflucht zu entgehen vermag.

Die „Berl. Neuest. Nachr.“, die im Panzerplattengeschäfte heimlich sind, bemerken über die Flottenabsichten der Regierung:

„Als sicher kann man bisher nur zweierlei ansehen: erstens, daß nach früheren Erklärungen des Staatssekretärs v. Tirpitz ein Ersatz für die im Flottenplan von 1900 abgelehnten Auslandsschiffe bis zum Jahre 1905 gefordert werden muß; zweitens, daß die maßgebenden Stellen von dem Plane, Auslandskreuzer zu beschaffen, mehr abgelenken sind, und schwerere Schlachtschiffe für angebrachter halten.“

Ministerielle Wahlagitation. Die Minister scheinen sich von ihren Reden gegen die Socialdemokratie eine ganz besondere Wirkung zu versprechen. Sie beklagen eifrig Beamte und Arbeiter mit den Produkten ihres Geistes. Nicht nur wird das Land mit Billionen Zukunftsstaatsverschuldung überhäuft — auf wessen Kosten? —, sondern auch Herr Duddé, der preussische Eisenbahngewaltige, legt Wert darauf, daß „seine“ Arbeiter erfahren, was er will. Zu diesem Zweck hat er seine Herrenhausrede vom 12. Februar ds. J. als Flugblatt drucken lassen und spendet sie kostenfrei unter dem Titel „Dienstliche Treue“ jedem, der sie will und nicht will. In dieser Rede hat Herr Duddé den in staatlichen Verhältnissen beschäftigten Arbeitern die beiden Grundrechte aller Staatsbürger genannt: das Koalitionsrecht und das Recht der freien Meinungsäußerung. Dafür erzählt Herr Duddé, daß er einen wegen seiner königstreuen Gesinnung von den Socialdemokraten „terrorisierten“ Mann mit fünf Kindern, der nirgends Arbeit finden konnte, in einer Staatswerkstätte untergebracht hat. Wenn dieser Fall von Terrorismus wirklich vorgekommen wäre — in Wirklichkeit handelt es sich um das Duddésche Wohlwollen für einen Denunzianten — was will er gegen den principellen Terrorismus der Eisenbahnverwaltung besagen, die sich anmaßt, jeden Arbeiter auf die Straße zu werfen, der nicht Staatsklave, sondern ein Staatsbürger sein will und seine verfassungsmäßigen Rechte so ausübt, wie es seinem Interesse und seiner Ueberzeugung entspricht!

Auch Herr Kraetke, der Leiter der Reichspost, bemüht sich um staatsbehaltende Wahlagitation. Allerdings ist er urteilsfähig genug, um seinen eignen Reden keine besondere agitatorische Kraft zuzutrauen. Dafür wurde in der Postverwaltung eine Schrift von Prof. Westphal, Hauptmann der Landwehr, gratis verbreitet, die sich angeblich über „Das deutsche Arbeitervereinswesen, seine Ziele und seine Bedeutung für den Staat“ ausläßt, in Wahrheit aber eine der Drogenchriften gegen die Socialdemokratie ist. Es wird darin zum Beitritt in Arbeitervereine aufgefordert; denn die Organisation der — unpolitischen! — Arbeitervereine solle, wie es schon heißt, „der Kristallisationspunkt werden für die Sammlung aller Vaterlandsfreunde gegenüber den Umsturzbestrebungen der Socialdemokratie zum Segen unseres Volkes und unseres geliebten Vaterlandes.“

Die Minister schätzen die Intelligenz des deutschen Volkes wirklich beleidigend tief ein, wenn sie glauben, daß der bloße Aufwand von Papier, Druckerzwänge und „autoritären“ Namen genügt, um jedem Insim über die Socialdemokratie Wirkung zu erzeugen. Die Herren machen sich lediglich um die Hebung der Papierindustrie verdient und werden allerdings den Erfolg erzielen, daß „ihre“ Beamten und Arbeiter ehrsüchtig einsehen, wie viel Verstand doch dazu gehört, Minister zu werden. —

Duddés Musterarbeiter.

Am 12. Februar d. J. Minister Duddé im Herrenhause über die Arbeiterverhältnisse in den Eisenbahnbetrieben sprach, hielt er zugleich die jedem preussischen Minister ziemende Rede gegen die socialdemokratischen Umtriebe. Bei der Gelegenheit zeigte Minister Duddé die abgrundtiefe Abscheulichkeit der Socialdemokraten gegen die Arbeiter, die sich das alte Gut der königstreuen bewahrt hätten. Herr Duddé erzählte:

„Mir wurde, und zwar vom Herrn Minister des Innern, der Name eines Mannes mitgeteilt, der sich bei Gelegenheit königstreuen gezeigt und seiner königstreuen Gesinnung Ausdruck gegeben hatte. Die socialdemokratischen Agitatoren forderten und erreichten seine Entlassung aus einer Fabrik und duldeten nicht, daß der betreffende Metallarbeiter, ein anerkannt tüchtiger Mann in seinem Fach, in irgend einer andern Fabrik seines Bohrnorts Stellung fand. Der Mann hat wochenlang vergeblich versucht, Arbeit zu bekommen, er fand für seine Frau und fünf Kinder kein Brot. Darauf fragte mich der Herr Minister des Innern, ob ich ihn nicht anstellen könnte. Sobald ich den Sachverhalt festgestellt hatte, habe ich verfügt, daß der Mann in eine Staatswerkstätte aufgenommen werde, damit er nicht in dieser Weise von der Socialdemokratie für seine königstreue Gesinnung verfolgt würde. Ich habe mich gefreut, daß ich dieser Familie mit fünf Kindern Brot geben konnte. (Bravo!) Das ist die Art, wie die Socialdemokratie arbeitet, wie sie versucht, die Leute, die ihr nicht willig sind, zu hohlotieren, ihnen den Broterwerb unmöglich zu machen; und dann wird geschimpft, wenn ich Leute, die ihren Arbeitsvertrag gebrochen haben, entlasse.“

Da der Minister Namen und Fabrik verschwiegen, war es unmöglich, den von ihm vorgebrachten Fall zu prüfen. Unwahrscheinlich erschien der Fall von vornherein. Jetzt ist die Zeit am Montag in der Lage, Aufklärung zu schaffen, die für das Verhalten des Ministers Duddé geradezu vernichtend ist. Die königstreue des braven Arbeiters, den Herr Duddé vor dem ganzen Lande feiert, hat sich darin bewährt, daß der Mann in zwei Fällen Mitarbeiter wegen Wahrscheinlichkeitsbeleidigung denunziert hat. Mit dem Denunzianten wollten allerdings die andern Arbeiter nicht länger gemeinsam arbeiten. Dafür hat der Denunziant die Günst des Ministers des Innern und des Eisenbahnministers im reichsten Maße erworben, er ist unter außerordentlichen Bedingungen in den Eisenbahnbetrieb eingestellt worden. Die Eisenbahnarbeiter werden genötigt, mit dem Denunzianten zusammen zu arbeiten, und sie müssen aus dem Verhalten der höheren Amtsstellen zu der Annahme gelangen, daß schamlose Denunziationen ein besonders verdienstvolles Werk sind.

Kennzeichnend aber zugleich ist die Kampfesart des Ministers vor dem Herrenhause. Dort stellte er es so dar, als hätten Socialdemokraten einen Arbeiter lediglich wegen seiner politischen Gesinnung, wegen seiner königstreuen terroristischen ums Brot gebracht. Der Minister verschwiegen, daß sein Schützling die königstreue durch eine Handlungsweise bewiesen hatte, die in allen anständigen Kreisen verachtet wird. —

Liberaler „Wahlreform“. Zur Wahlrechtsreform ist innerhalb der nationalliberalen Fraktion des Abgeordnetenhauses folgender Antrag vorbereitet bezw. vereinbart worden: „Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, die königliche Staatsregierung zu ersuchen, 1. baldmöglichst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen a) eine anderweitige Feststellung der Wahlbezirke für das Haus der Abgeordneten unter Berücksichtigung der inzwischen eingetretenen erheblichen Vermehrung der Bevölkerung herbeigeführt, die Gesamtzahl der

Abgeordneten und die Wahlorte neu bestimmt werden; b) § 4 des Gesetzes vom 29. Juni 1893 aufgehoben und die gemeindeweise Bildung der Abteilungen wieder hergestellt wird; c) die Abteilungen in der Art gebildet werden, daß von der Gesamtsumme der Steuerbeträge aller Urtwähler fünf Zwölftel auf die erste Abteilung, 4/12 auf die zweite Abteilung und 1/12 auf die dritte Abteilung entfallen; 2. für die Wahlhandlung sowohl bei den Wahlen der Wahlmänner wie bei denen der Abgeordneten neue, dem Verfahren bei den Stadtverordnetenwahlen in den östlichen Provinzen entsprechende Bestimmungen zu treffen.

Diese „Reform“ bedeutet noch eine Verschärfung des Einflusses des Reiches gegenüber den Provinzen. Es ist eine Wahlreform zur Erzeugung von Rationalisten! —

Wilde Beschimpfung der Justiz

vollbringt die staatsverachtende „Post“. Zwar will die „Post“ dem Staat nicht die Kosten des durch ihre Schuld eingeleiteten Strafverfahrens ersparen, aber sie wütet, wie wir voraussagten, gegen den Beschluß des Nizdorfer Amtsgerichts, der die Verfolgung sozialdemokratischer Wahlmänner wegen Groben Unfuges ablehnt. Es ist äußerst reizvoll zu betrachten, wie das konservative Hegeblatt, das jede sozialdemokratische Kritik gegen richterliche Handlungen als Untergrabung der Ordnung und Autorität beschimpft, selbst gegen richterliche Handlungen vorgeht, die einem Parteistandpunkte nicht gefallen. Die „Post“ leistet hier einen vollen Zeittartikel unter der Aufschrift: „Ein unbegreiflicher Gerichtsbeschluß“. Es ist wirklich unbegreiflich, daß ein preussischer Richter über die Anwendung des Groben Unfuges-Paragrapheu anderer Meinung sein darf als die Schatzkammer der „Post“. Es ist unbegreiflich, daß die Justiz die ungeheuerlichen Unthaten, die in Nizdorf bei der Abgeordnetenwahl verübt worden sind, gewähren zu lassen sich erlaubt.

Was ist in Nizdorf geschehen? Die „Post“ wütet von „frecher Verhöhnung von Staatsanwaltschaften, größtenteils Beschimpfung eines Beamten, Verleumdung und tätlicher Belästigung von Staatsbürgern, von ohrenbetäubendem Gebrüll, von Verbarbarisierung des jugendlichen Wahlsitzes“ usw. In der sinnlosen Wut verurteilt aber die „Post“ den Staatsanwalt aufzuführen, wegen all dieser durch die Bestimmungen des Strafgesetzbuches verbötenen und mit Strafe bedrohten Handlungen gegen die Bestuhler einzuschreiten. Sie fordert nicht einmal ein Einschreiten aus § 183 Str.-G.-B., sie fordert auch nicht ein Einschreiten wegen Verächtlichmachung von Staatsanwaltschaften. Bei dem großen Einfluß, den sie ihren Ratsschlüssen an den Staatsanwalt beizumessen, dürfte sie dann doch wenigstens gehörige Strafen von einigen Jahren Gefängnis erwarten. Die „Post“ ist im Ueberzorn zu der lächerlichen milden Forderung verfallen, daß gerade der Grobe Unfuge-Paragraphe, der höchstens sechs Wochen Haft eintragen kann, angewendet werden müsse, gerade derjenige Paragraphe, der auf die von der „Post“ erlogenen Handlungen der sozialdemokratischen Wahlmänner nicht angewendet werden kann.

Die „Post“ betrachtet es „als ganz selbstverständlich, daß die Staatsanwaltschaft sich mit diesem Beschluß nicht zufrieden“ giebt. „Es würde in der That die Bankrotterklärung des Reiches sein“, wenn es nicht möglich sein sollte, die Verurteilung der Wahlmänner herbeizuführen. „Es kann unmöglich bei diesem Entschiede bleiben.“

Wenn die Sozialdemokratie sagen würde, ein Gerichtsbeschluß bedeute die Bankrotterklärung des Reiches, wie viele Jahre länger würde die „Post“ fordern?

Es wird sich zeigen, ob die Staatsanwaltschaft sich nochmals durch die Wutausbrüche der „Post“ überreden läßt, daß es „ganz selbstverständlich“ ist, im Beschwerdewege die Anwendung des Groben Unfuges-Paragrapheu auf Handlungen lediglich politischen Charakters zu fordern.

Das Verbot von Grunderwerb durch Polen. Die Beratung in der Kommission des Herrenhauses für das Anstiedlungsgesetz kam gestern nach ausgedehnter Generaldebatte zu dem § 15b der Vorlage, der bestimmt, daß der Präsident der Anstiedlungskommission die Anstiedlungsgenehmigung verweigern kann, wenn nach seiner Ansicht die Anstiedlung mit den Zielen des Anstiedlungsgesetzes von 1886 im Widerspruch steht. Die Absicht dieses Paragrapheu, der im Widerspruch mit der preussischen Verfassung und den Grundrechten des Reichs steht, ist den Polen der Grunderwerb unmöglich zu machen. Der Minister des Innern und der Finanzminister waren, so meldet ein Bericht, persönlich zur Stelle und griffen wiederholt in die Debatte ein.

Schließlich wurde die Bestimmung mit 12 gegen 7 Stimmen im Prinzip gutgeheißen, doch soll nicht der Präsident der Anstiedlungskommission, sondern eine andere Instanz mit jener Befugnis ausgestattet werden. Eine Subkommission soll die neue Fassung des Paragrapheu feststellen.

Augenscheinlich will man also die allzu brutale Form mildern, um die brutale Rechtswidrigkeit in der Sache zu retten. —

Ein Korruptionsfonds. In der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses, über deren letzte Sitzung wir an anderer Stelle berichteten, teilte der Finanzminister beim Titel Ostmarkenzulagen — der mit zwölf gegen sechs Stimmen angenommen wurde — mit, daß die Zulage 8220 Beamten bewilligt sei, während 322 Beamte sie nicht erhalten, teils wegen mangelhafter Dienstführung, teils wegen nationaler Unzuverlässigkeit.

Aus dieser Verteilung geht hervor, daß die Zulage nur eine widerwärtige Streberei großziehen kann, die sich als „nationale Unzuverlässigkeit“ aufstellt.

Uebrigens, welcher Beamte ist nach Herrn Rheinbaben national zuverlässig, derjenige, welcher die Eudell-Wirtschaft begünstigt oder wer sie bekämpft? —

Zur Hebung des geistigen Niveaus. Die „Kreuz-Zeitung“ lamentiert:

„Seitdem die Sozialdemokratie die Reichstagsdebatten beherrscht und ihre Mitglieder sich zu Stundentrednern ausgebildet haben, ist der Reichstag in allen seinen Teilen verdrängt.“

Die geistige Bedeutung des Reichstages wird erst dann auf der Höhe sein, wenn nur noch der Vorsitzende der konservativen Fraktion, Herr v. Normann, das Wort nehmen darf. Die ganze Welt wird gespannt lauschen, wenn die Sitzungen dann nur noch aus zehn konservativen Reden bestehen, in denen Herr v. Normann zehnmal sich auf die Erklärung „beschränkt“: „Ich stehe auf dem Standpunkt des Herrn Ministers“, höchstens etwa mit der Variation: „Ich stehe auf dem Standpunkt der Landwirtschaft.“ —

Aus dem Reiche Rheinbaben.

In der Budgetkommission des preussischen Abgeordnetenhauses wurde in der Sitzung am Montagabend hervorgehoben, daß die Banken und Institute, welche im Februar

70 Millionen preussische Konsols

zum Kurse von 91,20 übernahmen, erheblich zu Schaden gekommen seien, weil unmittelbar nach Begebung der Anleihe der russisch-japanische Krieg ausbrach, infolgedessen der Kurs der Konsols auf 89,70 sank. Der Finanzminister erwiderte darauf, daß die Staatsregierung nicht gewußt hätte, daß die Kriegsgefahr eminent sei. Die Kurse der Staatspapiere seien auch in England und Frankreich zurückgegangen. Er — der Finanzminister — habe den Banken, welche die Anleihe noch im Erfors behalten hätten, einen billigen Zwischkredit gegeben. Daran schloß sich eine Bepfropfung über

die Kurse der staatlichen Anleihen

überhaupt und die Mittel, dieselben zu heben. Der Finanzminister erklärte, daß es hierfür kleinere und größere Mittel gebe. Zu den kleineren rechne er, daß bei gewissen Emissionen eine teilweise Einzahlung gestattet werden könnte, sodann sei ein Geschehenswärt in Aussicht genommen, nach welchem die Eintragung in das Staatsschuldbuch gebührenfrei sein solle. Ferner könne Stempelrecht für Staats- und Reichsanleihen in Aussicht genommen werden. Zu den größeren Mitteln rechne der Minister eine größere Latitüde,

daß je nach Lage der Sache Konsols oder Schatzanweisungen ausgeben würden, besonders aber die Erhöhung des Kapitals der Seehandlung, die jetzt 34 Millionen Mark Grundkapital hat, während die Diskontogesellschaft 60 Millionen Mark Grundkapital. Hierbei sei noch zu berücksichtigen, daß ein Teil des Kapitals der Seehandlung in Immobilien, z. B. Bromberger Mühlen, angelegt ist. Endlich sei zu erwägen, ob nicht Bestimmungen dahin zu treffen seien, daß die Sparkassen einen Teil ihrer künftigen Einlagen in höherem Maße als bisher zur Anlage in Staatsanleihen sowie in landwirtschaftlichen und kommunalen Papieren anzulegen hätten. Gegenwärtig habe

die Anlage der Sparkassen in Hypotheken,

zum Teil sogar in weiterer Ferne, einen übermäßigen Umfang angenommen. Zeitweise hätten Sparkassen nicht 10 Proz. ihres Vermögens in Inhaberpapieren. Das sei bedenklich für die Zeiten plötzlichen Andranges der Einleger.

Ueber diese Angelegenheit entspann sich eine längere Diskussion. Von einzelnen Kommissionsmitgliedern wurde hervorgehoben, daß die Konvertierung der Konsols und die starken Schwankungen der Staatsanleihen die Sparkassen veranlaßt hätten, mehr als bis dahin Hypotheken zu erwerben, weil durch die Staatspapiere und deren Schwankungen größere Verluste drohten und dadurch die günstige Verzinsung der Spareinlagen erschwert werden. Gegenwärtig sei vielfach der hauptsächlichste Hypothekenverkehr in kleinen Städten und in Landkreisen auf die Sparkassen angewiesen und man müsse sehr vorsichtig sein, darin einzugreifen. Von anderer Seite wurde hervorgehoben, daß bei den Staatspapieren die Schwankungen die Bilanzauflistung erschweren. Der Finanzminister erklärte, daß den Bedenken Rechnung zu tragen sei und daß auch nicht beabsichtigt werde, die Sparkassen zu veranlassen, die gegenwärtig vorhandenen Hypotheken abzustufen. Es könne sich wesentlich nur um neue Bestimmungen wegen der Neueinlagen handeln, vielleicht in der Richtung, daß ein Drittel in Inhaberpapieren und hiervon wieder die Hälfte in Staatspapieren anzulegen sei. Die Erwägungen darüber seien noch nicht abgeschlossen.

Im weiteren Verlaufe bemerkte der Finanzminister, daß eine Teilung der

Anstiedlungskommission

zwischen Preußen und Polen nicht beabsichtigt sei. Der Dispositionsfonds zur Förderung des Deutschtums in den Provinzen Posen, Ost- und Westpreußen, im Regierungsbezirk Oppeln und in den nördlichen Kreisen von Schleswig-Holstein ist von 1000 000 M. auf 1 500 000 M. in der Regierungsvorlage erhöht worden. Dieser Titel wurde mit allen gegen 6 Stimmen bewilligt.

Bei Kap. 61, Verwaltung des

Tiergartens in Berlin,

teile der Finanzminister mit, daß der Beitrag der Stadt Berlin von 30 000 M. auf 50 000 M. erhöht sei.

Der Titel 10 des Kap. 62: Zu Erziehungsbekanntem an höhere Beamte in der Provinz Posen und den gemeinschaftlichen Kreisen der Provinz Westpreußen 150 000 M. wurde mit allen gegen fünf Stimmen bewilligt. Der Finanzminister bemerkte, daß die Beihilfen durchschnittlich jährlich 500 M. betragen und auf drei Jahre gewährt werden. Ueber Titel 2: Zur Herstellung eines

Reserveschiffes in Posen

erste Rate 1 Million Mark, entspann sich eine längere Debatte. In der Regierungsvorlage ist beantragt, der Krone, welche den Bau als Vauher für eigene Rechnung ausführt, als felsen, nicht überschreitbaren Kostenbeitrag eine Gesamtsumme für Baukosten und Einrichtung usw. von 5 150 000 Mark zu gewähren, außer dem Vauher. Die geforderte erste Rate wurde bewilligt, jedoch mit der Einschränkung, daß die Gesamtsumme des Staatszuschusses statt 5 150 000 M. auf drei Millionen Mark zu bemessen sei.

Eine ausführliche Mitteilung gab der Finanzminister zu Titel 6 und 7, zur baulichen Instandsetzung des

Opernhauses

und zu baulichen Verbesserungen im künftigen Schauspielhaus. Das Schauspielhaus erfordert sehr erhebliche Umbauten, hauptsächlich infolge mangelnder Feuerfestigkeit, und man hofft, am 1. Januar 1905 daselbst wieder in Betrieb nehmen zu können. Die Verhältnisse des Opernhouses sind derartig, daß ein neues Bühnenhaus und ein neuer Zuschauerraum, also ein ganz neues Gebäude, hergestellt werden muß. Der Umbau des Opernhouses an der jetzigen Stelle sei nicht möglich. Die erste Rate für den

Neubau des Opernhouses

werde im Etat für 1906 angefordert werden. Im übrigen erklärte der Finanzminister, daß die Rechtslage nicht klar sei. Eine formelle rechtliche Verpflichtung des Staates, ein neues Opernhaus zu bauen, liege nicht vor. Der Staat habe im Jahre 1817 ein Schauspielhaus, im Jahre 1843 ein Opernhaus gebaut. Es entspricht also der Uebung, daß der Staat sich auch jetzt am Neubau des Opernhouses beteilige. Außer dem Staat müssen aber auch die Krone und die Stadt Berlin zu den Kosten herangezogen werden.

Zur Wahl im 20. sächsischen Wahlkreise.

Es stellt sich heraus, daß eine engere Wahl nicht hätte stattfinden müssen, wenn die Wahlvorstände in den einzelnen Bezirken nicht Hunderte von Wählern von der Wahl ausgeschlossen hätten, weil sie seit der Hauptwahl in einen andern Wahlbezirk verzogen sind. Wir erleben hier Aehnliches wie bei der Reichswahl im 15. sächsischen Wahlkreise.

Das Verfahren, das die Wahlvorstände beobachteten, ist ungesetzlich. Der einzige Zweck, den der Gesetzgeber mit der Bestimmung erreichen wollte, daß innerhalb eines Jahres nach den allgemeinen Wahlen bei einer Nachwahl keine neue Wählerlisten aufgestellt zu werden brauchten, ist, den Behörden Kosten und Arbeit zu ersparen. Daran hat der Gesetzgeber aber nicht gedacht und konnte nicht daran denken, Wählern ihr Wahlrecht zu nehmen, weil sie bei einer Nachwahl nicht mehr im früheren Bezirk wohnen. Das Entscheidende für das Wahlrecht ist, daß der Wähler in der Wählerliste steht, und nicht, ob er in dem gleichen Bezirk wie bei der Hauptwahl wohnt. Wenn jemand in einer Stadt von einem Bezirk in einen andern verzogen ist, so wird es niemand einfallen können, bei einer Nachwahl ihm das Wahlrecht um bestwillen zu verweigern. Genau derselbe Fall liegt aber vor, wenn jemand von einem Ort eines Wahlkreises in den andern verzogen ist.

Es ist dringend notwendig, daß gegen das Verhalten der Wahlvorstände protestiert wird und daß unsre Parteigenossen die Wähler feststellen, denen man wegen Wechsel des Wohnorts das Wahlrecht auszuüben verweigerte. —

Die Wahrheit über den Herero-Aufstand

wird von der bürgerlichen Presse — von den Konservativen über das Centrum bis zu den Freisinnigen — tot zu schweigen versucht! Außer der „Volls-Zeitung“ hat noch kein Blatt die Missionärsberichte des „Reichsboten“ nachgedruckt! Ebenjowenig wie den Brief des Dr. Baumgartl.

Die „Verl. N. N.“ bruden zwar Stellen der ersten Missionärs-Briefe des „Reichsboten“ ab, aber nur diejenigen, die gegen die Hereros zu sprechen scheinen, nicht diejenigen, die die frechen Verleumdungen der Eingeborenen widerlegen!

Die „Kölnische Zeitung“, die doch durch ihren nach Südwest-Afrika entsandten Korrespondenten die Schandthaten der Händler selbst geschildert hat, druckt in ihrer letzten Nummer ohne Anmerkung folgende Auslassung eines Johannesburger (!) Kolonial-Peters ab:

„Soviel auch die englischen (!) Zeitungen von Südafrika neuerdings wieder von übertriebener Strenge und Härte der Deutschen den Eingeborenen gegenüber fassen (!), so weis hier (!) jeder Kenner des Landes, daß der Auf-

stand hauptsächlich auf die schlaffe Wirtschaft zurückzuführen ist, welche lange genug im Schutzgebiete geherrscht hat.“ Welch abgrundtiefe Verlogenheit! Welch moralische Selbstgefälligkeit, und das läßt sich „Bildung und Vesth“ ruhig gefallen!

Rur die „Volls-Zeitung“ schreibt:

„Mit Scham und Jörn müssen diese Mitteilungen jeden civilisierten Menschen erschauern; aber nicht mit Jörn gegen die Hereros, sondern gegen die Europäer und die Deutschen, die durch ihr unwürdiges, brutales, jeder Gefittung Hohn sprechendes Verhalten die europäische und deutsche Kultur mit Schande bedeckt haben! Wenn Nord und Ostafrika, Nigritiden mit Latten, Stöcken und Rhinocerosspeichen bis zur Bewußtlosigkeit, Schandungen der Frauen und Töchter der Hereros diejenige Kultur und Gefittung darstellen, die wir den Hereros aufzubringen suchen, dann ist es kein Wunder, daß sich das edlere und höhere sittliche Gefühl dieser Volkshämme gegen derartige Schandlichkeiten empört!“

„Es ist gewiß fürchterlich patriotisch, wenn man über die angeblischen Grausamkeiten der Hereros schimpft und die langen Verleumdungen bejammert, die der Telegraph uns aus Südwestafrika übermitteln; aber das eine wie das andre ist müßig, so lange man nicht berechtigt ist, die Schuld an dem gegenwärtigen Zustande der Hereros bei ihnen selbst zu suchen.“ —

Erklärung.

Die Nr. 286 der „Kölnischen Zeitung“ vom Sonntag, dem 20. März, veröffentlicht unter der Ueberschrift „August Bebel und der Nationalverein“ einen Artikel, in dem sie zwei Briefe zum Abdruck bringt, die ich im Jahre 1885 an den Nationalverein geschrieben haben soll, um Geld für die Agitation zu Gunsten der Arbeiter-Bildungsvereine zu erhalten.

Den ersten sehr überhöflich gehaltenen Brief vom 24. Juli 1885, angeblich von Fr. Weichmann, Dr. phil. Wolfgang Eras und mir unterzeichnet, begleitet die „Kölnische Zeitung“ selbst mit den Worten:

„Die drei Unterschriften dieses Briefes rühren an sich einend sämtlich von Bebel her, während damals wohl Bebel noch nicht in der Lage war, die gewandt stilisierte von anderer Hand geschriebene Eingabe selbst zu verfassen.“

Demgegenüber erkläre ich, daß ich jenen Brief weder geschrieben noch unterschrieben habe, dessen Inhalt ich erst aus dem Abdruck in der „Kölnischen Zeitung“ erlahre.

Die Anweisung zu jenem Schritt bei dem Nationalverein ging von dem Dr. phil. Eras aus, der später Sekretär der Weeslauer Handelskammer wurde, der vermutlich auch den Brief verfaßt, obgleich die Ueberschwänglichkeit in den Ausdrücken mehr für Weichmann spricht. Eras gehörte damals mit Weichmann zur äußersten Linken des Nationalvereins, ich selbst war ein Mitglied desselben.

Was die Sache selbst betrifft, so ist richtig, daß ich im Sommer 1885 nicht 300, sondern 200 Thaler aus der Kasse des Nationalvereins zur Agitation für die Arbeiter-Bildungsvereine erhielt. Diese Thatsache ist nicht mir bekannt geworden durch die von mir veröffentlichten Abrechnungen, sondern auch durch die Kämpfe, die ich in späteren Jahren mit dem Dr. jur. Hans Blum führte, in welchen dieser Vorgang wiederholt eine Rolle spielte.

Der zweite Brief, den die „Kölnische Zeitung“ veröffentlicht, kann wohl von mir geschrieben sein; er sticht auch nach Ton und Form so sehr von dem ersten ab, daß der „Kölnischen Zeitung“ selbst der Gedanke kommen mußte, daß dieser erste Brief nicht von mir herrühren konnte.

Berlin-Schöneberg, den 22. März 1904.

A. Bebel.

Ausland.

Millerand als Ministerführer.

Paris, 18. März. (Eig. Ber.) Auch Millerand ist unter die Ministerführer gegangen! Seit einiger Zeit wurden Gerüchte lanciert, daß Millerand unter einer Decke mit Doumer, dem kommenden Chef des kommenden Ministeriums, stehe. Man sprach von einer „Kombination“ Doumer-Millerand, die dem Kabinett Combes nachfolgen würde, um unter diesem oder jenem Vorwand der einseitigen antikerikalen Politik ein Ende zu setzen. Doch bei menschenfreundlichen Optimisten fanden die Gerüchte in Bezug auf Millerand keinen rechten Glauben. Sollte wirklich der in seiner Weise konsequente Politiker, der Karbide und neumal gefeldte parlamentarische Taktiker auf das Niveau der vulgären Streber gesunken sein, die durch eine zügellose portefeuillistische Ungebild ihren streberischen Zielen direkt entgegenarbeiten? Sollte dem der eigentliche Urheber der bürgerlich-socialistischen Kartellpolitik selbstmörderisch mit den Doumer und Konforten den Bankrott dieser Politik bis zur Evidenz vor demonstrieren wollen? ... Das Un glaubliche ist nun dennoch wahr geworden.

Es ist auch für den geschicktesten Politiker nicht gut, allein zu stehen. Sein Ausschluß aus der jaurensischen Partei hat den letzten schwachen Faden zerissen, den Millerand noch mit einer mehr oder minder organisierten Gemeinschaft verband. Vollständig auf sich selbst gestellt, ist er derselben unregelmäßigen individualistischen Fickel- und Augenblickspolitik unterlegen, welche so viele, sähige und unfähige, aufrichtige und heuchlerische, bürgerliche Parlamentarier in Frankreich, im Lande der schwächsten Partei-Organisationen, beherrscht. Das ist, denke ich, die wahrscheinlichste und zugleich für Millerand günstigste Erklärung seiner ministerführernden Interpellation in der gestrigen Sitzung. Auf jenem allgemeinen psychologischen Hintergrunde haben sich dann freilich manche unehöhen konkreten Beweggründe ab, in erster Reihe wohl die Rücksichtnahme Millerands auf die Wiederwahl in seinem schon 1902 schwer bedrohten Wahlkreise. Ein Ministerfessel würde aber auch, zumal in den gegebenen Umständen, die Wiederwahl sehr begünstigen. Und Millerand kann ja jetzt ganz nach freiem persönlichen Ermessen in eine Ministerkombination eintreten.

Keuferlich war die Interpellation nach allen Regeln der ministerführernden Kunst arrangiert. Zeit und Woden des Angriffs waren meisterhaft gewählt. Zeit: unmittelbar nach der Erschütterung des Kabinetts durch den bereits hier besprochenen Antrag Caillaux in der Unterrichtsdebatte. Woden: Anlage gegen die ausschließlich antikerikale Politik Combes' im Namen der vernachlässigten Socialreform. Und Millerand konnte leicht den schlüssigen Nachweis erbringen, daß die Regierung besonders in der Frage der Alterspensionen eine systematische Verschleppungstaktik befolge — in Verlegung ihres ursprünglichen Programms. Combes und der einzige Verteidiger der Regierung gegen den gefährlichen Angriff, Jaurès, vermochten nicht den dokumentarischen Nachweis Millerands zu enträften. Dafür aber dienten sie dem Ueberläufer mit wirksamen Retourkutschen: Hat denn das Kabinett Waldeck-Millerand nicht die Alterspensionen-Vorlage mitten in der Debatte wieder fallen lassen? Ferner schiederten sie Millerand seine eigne bisherige Argumentation ins Gesicht, die nie verlagende und nie versiegende Argumentation des ganzen „Volls“: Ein Republikaner dürfe nicht die kerikal-nationalistischen Waffen gegen das Ministerium schwingen — im gegebenen Falle mit der reaktionären Opposition die antikerikale Politik namens der Socialreform denunzieren. Combes sprach in seiner derben Art von einer „Divergenz“, von einem Ablenkungsmanöver zu Gunsten des Kerikalismus. Jaurès hielt seinem „langjährigen Kampfgesossen“ die bisherige Nichtschärfe seiner, Millerands, eignen Politik vor, d. i. die alleinigmachende reformerische Kraft des seit fünf Jahren bestehenden bürgerlich-

socialistischen Kartells: Wie könnte man eine sozialreformistische Politik von der Zerlegung der bisherigen Mehrheit, von ihrer Ersetzung durch eine notwendig nach rechts verschobenen Mehrheit erwarten? — Darauf blieb Millerand die Antwort schuldig. Er war aber trotzdem seinerseits im Recht, als er die reformistische Ohnmacht der bestehenden Mehrheit betonte und die verblende, einseitige antiliberalistische Aktion als eine Gefahr für die „republikanische Partei“ kennzeichnete.

Mit einem Wort, Angreifer und Angegriffene haben recht gegen einander. Millerands angegebener Zweck müßte durch die notwendige Wirkung seines Angriffs vereitelt werden, wie andererseits die Herrschaft der bisherigen Mehrheit immer mehr ihre eignen Lebensbedingungen untergraben muß.

Das Ergebnis der Dreimänner-Schlacht hat die weitere Zerlegung des „Bloc“ offenbart. In der entscheidenden Prioritätsabstimmung wurde das Ministerium mit einer Mehrheit von bloß zehn Stimmen geteilt, die dann in der sachlichen Abstimmung über die Vertrauensformel auf ganze 19 Stimmen gesunken ist. Dabei verdankt das Ministerium seine Rettung den 12 Stimmen der zum „Bloc“ nicht gehörenden revolutionären Sozialisten.

Im Namen der letzteren erklärte Genosse Vaillant kurz, daß sie weder von rechts noch von links wirkliche antiliberalistische und sociale Reformen erwarten könnten. Sie würden daher als Vertreter einer grundsätzlich revolutionären und oppositionellen Partei niemals die Geschäfte der antiministeriellen oder der ministeriellen Kantschmiede besorgen. Sie würden vielmehr nach Maßgabe der Kräfte diese „verächtlichen Intriguen“ zu vereiteln suchen. —

Schweiz.

Ausbau der Demokratie.

Zürich, 17. März. (Fig. Ver.) Der Züricher Kantonsrat hat das von unserm Genossen Flachsmann in Zürich eingereichte Initiativbegehren betreffend die Einführung der Gesetzesinitiative im Bundesrat einstimmig angenommen. Referent der Kommission war der greise Professor Dr. Trechsel, der in der ersten Hälfte der vierziger Jahre des vorigen Jahrhunderts mit Wilhelm Weiting bei seinem Aufenthalte in Zürich befreundet war. Trechsel empfahl mit jugendlichem Feuer die Zustimmung zu diesem demokratischen Fortschritte auf eigenem Boden unter dem lebhaften Beifall der Socialdemokraten. Opposition machte ihm einzig einer seiner Parteigenossen, der in Winterthur als Redakteur eines lapidarisches Heftblattes die Geschäfte des Geldsacks gegen die Ansprache der Arbeiter wie des Staates belächelt. Der Vorschlag hatte die dreifache Stärke, von der „politischen Unruhe“ des Volkes zu schwanen, wofür ihn in satirischer Form das „Volksrecht“ östlich heimleuchtete. Die Initiative wurde schließlich einstimmig angenommen. Der Kantonsrat wird also den eigenem Vorschlag den Vorschlag auf Einführung der Volksinitiative für die Bundesgesetzgebung machen. —

Frankreich.

Eine neue Erschütterung des Ministeriums Combes.

Dem „Vestier Tageblatt“ wird aus Paris vom 21. März telegraphisch gemeldet:

Die vorhergehende war, hat die Kammer in der heutigen Debatte über die Abschaffung des Ordensunterrichts den von der Regierung bekämpften Zusatzantrag Lequues angenommen, der das Fortbestehen der Noviziate verbietet, in denen Lehrkräfte für die Missionarsschulen in den Kolonien ausgebildet werden. Combes hat abermals nicht die Vertrauensfrage gestellt und hat auch persönlich in die Debatte nicht eingegriffen, und so stand die Existenz des Kabinetts auch heute nicht auf dem Spiele. Daß indessen die Situation des Ministeriums durch solche Mißerfolge nicht gerade geklärt wird, ist wohl klar.

Lequues sprach zweimal und suchte darzutun, daß der französische Einfluß im Orient durch Abschaffung der Missionarsschulen schwer geschädigt werde. Der Kolonialminister Doumergue sprach gleichfalls zweimal und bekämpfte den Antrag mit aller Energie. Er verlas einen Rapport des Generals Gallieni, des Gouverneurs von Madagaskar, der sich entschleiert für die Abschaffung des Ordensunterrichts in Madagaskar aussprach.

Der Kolonialdeputierte Deloncle trug hauptsächlich zu der schließlich Annahme des Antrages bei. Er sagte: „Ich gehöre zwar zum republikanischen Bloc, trenne mich aber in dieser nationalen Frage von der Regierung.“ (Großer Beifall rechts und im Centrum.) Die Unterdrückung der Missionarsschulen würde den Einfluß fremder Missionen, speziell englischer, stärken und unreine Interessen schädigen. Ich weiß, daß der Minister des Aeußeren erlaubt worden ist, die Rede selbst zu halten, die der Kolonialminister heute gehalten hat, und daß er sich geweigert hat. (Stürmischer Beifall rechts und im Centrum, Lärm links.)

Bei der Abstimmung ergaben sich 283 Stimmen für, 272 gegen den Antrag Lequues. Die Rechte applaudierte. Einige Nationalisten fordern Combes ironisch auf, zu gehen. Während der Abstimmung konnte man einen ziemlich scharfen Wortwechsel zwischen Combes und Sarrien, einem Führer der Linken, beobachten. —

Italien.

Die Beschlagnahmen des „Avanti“ in der italienischen Kammer.

Rom, 17. März. Heute hat Genosse Cabrini den Justizminister nach den Gründen befragt, aus denen die wiederholten Beschlagnahmen des „Avanti“ hervorgehen. Der Unterstaatssekretär Facta hält sich, wie üblich, in leutseligen Schwiagen und sagte, die Richter unterständen nicht dem Einfluß des Ministeriums; ihre Beweggründe könnten daher hier nicht diskutiert werden. Der Beschlagnahme folge ja der Prozeß.

Cabrini hielt diesen Ausführungen entgegen, daß der Prozeß in neun Fünfteln der Fälle nicht folge und sich so die Beschlagnehmung als ein direkter Diebstahl darstelle. Man konsigniere ohne Sinn und Verstand heute wegen Veröffentlichung der Ausgaben des königlichen Hauses, morgen wegen einer Kotiz über die Königin-Mutter. Eine solche, die zur Beschlagnehmung führte, hatte folgenden Wortlaut: „Die Königin Margareta wollte mit dem Papsi besuchen, aber Giolitti erklärte, ein solcher Besuch müßte mit königlichen Ehren sich vollziehen oder unterbleiben.“ Bis X. wies darauf das Angebot ab. So berichtet der „Figaro“. Des weitern sagte Cabrini, daß die republikanische „Italia del Popolo“ das Verhalten des Staatsanwalts eine Fehle genannt habe. Ihm schiene es eher eine Schmeichelei zu sein! —

England.

Englisch-französische Freundschaft.

London, 19. März. (Fig. Ver.) Von den verschiedenen Nachrichten dieser Woche waren zweifellos diejenigen die wichtigsten, die sich auf die Unterhandlungen zwischen England und Frankreich bezogen. Beide Mächte sind offenbar bestrebt, ihre kolonialen Konflikte zu beilegen und der Gefahr eines Zusammenstoßes endgültig vorzubeugen. Ein Erfolg dieser Unterhandlungen würde die Finanzlasten beider Nationen einermäßen erleichtern, besonders die Ausgaben für die Flotte. England würde sodann nur mit der deutschen Flotte zu rechnen haben, denn die russische Seemacht kann fast völlig außer Rechnung gestellt werden. Ebenso wird Frankreich ganz bedeutende Vorteile von einer Entente mit England haben. Der französische Kolonialbesitz ist gesichert, denn nur England war sein erster Gegner. Allerdings flüchtet Frankreich einen japanischen Angriff auf Indochina, aber auch diese Beforgnis wird durch die englische Freundschaft erheblich gemindert.

Die einzige Macht, die einer englisch-französischen Harmonie mit Beforgnis entgegensteht, ist Deutschland. Das deutsche Volk wird für die englisch-deutsche Freundschaft mit neuen Ausgaben für die Flotte zu zahlen haben. Je enger die europäischen Weltmächte sich zusammenschließen, desto dümmere für die deutsche Diplomatie.

(Es ist von uns seit jeher nachdrücklich darauf verwiesen worden, daß die deutsche Flottenpolitik, mit ihrer Spitze gegen England, notwendig die englisch-französische Annäherung und damit eine marinepolitische Situation Deutschlands herbeiführen müsse, die ungünstiger ist als die Situation vor den weltpolitischen Marinegefahren. Red. d. „Vorw.“) —

Die Einfuhr chinesischer Arbeiter nach Südafrika.

London, 18. März. (Fig. Ver.) Die Lage der konservativen Regierung erinnert lebhaft an die der liberalen Regierung im Frühjahr 1896. Die Mehrheit fühlt sich erschüttert, sie verliert das Vertrauen des Landes, die Opposition des Landes wird müßiger und ergreift jede Gelegenheit, die Regierung zu stürzen. Eine dieser Gelegenheiten ist die königliche Befestigung der Ordnung des Transvaaler gesetzgebenden Rates betreffend die Einfuhr chinesischer Arbeiter für die Goldminen. Im vorigen Jahre war der größte Teil der Londoner Presse gegen die Chineseneinfuhr. England war im allgemeinen der Ansicht, daß vor allem für eine englische Einwanderung nach Südafrika gefordert werden müsse, um die neu erworbenen Kolonien schneller englisch zu machen. Es waren also imperialistische Gründe, die gegen eine Chineseneinfuhr geltend gemacht wurden. Die Minenbesitzer, worunter eine ganze Anzahl Nicht-Engländer, erklärten demgegenüber, daß sie billige Arbeitskräfte bräuchten, sonst würde die Goldindustrie keinen Aufschwung nehmen können, und von einem Aufschwunge der Goldindustrie hänge die Wirtschaftsbüthe Südafrikas ab. Gewiß sind billige Arbeitskräfte eine Grundbedingung hoher Kapitalprofite, aber es sprach auch noch der Umstand mit, daß die Minenbesitzer keine Arbeiterbewegung aufkommen lassen wollen. Die Chineseneinfuhr hat also eine wirtschaftliche und politische Bedeutung. Die britischen Trades-Unions sowohl in England wie in Australien haben gegen diese Einfuhr protestiert und am 26. d. M. findet im Hyde-Park eine große Protestdemonstration statt. Aber schon nächsten Montag, den 21. d. M., wird das Unterhaus diese Frage diskutieren. Der Führer der liberalen Partei, Sir H. Campbell-Bannerman, hat nämlich folgendes Tadelvotum beantragt: „Dieses Haus tadelt die Regierung, indem sie die Krone beraten hat, die Ordnung betreffend die Chineseneinfuhr nach Südafrika nicht zu verwerfen.“ Der liberale Führer verlangte gestern, daß Mr. Balfour einen Tag zur vollen Diskussion dieses Votums festsetze. Da ein Tadelvotum eine Herausforderung der Regierung bedeutet, so ist Mr. Balfour dem Verlangen des liberalen Führers nachgegeben und hat den 21. d. Mts. festgesetzt. Findet das Tadelvotum eine Mehrheit, so fällt die Regierung und das Parlament wird aufgelöst. Es ist indes sicher, daß die konservative Mehrheit — die Regierung hat trotz aller ungünstigen Nachrichten noch immer eine Mehrheit von 108 Stimmen — der Regierung treu bleiben wird, und zwar aus Gründen der äußeren Politik. Dies wird heute von der Presse zugegeben, worauf ja auch im „Vorwärts“ noch vor zwei Wochen hingewiesen wurde. Inmehrin wird die Diskussion eine großartige sein, da es sich um das Sein oder Nichtsein der Regierung handelt. —

Frauenwahlrecht.

London, 17. März. (Fig. Ver.) Der liberale Abgeordnete Sir E. MacLaren stellte gestern im Parlamente folgenden Antrag: „Die Rechtsunfähigkeit der Frauen in Bezug auf das parlamentarische Wahlrecht ist auf dem Wege der Gesetzgebung zu beseitigen.“ MacLaren ist Jurist und Grundbesitzer; seine Universitätszeit, die er in Edinburgh, Bonn und Heidelberg zubrachte, war zum großen Teil dem Studium der Philosophie gewidmet. Zur Begründung seines Antrages sagte er, das Frauenwahlrecht stehe schon seit 37 Jahren auf der Tagesordnung. Während dieser Zeit habe sich die gesellschaftliche Stellung der Frauen bedeutend gebessert. Die Hochschulen und alle liberalen Berufe, mit Ausnahme der Advokatur seien ihnen offen. Die Frauen haben Vorzugliches in den Armen-, Schul- und Gemeindeverwaltungen geleistet. Es sei deshalb Zeit, ihnen auch einen Einfluß auf das Parlament zu gewähren. Der konservative Abgeordnete Oberst Dennih unterstützte den Antrag, weil überhaupt kein konservativer Redner sich gegen den Antrag erhob. Die Opposition kam von zwei radikalen (freisinnigen) Abgeordneten Labouchere und Cremer, die teils durch Witz, teils durch ernste Mahnungen auf die Gefahr hinwiesen, die der Gesetzgebung von der Zulassung geistig und moralisch untergeordneter Wesen drohe. Der Antrag wurde mit 182 gegen 68 Stimmen angenommen.

Mit der Annahme dieses Antrages ist jedoch noch wenig für das parlamentarische Frauenwahlrecht gethan. Es muß erst eine Vorlage eingebracht werden, die den Umfang dieses Rechts bestimmt. Sollen die Frauen bloß das Stimmrecht oder auch das Recht der Wählbarkeit haben? Selbstredend wird eine derartige Bill die üblichen Stufen im Unter- und Oberhaus durchzumachen haben. Die Frauen werden also noch eine hübsche Weile warten müssen. —

Unterhaus. Nach sehr lebhafter Debatte wurde gestern der Antrag Campbell-Bannermans mit 290 gegen 242 Stimmen abgelehnt, der Regierung einen Tadel auszusprechen, daß sie erlaubt hätte, chinesischer Arbeiter in Transvaal einzuführen. Im Verlaufe der Debatte tadelt Major Seelen die Regierungspolitik und erklärte, er werde sein Mandat niederlegen, um die Bestimmung seiner Wähler festzustellen. —

Afrika.

Die Pest. Bis jetzt sind in Johannesburg 34 Personen an der Pest gestorben. Es ist festgestellt, daß es sich um eine Art von Lungenpest handelt. Der Gemeinderat hat 5000 Pfd. Sterc. zur Bekämpfung der Seuche bewilligt. —

Vom Kriegsschauplatz.

Die Russen in Rußschwang.

„Daily Chronicle“ meldet aus Rußschwang von gestern: Heute sind hier zwei Regimente Kosaken und vierhundertzöllige Kanonen mit der Eisenbahn eingetroffen. Die Arbeiten an den Flußbefestigungen werden Tag und Nacht fortgesetzt.

Denselben Blatte geht aus Shanghai die Meldung zu, daß nach Nachrichten aus Rußschwang die Japaner den Tatumpaß überschritten hätten. Es verlautet, daß zwischen den Japanern und den Russen Scharnikel stattgefunden haben. Den Japanern soll jetzt der Weg zum Vormarsch auf den Motienpaß offen stehen, wo sich eine starke russische Streitmacht befindet. Mehrere Jäger mit verwundeten Russen sind auf der Fahrt nach Kiautschang durch Tschschichiao hindurchgekommen. In Rußschwang sind sechs Belagerungsgeschütze aus den Forts von Port Arthur eingetroffen.

Unverbürgte Schlachtenmeldungen.

London, 22. März. Die Morgenblätter berichten aus Tokio, einem dortigen Blatte zufolge soll die japanische Division, welche am 19. d. M. auf der Halbinsel Liaotung gelandet ist, gestern einen Angriff auf die Landbefestigungen von Port Arthur gemacht haben. Gleichzeitig sollen die Kriegsschiffe der Japaner die Stadt und die Festungswerke bombardiert haben. Der Angriff hätte am 19. d. M. abends 10 Uhr begonnen und bis 6 Uhr morgens gedauert. Sechzehn Schiffe hätten teilgenommen. Die Japaner sollen angeblich Port Arthur besetzt haben. — Ein andres Gerücht und zwar zu Lande soll zwischen Japanern und Russen bei Tschang-Shong stattgefunden haben, wobei die Russen 600 Tote und Verwundete verloren hätten. Eine Bestätigung beider Nachrichten, welche wenig Glaubwürdigkeit verdienen, ist bisher nicht getroffen.

Ein Stimmungsbild aus Mittelsibirien.

Ein in Krasnojarsk ansässiger Russe schreibt und: Krasnojarsk (Gouvernement Irkutsk), 6. März. Seit Beginn des Krieges herrscht hier ein äußerst reges Leben und Treiben, alles und alle sind gleichsam aus Rand und Band ge-

zogen, allenthalben sieht man Neues und Ungewöhnliches. In den Straßen marschieren von morgen bis abend Heeresabteilungen, unaufhörlich hört man Kommandorufe, nach denen ungeladene, härtige, freischützliche Reservemannschaften ziemlich schlecht den Takt schlagen; man sieht, daß die Werbung den des Dienstes abgewöhnten Leuten fehlt. Täglich fahren hier 12 Transportzüge mit Soldaten vorbei, die machen hier in Kasanparal einen Tag Rast. — Bis zum 23. Februar war es hier schier unmöglich, sich auf der Straße zu zeigen: ganze Haufen bekümmter Soldaten schlenderten durch die Stadt, belästigten die Passanten, schimpften und suchten laut, plünderten die Schonwirtschaften aus, auf dem Markte herrschte einfach der wüthende Raub; besonders zeichneten sich unfre hiesigen Soldaten aus. Unter andern sind dabei einige Offiziere von den Soldaten halbtot durchgeprügelt worden, was ein schönes Zeugnis von der Disziplin in diesem Augenblick ablegt! Jetzt sind fast alle hiesigen Soldaten bereits nach Chabarowsk geschickt und dem Militärbezirk Amur zummandiert worden; hierher aber sind an ihre Stelle Abteilungen aus Penfa (europäisches Rußland) gekommen, da hier ein neues Regiment formiert wird; es ist ein viel erfrischeres Heer. — Heute, am 6. März, hat hier zum zweitenmal eine „patriotische Demonstration“ stattgefunden. Mit offizieller Erlaubnis des Gouverneurs, unter wachsender Begleitung von Gendarmen und Schulreuten setzte sich ein Zug von ca. 200 Arbeitern der Eisenbahn-Beschäftigten (die aber 4000 Arbeiter beschäftigen) in Bewegung, die große Straße entlang. Dem Zuge voran wurden auf hohen Stangen drei Porträts des „Vergötterten“ getragen; die taupnasigen nichtsagenden Bildnisse wackelten komisch genug in den Lüften über der lärmenden, johlenden, betrunkenen Menge und dem ohrenbetäubenden Militärordchester. Der Gouverneur hielt eine Ansprache an das Volk, von der man nur immer die Worte „unser geehrter (i) Monarch“ und „die wilden, ungebildeten Asiaten“ hörte, wobei der redeunfähige Gouverneur offenbar unter den „wilden Asiaten“ die Japaner und nicht seine Zuhörer verstand. Er las dann auch ein Telegramm vor, aber es war unmöglich, ein Wort zu verstehen, denn die Menge überschrie ihn mit sinnlosen, unaussprechlichen Hurras! Nachdem das Toben etwa eine halbe Stunde gedauert hatte, lehrte der Zug zurück und zerstreute sich, wobei sich interessante Szenen auf den Straßen abspielten. Heute gerade hatten nämlich die Eisenbahnarbeiter ihren Jahrtag und legten auch sofort den Lohn zu „patriotischen“ Zwecken an, so daß sie bedenklich auf den Weinen wackeln. Ihnen folgen die Frauen, kreischend und schimpfend, indem sie von den betrunkenen Gatten laut das Geld verlangen, die schwergeladenen Helben schreien zur Antwort mit fallender Junge vom „Waterland“ und dergleichen, es giebt Paas und Streit allenthalben.

Charakteristisch für die Stimmung der hiesigen Bevölkerung ist die Thatsache, daß hier hartnäckig das Gerücht verbreitet wird, die Festungspläne von Port Arthur seien verlust, man erzählt sich, der Generallieutenant Gribsh sei nach St. Petersburg transportiert und die andern Hochverräter bereits in Port Arthur gehängt worden. — In der heutigen Nacht sind die Großfürsten Kirill und Boris Wladimirovitch vorbeigefahren. Trotz der nächtlichen Zeit war eine große Menge zum Bahnhof gestromt.

Aus Irkutsk kommen Nachrichten, daß dort unter den Soldaten die Typhusepidemie ausgebrochen sein soll, viele Hunderte seien ihr anheimgefallen; inwiefern das stimmt, kann man noch nicht feststellen.

Peter Struve sendet uns folgende Zuschrift:

Sehr geehrte Redaktion!

Vor einigen Tagen bekam ich die Nr. 60 v. 1./14. III. d. I. J. der bekannten Moskauer reaktionären Zeitung „Moskowskaja Wjedomosti“, heute erhalte ich die Nr. 66 des „Vorwärts“ (vom 18. III. d. J.) mit der Kotiz „Der Krieg und die russischen Liberalen“. Die Nr. 60 der „Moskowskaja Wjedomosti“ enthält einen von Schimpfereien strotzenden Leitartikel gegen mich als Herausgeber der „Dobrowolische“. Der Leitartikel richtet sich gegen meine Haltung in der Kriegsfrage und speziell gegen jenen „Brief an die Studenten“, welchen der „Vorwärts“ in Nr. 66 als chauvinistisch so abfällig beurteilt hat. Die Epigonen des Kalkoff stempeln mich als Verräter am Vaterland und als „freiwilligen Agenten der Japaner“ (dieser Titel führt der besagte Leitartikel). Meinen betrüblichen Äußerungen, die übrigens wohlweislich verschwiegen werden, werden die belamten neuesten Erklärungen des Reichstags-Abgeordneten Webel über einen eventuellen Krieg gegen Deutschland entgegen-

gesetzt. Ich hätte manches gegen die Kotiz im „Vorwärts“ einzuwenden und zu berichtigten. Angehts aber der Verleumdungen der „Moskowskaja Wjedomosti“ empfinde ich nur das Bedürfnis, Ihrem Mitarbeiter, der zweifellos im guten Glauben geschrieben hat, meinen besten Dank für die glänzende und prompte Widerlegung jener Verleumdungen öffentlich auszusprechen.

Hochachtungsvoll

Stuttgart, den 19. März 1904.

Peter Struve.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Vertagung des Abgeordnetenhauses.

Wien, 22. März. (B. Z. V.) Auch die heutige Sitzung des Abgeordnetenhauses war mit der wörtlichen Verlesung des Einlaufes und namentlichen Abstimmungen ausgefüllt. Am Schluß der Sitzung wurde eine Zuschrift des Ministerpräsidenten verlesen, wonach die Session des Reichsrats für vertagt erklärt wird.

Erklärung des Ministerpräsidenten gegen Millerand.

Paris, 22. März. (B. Z. V.) In der heutigen Sitzung des Verlesungsausschusses der Deputiertenkammer wurde ein Schreiben des Ministerpräsidenten verlesen, worin dieser den vom Deputierten Millerand gegen die Regierung erhobenen Vorwurf, daß diese die Angelegenheit der Arbeiterpensionskasse verschleppt habe, entschieden zurückweist.

Japanische Torpedoboote vor Port Arthur.

Moskau, 22. März. (B. Z. V.) In der Nacht vom 21. auf den 22. erschienen vor Port Arthur von neuem japanische Torpedoboote. Die russischen Nachschiffe und Batterien eröffneten das Feuer, das zwanzig Minuten anhielt. Um vier Uhr morgens wiederholten die japanischen Torpedoboote ihren Angriff. Um 7 Uhr morgens erschien das feindliche Geschwader, dem vier Avisos vorausführten. Um 9 Uhr wurde das Feuer gegen die Innenrede eröffnet und von den russischen Schiffen erwidert.

Rußschwang, 22. März. (Meldung des Reuterschen Bureau's.) Amtlich wird erklärt, daß das gestern demontierte Geschützfeuer von Schießübungen auf den Forts herrührte. — Als Ergebnis von Vorstellungen leitens Amerikas sind zwei japanische Kaufleute und fünf hiesige Frauen, welche vom 7. Februar bis 21. März in Port Arthur gefangen gehalten waren, heute hier auf dem Wege nach Tientsin eingetroffen. Die Kaufleute waren verhaftet worden, weil sie Karten von der Küste von Dalmij belähen. Sie berichteten, sie seien sehr freundlich behandelt worden, namentlich im militärischen Gefängnis am Goldenen Berge.

Schweres Bergwerkunglück.

Königsberg, 22. März. (B. Z. V.) Im Kohlenbergwerk Uasas fand eine Explosion schlagender Wetter statt. Die Anzahl der Opfer ist noch nicht bekannt. Bis jetzt sind sechs Leichen geborgen.

Paris, 22. März. (B. Z. V.) Aus Albi wird berichtet: Gestern wurde vor der Wohnung des früheren Bürgermeisters eine Bombe gefunden. Dieselbe explodierte bei der Untersuchung: drei Personen wurden schwer verletzt.

Konstantinopel, 22. März. (B. Z. V.) Seitens Rußlands, Englands und Frankreichs wurde der Porte der dringende Ratsschlag erteilt, den gewaltsamen Angriff der Kurden auf die Armenier zu steuern, namentlich im Gebiet von Sossun, und sich mit den armenischen Banden Anzranis auf gütlichem Wege zu verständigen. Die Porte erklärte sich hierzu bereit und beauftragte den armenischen Bischof zu intercedieren.

Partei-Nachrichten.

Im „Dranienburger Tageblatt“, amtliches Publikationsorgan für königliche und städtische Behörden, lesen wir folgende Bekanntmachung:

Wählung Dranienburg!

Sonntag, den 20. März 1904, nachmittags 3 Uhr, im Saale des Herrn Braun, Kurfürstenstraße 48, öffentliche Volksversammlung für Männer und Frauen.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Karl Wermuth-Berlin: Die Bedeutung des 18. März. 2. Diskussion. Zur Deckung der Unkosten 10 Pf. Entree. Um zahlreiches Besuch bittet

Der Vertrauensmann.

Dranienburg, den 15. März 1904.

Der Magistrat. Genthner.

Bei der Stadtverordneten-Erstaahl in Bremerhaven wurden am Dienstag die fünf ausgeschiedenen Parteigenossen wiedergewählt.

Einen socialdemokratischen Bürgermeister wählte die Gemeinde Aue bei Durlach in Baden zum zweitenmal. Die erste Wahl war für ungültig erklärt worden. Der gewählte Genosse Wenner erhielt 108 Stimmen, seine beiden Gegner 90 und 20 Stimmen.

Ausschluss aus der Partei. In der letzten Sitzung des Wahlvereins Lörrach in Baden verlas der Vereinsvorsitzende ein Schreiben Stegmüllers, in welchem er dem Verein seinen Austritt als Vorstandmitglied anzeigt. Der Grund liegt darin, daß St. nicht gewillt ist, anerkannt berechtigten Forderungen der Schneidergewerkschaft nachzukommen.

Auf Grund dieser Thatsache erklärte der Wahlverein einstimmig, daß Stegmüller logischerweise als nicht mehr zur Partei gehörig betrachtet werden muß.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— Eines schweren Vergehens hatte sich der Genosse Mehlwein als verantwortlicher Redakteur der Breslauer „Volksmacht“ und des integrierenden Bestandteils der Zeitung „Die Neue Welt“ schuldig gemacht. Er hatte nämlich zugelassen, daß in der Annoncenbeilage der „Neuen Welt“ eine Empfehlung der Hamburger Staatslotterie aufgenommen wurde. Es wurde eine hochnotpeinliche Untersuchung eingeleitet und Mehlwein erhielt — obwohl die „Neue Welt“ besondere verantwortliche Redakteure hat, — 50 M. Geldstrafe. Der Angestellte der Annoncenexpedition erhielt 100 M. Strafe.

Aus Industrie und Handel.

Der amerikanische Baumwollmarkt hat sich von der Panik ziemlich schnell erholt. Nachdem schon am Sonnabend nach der Zahlungseinstellung Sullys eine mäßige Erholung eingetreten war, erhöhte sich vorgestern der Kurs um weitere 87 Punkte, so daß die New Yorker Börse mit einem Preise von 13,87 Centis pro Pfund für Märzlieferung und 14,16 Centis für Maillieferung schloß, während am 17. d. M. die Preise auf 14,03 bzw. 15,25 standen. Zum Teil erklärt sich diese Tendenz aus beträchtlichen Interventionen von Liverpooler und amerikanischer Interessenten, wahrscheinlich solcher Großhändler, die letzten größeren Baumwollvorräte durch Kauf an sich gebracht haben und nun die Preise halten möchten, um nicht bei ihren demnächstigen Verkäufen Verluste zu erleiden. Dann aber haben auch die an dem Arrangement mit Sully Beteiligten ein Interesse, daß vorerst der Kurs nicht unter das Niveau sinkt, zu dem die Regulierung der Sullyschen Verbindlichkeiten erfolgt. Und zu diesen beiden den New Yorker Markt führenden Momenten kommt schließlich noch die feste Haltung des Liverpooler Baumwollmarktes, wo man die Menge der für nächste Zeit zur Verfügung stehenden effektiven Ware ziemlich gering einschätzt.

Wie schon mehrfach an dieser Stelle dargelegt worden ist, hat hauptsächlich die Produktion von Rohbaumwolle in den letzten Jahren mit dem zunehmenden Verbrauch nicht Schritt gehalten. Auch in diesem Jahre reicht der vorhandene Vorrat kaum zur Deckung, und es erhebt sich deshalb seitens der Ausfuhrstaaten, sobald die Nachfrage sich steigert, sich eine neue Ausfuhrsteuer, die, wenn auch die in der nachstehenden Laffan-Meldung angekündigte neue Hausoperation Sullys verfrüht erscheint:

New York, 21. März. (Laffan-Meldung.) Sullys Vorräte an effektiver Baumwolle betragen dem Vernehmen nach 20 000 Ballen, deren Wert sich seit Freitag, an dem der Zusammenbruch der Spekulationen Sullys erfolgte, wieder um 80 000 Dollar erhöht hat. Sully erklärte in einer Unterredung, er gedenke seine Börsenoperationen noch vor Ende dieser Woche wieder aufzunehmen. Er behauptete, die Verbindlichkeiten seiner Gruppe seien nicht höher als 2 1/2 Millionen Dollar. Es könnten noch Ereignisse eintreten, welche diese Verbindlichkeiten auf 1 Million Dollar erniedrigen würden.

Die Effekten- und Konfossialbestände der großen Berliner Kreditbanken.

In seiner Kritik der letzten Jahresabrechnungen der großen Banken kommt der „Deutsche Oekonomist“ auf die hohen Effekten- und Konfossialbestände dieser Institute zu sprechen, nachdem er schon in einer früheren Nummer (1106) die Frage der Akzepten- und Effektenkredite behandelt hat, die bei einzelnen Banken fast die Höhe des gesamten Aktienkapitals erreichen. Der „Oekonomist“ erwidert in dieser hohen Ausgabe von Akzepten einen entschiedenen Fehler unfreier Bankwirtschaft, zumal der größte Teil nur dem Spekulationsbedürfnis der Bankkunden dient. Ein anderer Mibstand ist, wie er nun in letzter Nummer anführt, der hohe Effekten- und Konfossialbestand. In ihren kürzlich veröffentlichten Bilanzen weisen nämlich die zehn größten Berliner Kreditbanken folgende Posten nach:

Table with 2 columns: Item and Amount. Rows include Aktienkapital, Reserven, Eigenes Vermögen, Effekten, and Einzahlungen auf Konfossialgeschäfte.

Mehr als die Hälfte des Aktienkapitals und mehr als 40 Proz. des gesamten eigenen Vermögens ist also von diesen Banken in Effekten und Konfossialen angelegt, wobei zu berücksichtigen ist, daß auf Konfossialbeteiligungen weitere Einzahlungen in unbekannter Höhe zu leisten sind. Von den Effekten besteht nur ein verhältnismäßig kleiner Teil aus verzinslichen Anlagepapieren, welche man gewöhnlich für leicht verwerthbar, veräußerlich hält. Aber gerade diese hervorragenden Institute würden der Verkauf derselben, wenn er notwendig würde, sehr schwer werden; sie sind tonangebend am Markt, und wenn sie verkaufen, mit Nachdruck und mehrseitig verkaufen wollen, so versagt der ganze Markt. Es ist also gar nicht zulässig, diese Effektenbestände als liquide Mittel zu betrachten, denn auch ihre Veräußerung bei der Reichsbank muß bald verfallen, weil diese gegen Lombardforderungen keine Noten ausgeben darf.

Zunehmend sind die seit dem letzten Jahr eingeleiteten realisierbaren Objekte. Der weitaus größte Teil der Effektenbestände der Banken besteht aber aus industriellen und sonstigen Aktien, deren Realisierung, namentlich von Seiten der tonangebenden

Banken, in kritischer Zeit schlechthin unmöglich ist. Die Konfossialbestände sind überhaupt kein verfügbares Aktivum, sondern in schwierigen Zeiten nur eine schwerwiegende Verpflichtung, deren Bedeutung aus der Höhe der Einzahlungen gar nicht zu erkennen ist. Daß diese Situation — besonders, wenn man berücksichtigt, daß allein die bald einzulösenden Akte dieser Banken sich auf 700 Millionen Mark belaufen — im Falle einer schweren Krise bedenklich ist, das bedarf, meint der „Oekonomist“, wohl kaum eines weiteren Beweises. Die Banken müssen darauf gefaßt sein, daß zahlreiche Kontocorrent-Gläubiger und Depositarer über ihre Guthaben verfügen, während sie andererseits an den Kontocorrent-Schuldner nur einen sehr schwachen Rückhalt haben. Viele derselben werden dann erst recht einen Rückhalt bei ihren Banken suchen, zu Anschaffungen aber nicht imstande sein. Die Deckungen der Kredite nähern dann nichts, weil sie unrealisierbar sind.

Das Blatt erklärt, nichts gegen das sogenannte gemischte System (die Beteiligung an industriellen Unternehmungen neben dem eigentlichen Bankgeschäft) einzuwenden zu haben; aber, meint es, indem es auf die durch den Ausbruch des russisch-japanischen Krieges herbeigeführten Kursrückgänge hinweist, es liegt an der Lehre darin, daß die Banken nicht nur sorgfältig ihre eigene Position zu überwachen haben, sondern auch diejenige ihrer Kunden. Eine rege Spekulation ist den Banken ja stets willkommen, aber sie hat doch auch ihre Schattenseite, denn bei Ueberraschungen, wie eine solche sich jetzt ereignet hat, erweisen sich gar zu viele Spekulantent als unzuverlässig, Kontowisler. Hierher gehören alle diejenigen, welche in zu weitgehendem Maße mit dem Kredit der Banken in Effekten spekulieren. Die vorsichtigsten Banken beleihen Aktien bis 30 Prozent unter Kurs, sehr viele gehen aber auch bis 20, 10 und sogar bis 5 Prozent unter Kurs. Diese Effektenpekulation mit fremdem Gelde ist in die weitesten Kreise eingedrungen und zu einer wahren Krankheit geworden. Eine Unmasse von Aktien hat daher keine wirklichen Besitzer gefunden, belastet andauernd den Markt und muß bei jeder ungünstigen Entwicklung am letzten Ende von den Banken übernommen werden, welche sie beliehen haben. Das ist die schlimmste Krankheit der Börse. Hier sollten die Banken die bestmögliche Hand anlegen, indem sie die Spekulation mit Bankkredit wesentlich erschweren. Dann würden sich ihre starken Bestände an Aktien aller Art allmählich verkleinern.

Die deutsche Glasindustrie, die 1903 in rund 400 Glasbläsenbetrieben fast 61 000 Arbeiter und Arbeiterinnen (darunter 47 000 erwachsene männliche Arbeiter) beschäftigt, bildet auf ein recht trübes Geschäftsjahr zurück. Wie die „Königliche Volkszeitung“ berichtet, war die Lage des Flachengeschäftes im Jahre 1903 noch weniger erfreulich, als im Jahre 1902, indem die Kaufpreise vielfach um ein Drittel zurückgingen. Die Vereinigung deutscher Glasfabriken vermag zwar bis zu einem gewissen Grade die Erzeugung zu begrenzen; aber die auf eine Feststellung der Verkaufspreise abzielenden Vereinbarungen sind sehr unbestimmt und werden seitens der einzelnen Flachfabriken vielfach nicht eingehalten. Die im Jahre 1903 verteilten guten Dividenden einzelner deutscher Flachfabriken beruhen auf den günstigeren Ergebnissen des Jahres 1902.

Der Abzug für Fenster- und Spiegelglas ließ in Deutschland infolge des Daniederliegens des Vangeschäftes während des vergangenen Sommers ebenfalls zu wünschen übrig, insbesondere in den besseren Sorten Spiegelglas, deren Preis infolgedessen um 5-8 Proz. erniedrigt werden mußte. Auch der weitere Verlauf des Geschäftes ist nicht besonders befriedigend, namentlich für die westdeutsche Tafelglasherstellung. Diese hat mit den Ausfuhrbestrebungen des belgischen Gewerbes zu thun, welches den Ueberseh der Erzeugung zu ungemein billigen Preisen nach Deutschland abführt. Die belgische Tafelglasherstellung ist nämlich nach außen hin deshalb besonders leistungsfähig, weil im Jahre 1903 sämtliche ihr angehörende Fabriken für fünf Jahre zu einer Verkaufsvereinigung sich zusammengeschlossen haben.

Von allen Zweigen der deutschen Glasfabrikation war jedoch die von Beleuchtungs- und Spiegelglas in den letzten Jahren in der ungünstigsten Lage, was mit den veränderten Ansprüchen der Abnehmer, mit großer Uebererzeugung, erdrückendem Wettbewerb des Auslandes bei unveränderter Höhe der Kohlen- und Rohstoffpreise, sowie der Löhne zusammenhängt.

Generalversammlung der Deutschen Bank. In der gestern abgehaltenen Generalversammlung kam neben geschäftlichen Angelegenheiten auch die Vorschlagsreform zur Sprache. Direktor Swinnewer erklärte, daß, wenn auch die jetzige Novelle nicht den berechtigten Ansprüchen der Börse entspricht, doch die Börse von ihrer Annahme eine Befreiung mancher Schäden erwarte. Wichtig sei vor allem die Bestimmung, daß die als Sicherheit für Termingeschäfte gegebenen Beträge an Geld oder Wertpapieren nicht zurückgefordert werden können. Ein Teil der Schäden könne allerdings überhaupt nicht mehr gut gemacht werden, da die Verhältnisse sich vollständig umgewandelt hätten und die Lage eine andere geworden sei.

Ueber die Geschäftsaussichten im neuen Jahre berichtete Direktor Koch, daß die beiden abgelaufenen Monate gute Resultate aufzuweisen hätten und die Umsätze wiederum gestiegen seien. Da man aber nicht wissen könne, was die Zukunft bringen werde, so müsse man sich einer gewissen Zurückhaltung befleißigen.

Als Stelle der verstorbenen Herren Fromberg und Sulzbach wurden die Herren Rechtsanwalt a. D. Verbö und Kommerzienrat Otto Brammels (i. F.: S. G. Stern, Frankfurt a. M.) gewählt.

Zur Revision des Börsengesetzes haben die Vertreter der Berliner Kaufmannschaft eine Eingabe an den Reichstag gerichtet, in der sie Aufhebung der Verbote des Börsenterminhandels in Getreide- und Mühlenfabrikaten sowie in Anteilen von Bergwerks- und Fabrikunternehmungen und die Befreiung des Börsenregisters fordern. Besonders ausführlich sind die Darlegungen über die Wirkungen des Terminhandelsverbots auf den Getreidehandel. „Das Verbot“, heißt es darüber, „beruht auf einer Verkennung der wirtschaftlichen Bedeutung des Terminhandels. Mit dem Zeitpunkt, wo der Getreideterminhandel an der Berliner Börse vernichtet wurde, hat Berlin seine ehemalige hervorragende Bedeutung auf dem Getreideweltmarkt verloren. Die Umsätze sind derartig zurückgegangen, daß die Deckung des inländischen Bedarfs bei etwaigen Störungen des Wirtschaftslebens, in Kriegsfällen usw. gegenwärtig nicht mehr ausreichend gewährleistet ist.“

Auch der deutsche Getreidehandel kann im Großbetriebe die für jeden soliden Kaufmann erforderliche Deckung gegen schwankende Konjunkturen bei langfristigen Lieferungsverträgen nicht entbehren. Allen die hierzu erforderlichen Terminabschlüsse werden jetzt größtenteils in Amerika gemacht und große Summen zur Provision und Kosten sind infolge dessen an das Ausland zu zahlen, obgleich die Deckungsgeschäfte in Amerika dem deutschen Kaufmann nicht diejenige Sicherstellung gewähren, welche er finden würde, wenn diese Geschäfte an einer deutschen Börse abgeschlossen würden. Die Zahl der in Deutschland vertretenen amerikanischen Häuser ist erheblich gewachsen und zahlreiche deutsche Firmen unterhalten direkte Verbindungen mit amerikanischen Häusern. Von der Unterdrückung des Geschäfts im Inlande haben daher die amerikanischen Getreidebörsen den größten Vorteil gehabt.“

Eine neue Gründung der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft. In Mailand wurde vorgestern von der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft und der Thomson-Houston-Werke-Gesellschaft die A. G. Thomson-Houston Societa Italiana di Eletticität gegründet mit einem Kapital von sechs Millionen Frank, welche die elektrischen und Turbinen-Geschäfte beider Konzerne in Italien übernimmt.

Ausbau der sibirischen Eisenbahn. Nach einer Meldung der „New Yorker Handelszeitung“ soll dem früheren Präsidenten der amerikanischen Anker Pacific-Bahn, H. G. Burt, von der russischen Regierung das Anerbieten gemacht sein, auf die Dauer eines Jahres für ein Gehalt von 100 000 Dollar in ihren Dienst zu treten. Die Aufgabe Burts für diese Zeit soll sein, den Zustand der transsibirischen Bahn einer Prüfung zu unterziehen, notwendige Verbesserungen in Vorschlag zu bringen und womöglich eine Linie zu projektieren, deren Bau den Fahrverkehr auf dem Baikal-See aus dem Betriebe jener Bahn ausschalten würde.

Soziales.

Kerzte und Krankenkassen.

Die „Vossische Zeitung“ erörtert eine Neugestaltung des Krankenkassenwesens und kommt dabei auf den nicht neuen Vorschlag zurück, Arbeiter und Unternehmer zu gleich hohen Beiträgen heranzuziehen. „Das würde zur Folge haben, daß die Arbeitgeber auch die gleich großen Rechte in der Kassenverwaltung erhielten wie die Arbeitnehmer und deswegen verantwortlich wären, sich vielmehr um Krankenkassendinge zu kümmern, als das bisher der Fall war. Die Teilnahme kaufmännisch geschulter und in Handel und Industrie erfahrener Männer an der Kassenverwaltung würde aber nur für die Kassen von Nutzen sein. Eine wirtschaftlich gute Leitung der Krankenkassen ist aber auch für die Kerzte von Interesse, weil dabei noch am ehesten die Kerzte bei der Feststellung des ärztlichen Honorars zu ihrem Rechte kommen.“

Die „Vossische“ macht also den Vorschlag, um die sich die Unternehmer nicht genügend kümmern, den Vorwurf wirtschaftlich schlechter Leitung und fest zugleich die angelegte finanzielle Benachteiligung der Kerzte auf das Konto der Arbeiterverwaltung. Die „Vossische“ ist in der Geschichte des deutschen Krankenkassenwesens scharf beschlagen, sonst müßte sie wissen, daß es eine Zeit gegeben hat, in der sich die Arbeiter in der Krankenkassenverwaltung trotz ihrer Mehrheit willig der Führung der Unternehmer überlassen haben, weshalb die Unternehmer die erste Geige in den Verwaltungen spielten. Das war die Zeit bis zum Erlaß der Novelle von 1892. Bis dahin hielten sich alle fortgeschrittenen Elemente der Arbeiterklasse geflissentlich den Zwangskassen fern, sie beliehen in den von ihnen selbst geschaffenen und mit großem Geschick bewirtschafteten freien Kassen. Die in den Zwangskassen berechtigten Arbeiter waren es noch nicht gewohnt, dem Unternehmer gegenüber Rechte geltend zu machen und es fehlte ihnen auch zum größten Teil an der nötigen Erfahrung, um in Verwaltungsgeschäften dem Unternehmer entgegenzutreten. Zu jener Zeit also herrschten die Verhältnisse in den Verwaltungen der Zwangskassen und aus den Erfahrungen jener Zeit erklärt sich auch das danach auftretende Verlangen der Versicherten nach freier Arztwahl. Es war die erste Reaktion gegen die unbeschränkte Unternehmerherrschaft in den Kassen.

Damals gehörte es auch zu den Kampfzwecken gegen die organisierten Arbeiter, sie mit allen Chikanen in die Zwangskassen zu treiben, und aus diesem Geiste ist die Novelle von 1892 geboren. Die Arbeiter lernten allmählich einsehen, daß ihr Widerstand gegen die Zwangskassen aussichtslos sei; sie drehten mannehr den Spieß um, folgten dem Druck und traten massenhaft in die Orts- und Fabrikkassen ein. Auf diese Weise kam ein Element in die Kassen, das selbstständig dachte, das zu handeln gewohnt war und in Geschäftserfahrung besaß. Diese Arbeiter machten von ihren gesetzlichen Rechten Gebrauch, sie begannen, die Kassen zu dem zu machen, was sie sein sollten, zu Einrichtungen im Interesse der Versicherten. Seitdem — unter dem ausschlaggebenden Einflusse der Arbeiterverwaltungen — sind die großen Ortskassen zu den Musterinstitutionen geworden, die heute das Lob aller Fachleute finden. Wo sie es nicht finden, da liegt es — neben der von jedermann bedauerten Zerplitterung — meist nur daran, daß sich die Arbeiter noch nicht von dem Einflusse der Unternehmer frei gemacht haben. Und unter der Arbeiterverwaltung sind die Aufwendungen für ärztliches Honorar, bezogen auf das einzelne Mitglied, immer höher geworden. Es ist also eine ganz unbegründete, durch die Erfahrung schon widerlegte Annahme, daß die Stärkung des Unternehmereinflusses die Kassen irgendwie heben und leistungsfähiger gestalten würde.

Der Orts-Krankenkasse Solingen ist folgende Verfügung zugegangen: Der Oberbürgermeister.

Solingen, den 21. März 1904.

Durch Verfügung vom 4. März 1904 ist der Orts-Krankenkasse aufgegeben, vier neue Kerzte, unter welchen sich ein Spezialarzt für Augenkrankheiten befinden muß, anzustellen, bis zum 19. d. M. den Nachweis zu erbringen, daß die Anstellung erfolgt ist. Diese Anstellung ist notwendig, um die Erfüllung der gesetzlichen bezw. der statutengemäßen Obliegenheiten der Kasse hinsichtlich der ärztlichen Behandlung ihrer Mitglieder und Familienangehörigen der letzteren zu gewährleisten.

Der Vorstand der Kasse hat die Aufgabe zum festgesetzten Termin nicht erfüllt, und damit die Erfüllung der gesetzlichen statutengemäßen Obliegenheiten verzögert. Demgemäß werden in Gemäßheit des § 45 Absatz 5 des R.-K.-G. die Befugnisse und Obliegenheiten des Kassenvorstandes vom heutigen Tage mittags 12 Uhr an durch die Aufsichtsbehörde wahrzunehmen; die in Ihrer Hand noch etwa befindlichen Schriftstücke betr. Kassenangelegenheiten wollen Sie unweigerlich auf dem Kassenbureau abliefern.

Die Aufsichtsbehörde.

Dide.

Die Kasse hatte bisher für 7800 Mitglieder mit etwa 5000 mitversicherten Angehörigen sechs Kerzte fest angestellt.

Die Wirkungen der freien Arztwahl auf die Verteilung des Honorars wird drastisch illustriert durch eine sorgfältige Untersuchung, die in Kiel angestellt worden ist.

Table with 2 columns: Arzt Nr. 1 and 2, and their respective earnings from 11 426 M. and 11 037 M. in various categories.

Nr. 1 und 2 arbeiten mit je einem Assistenten. Einnahmen für Klasse x. und fuhrkostenentschädigungen sind nicht einbezogen. Aus dem Gesamtbetrage von 163 000 M. erhalten die 6 Ratadore mehr als ein Drittel, 15 Kerzte von 59 über zwei Drittel des Honorars, für die Hälfte der 59 Kerzte sind die Einnahmen aus Kassenpraxis belanglos.

Neben der ungleichen Verteilung des Honorars wird durch diese Unternehmung auch noch bewiesen, daß schon bei den jetzigen Sätzen recht respectable Honorare aus Kassenpraxis erzielt werden können. Trotzdem fordern die Kerzte Erhöhung der Sätze.

Civilrechtliches Boykottverbot.

Gegen das Gewerkschaftsartell in Crimmitschau ist folgende gerichtliche Verfügung im „Amtsblatt“ und an den Anschlußkreisen veröffentlicht worden:

Einseitige Verfügung.

Auf Antrag des Brauereibesizers Arno Rummert in Crimmitschau, vertreten durch Rechtsanwalt Tiege dafelbst, wird dem Weber Albert Lotte in Crimmitschau und den Mitgliedern des Gewerkschaftsartells als (sogenen) 21 Namen der Vertreter der verschiedenen Gewerkschaften im Gewerkschaftsartell hierdurch in Wege der einseitigen Verfügung verboten, durch öffentliche oder nicht-

öffentliche Kundgebungen aufzufordern, daß die Arbeiterkassen von Crimmitschau und Umgebung die Restaurationen, welche Nummerisches Bier beziehen und verkaufen, meiden sollen, oder durch ebensolche Kundgebungen den Wirten und Bierhändlern die Vermeidung ihrer Gastwirtschaften für den Fall in Aussicht zu stellen, wenn sie Nummerisches Bier zum Verkauf bringen. — Auch wird ihnen hiernit jede Veröffentlichung von Verzeichnissen der Nummerischen Bierabnehmerstellen von Crimmitschau und Umgebung untersagt.

Jede Zuwiderhandlung wird mit einer Geldstrafe bis zu 1500 M. oder der Strafe der Haft bis zu sechs Monaten geahndet werden.

Der Antragsteller Nummer hat die Gegner binnen heute und einer Woche zur mündlichen Verhandlung über die Rechtmäßigkeit der einstweiligen Verfügung vor das Gericht der Hauptsache zu laden.

Ausgefertigt am 18. März 1904.
Der Gerichtsschreiber des Königl. Amtsgerichts Crimmitschau.
(L. S.) Kaufmann, Exp.
Königl. Amtsgericht Crimmitschau, den 18. März 1904.
Kaiser.

Da hat man sich nun jahrelang gemüht, den Boykott als groben Unfug zu bestrafen, wobei höchstens Geldstrafen bis zu 150 M. verhängt werden können, und nun mit einemmal diese geniale Entscheidung, daß der Boykott sogar Geldstrafen bis zu 1500 M. tragen kann. Glücklichlicherweise giebt es ja wohl in Crimmitschau außer den Bedrohten noch mehr Personen, die den Arbeitern sagen können, was zu thun in ihrem Interesse liegt. Der Herr Brauereibesitzer könnte so in die Lage kommen, noch recht viele solcher einseitigen Verfügungen zu erwirken.

Trocken-Schwimmunterricht in den Volksschulen. Bei Beratung des Schulrats hatten die Stadtverordneten in Leipzig dem Räte zur Ervägung anheim gegeben, das Trockenschwimmen als neue Schul-Turnübung in den städtischen Schulen einzuführen. Der Rat hat nunmehr den Stadtverordneten mitgeteilt, daß er beschlossen habe, den Trocken-Schwimmunterricht in den Volksschulen einzuführen; hinsichtlich der höheren Schulen habe er sich die Entscheidung noch vorbehalten. Die Volksschul-Direktoren sind bereits angewiesen worden, in allen Fällen, in denen die Turnlehrer des Schwimmens kundig sind, auf die Einführung des Trockenschwimmens hinzuwirken. Die entstehenden Kosten sind unerheblich.

Der Neunstundentag in Frankreich. Mit dem 1. April d. J. tritt die Bestimmung des Gesetzes Millerand-Collard in Kraft, wonach in Fabrikbetrieben und so weiter, in denen entweder nur Frauen oder in welchen neben Männern auch Frauen und jugendliche Arbeiter unter 18 Jahren beschäftigt werden, die Arbeitszeit zehn Stunden nicht übersteigen darf. Dieses Gesetz trat bekanntlich am 1. April 1900 in Kraft und setzte damals den Arbeitstag in den oben bezeichneten Betrieben auf elf Stunden fest; nach zwei Jahren trat eine Reduzierung um eine halbe Stunde ein, der jetzt eine weitere halbstündige Herabsetzung folgt. Damit ist Frankreich auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes dem Deutschen Reich weit vorausgeeilt. Obwohl das Gesetz nur auf die „genannten Betriebe“ (d. h. auf solche, in denen Frauen oder Kinder mitarbeiten) Anwendung hat, so wird die Folge dieses Gesetzes die sein, daß der Neunstundentag bald allgemein durchgeföhrt sein wird. Zunächst wird es allerdings vielerorts zu Kämpfen zwischen den Unternehmern und den Arbeitern kommen und zwar wegen der Löhne. Die Unternehmer beschäftigen nämlich, mit der Arbeitszeit auch die Löhne zu reduzieren, während die Arbeiter das berechtigte Verlangen haben, trotz der verkürzten Arbeitszeit den gleichen Lohn zu erhalten. So beschloffen die Arbeiter der Textilindustrie von Roubaix, den Unternehmern einen Lohnstarif zu unterbreiten, der sie in den Stand setzt, trotz der verkürzten Arbeitszeit denselben Lohn wie vorher zu verdienen. Das Komitee des allgemeinen Bundes der Arbeit fordert die Arbeiter auf, überall in der gleichen Weise vorzugehen.

Gewerkschaftliches.

Lohnbewegung der Berliner Bäcker. Gestern nachmittag tagte in Kellers Saal eine Versammlung von Bäcker-Arbeitern, wie sie Berlin seit Jahren nicht gesehen hat. Tausende strömten nach dem Versammlungsort. Sowohl der Saal wie die Galerien waren von einer dichtgedrängten Menge besetzt und immer noch drängten neue Massen jener ausgegessenen Gestalten heran, die ihr Leben in heißen staubigen Werkstätten und dampfenden Schlafkammern verbringen; handelt es sich doch um den Beginn einer Bewegung, die in das traurige Leben der Bäcker-gesellen ein wenig mehr Licht und Sonnenschein bringen soll, als ihnen die nur auf ihr eignes Wohlbedenken bedachten Bäckermeister gutwillig zukommen lassen. Die Polizei war bei diesem außerordentlichen Ereignis ebenfalls besonders zahlreich erschienen. Ein starkes Aufgebot von Schuppleuten war vor dem Versammlungsorte zusammengezogen. Arbeit gab es für die Beamten nicht, denn zu einem Sturm auf die Bäckermeister hatten es die Arbeiter natürlich nicht abgesehen. — Die mehrere Tausend Personen zählende Versammlungsbefucher folgten mit Interesse und großem Beifall den Ausführungen des Referenten Deychold, der die überaus traurige Lage der Bäckergefellens kennzeichnete und weiter ausführte, daß es jetzt an der Zeit sei, durch die Macht der Organisation einen kräftigen Vorstoß zu unternehmen, um den Bäckermeistern eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen abzurufen. Zu verlieren haben die Bäckergefellens nichts, denn schlechter wie ihre Lage jetzt ist, kann sie nicht mehr werden. Der Redner erinnerte daran, daß die nach dem Streik im Jahre 1900 getroffenen Vereinbarungen nur einen Teil der damaligen Forderungen darstellten, und daß selbst das, was bewilligt wurde, nicht eingehalten wird. Die jetzige Lohnbewegung hat das Ziel: Abschluß eines Tarifs zwischen den beiderseitigen Organisationen. Als Forderungen, welche durch Tarifvertrag festgelegt werden sollen, schlug der Referent vor: Günstige Abschaffung des Kost- und Logiswens im Hause des Meisters, statt dessen Zuschlag von 12 M. auf den bisherigen Wochenlohn. Der Mindestlohn soll betragen: In Bäckereien mit einem bis zwei Gesellen 21 M., mit drei bis sieben Gesellen 23 M., mit acht bis zehn Gesellen 25 M. Höhere Löhne, welche bereits gezahlt werden, dürfen nicht gekürzt werden. Gesehlich zulässige Ueberstunden sind mit 60 Pf. pro Stunde zu vergüten. Gewährung je einer freien Nacht an den drei ersten Feiertagen. Einführung eines paritätischen Arbeitsnachweises mit oder ohne Mahngabe, daß bei Streiks nur der Arbeitsnachweis des Verbandes benutzt wird. Den Beitragskassieren des Verbandes ist Zutritt in den Bäckereien zu gestatten, der Tarif ist in den Bäckereien auszubringen. — Die endgültige Beschlußfassung über die Forderungen soll nach dem Vorschlage des Referenten am nächsten Dienstag durch eine Mitgliederversammlung des Verbandes erfolgen, auch soll die Lohnbewegung seitens des Verbandes geführt werden. — Nach dem Referenten sprach Weidler, der Vertreter der Berliner Konditorgefellens. Er erklärte unter großem Beifall der Versammlung, daß seine Kollegen die Lohnbewegung der Bäcker nicht nur in jeder Hinsicht unterstützen werden, sondern daß sie an demselben Tage wie die Bäcker ihren Arbeitgeber Forderungen einreichen werden, wobei die Konditoren ihrerseits wieder auf die Hilfe der Bäcker rechnen. — Der folgende Redner, Barth, berechnete nach den Erfahrungen der Lohnbewegung des Jahres 1900 und unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Verhältnisse, daß eine Anzahl von Betrieben mit zusammen 600 bis 800 Gesellen die Forderungen sogleich bewilligen, was wieder einen günstigen Einfluß auf die andern machen würde, die sich gegen die Forderungen sträuben. — Noch mehrere Redner sprachen sich dahin aus, daß die Situation der Lohnbewegung günstig sei und daß die Bäckergefellens Berlin, wenn es zum Streik kommen sollte, den Kampf energisch durchführen würden. Nach einer Aufzählung zum Anschluß der noch Fernstehenden an die Organisation wurde die imposante Versammlung mit einem Hoch auf den Verband und den Sieg der Berliner Bäckergefellens geschlossen.

Für die am Tage beschäftigten Bäcker findet heute abend eine Versammlung in der Weichstr. 19/20 statt.

Tarifbewegung der Albumarbeiter. Im vorigen Monat hatten sich die Albumarbeiter mit einem Circular an die Fabrikanten gewandt und in sehr bescheidenen und beschränkter Form angefragt, wie sich die Herren zur Einführung der neunstündigen Arbeitszeit und zu einer tariflichen Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse stellen. Antwort wurde bis zum 1. März gewünscht. Wie der Branchen-Vertrauensmann Pylomski am Montag der Versammlung der Albumarbeiter und Arbeiterinnen mitteilte, haben es die Albumfabrikanten nicht für geboten erachtet, der Lohnkommission irgend eine Antwort zu geben, ja, sogar in einer zur Diskussion über die Wünsche der Arbeiter einberufenen Versammlung beschloffen, sich so unhöflich zu verhalten. Ferner hat sich die Fabrikantenversammlung jedoch dafür ausgesprochen, daß der Neunstundentag bewilligt werden soll unter Beibehaltung der bisherigen Wochenlöhne; den Accordarbeitern jedoch keinerlei Ausbesserung gewährt werden soll. Seitdem ist der Neunstundentag in einer größeren Verhältnisse bereits eingeföhrt worden und in mehreren andern wurde angekündigt, daß er vom 1. April ab eingeföhrt werden soll. Für die Accordarbeiter, die in der Regel von ihrem eignen Verdienst eine Ansmirererin bezahlen müssen und dieser doch bei Einführung der neunstündigen Arbeitszeit keinen geringeren Lohn zahlen können als bisher für zehn Stunden, bringt der Neunstundentag ohne Preis-ausschläge einen Ausfall an Verdienst mit sich, der kaum durch größere Arbeitsintensität aufgewogen werden kann. Doch sind die Accordarbeiter bereit, dies vorläufig, so lange die schlechte Konjunktur dauert, mit in Kauf zu nehmen, um erst einmal den in andern Branchen des Buchbindergewerbes bereits seit Jahren bestehenden Neunstundentag zu erlangen. — Die Versammlung nahm einstimmig folgende Resolution an:

„In der Stellungnahme der Herren Albumfabrikanten zu dem anständigen Schreiben der Lohnkommission sieht die Versammlung eine Ablehnung der gewiß bescheidenen Forderungen zur Einführung geregelter, einheitlicher Arbeitsverhältnisse. Die Versammlung nimmt mit Bedauern Kenntnis von dem Verhalten der Fabrikanten und beschließt, an der neunstündigen Arbeitszeit festzuhalten, und fordert alle Kollegen und Kolleginnen aus, in denjenigen Betrieben, wo die neunstündige Arbeitszeit noch nicht besteht, sie mit Beibehaltung der bestehenden Wochenlöhne zu verlangen. Bevor jedoch detaillierte Schritte unternommen werden, ist die Lohnkommission zu benachrichtigen. Zur Erringung eines zehnprozentigen Zuschlags für Accordarbeiter und Arbeiterinnen wird die Lohnkommission beauftragt und ermächtigt, zu geeigneter Zeit die nötigen Schritte zu thun. — Die Anwesenden verpflichten sich, für Ausbreitung der Organisation zu sorgen, da nur eine starke Organisation imstande ist, für Einführung und Erhaltung besserer Zustände erfolgreich zu wirken.“

Die Fliesenleger äußern den Wunsch nach einer einheitlichen Organisation.

Die im Centralverband der deutschen Maurer organisierten Fliesenleger hielten am 17. März im Gewerkschaftsaule eine Versammlung ab, um über die Gründung einer selbständigen Sektion zu sprechen. P. Winkler begründete in längeren Ausführungen die Notwendigkeit eines engen und festen Zusammenschlusses. Die Mitgliederzahl sei auf ca. 75—80 angewachsen, und will man über diese eine Kontrolle haben, so ist diese Gründung erforderlich. Redner kommt im weiteren auf die Zerplitterung der Berliner Fliesenleger zu sprechen und wünscht zum Schluß mit Zustimmung der Versammlung, daß der Verband alles daran legen soll, um eine einheitliche Organisation für die gesamten Fliesenleger zu schaffen. Dies sei um so weniger schwer, da nur geringe Meinungsverschiedenheiten unter den Fliesenlegern vorhanden seien. Es wurden sodann in den Vorstand Paul Winkler als erster, Fritz Rabé als Stellvertreter und Willi Vöhl als Schriftführer gewählt. Sämtliche Meldungen, welche die Sektion betreffen, sind an P. Winkler, Turmstr. 19, zu richten.

Achtung, Kartonarbeiter, Rieter und Arbeiterinnen! In der Kartonfabrik von Martin Rohle, Köpenickerstr. 112, haben sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen die Arbeit niedergelegt. Zusatz ist fernzuzhalten.

Zahlstelle Berlin des Deutschen Buchbinder-Verbandes.

Die Schlosser nahmen am Montag in einer stark besuchten Versammlung den Bericht der Tarifüberwachungs-Kommission entgegen. Aus demselben ging hervor, daß die aus Arbeitnehmern und Arbeitgebern zusammengesetzte Kommission sich eine Geschäftsordnung gegeben hat und nunmehr energisch auf Durchführung des Tarifes in sämtlichen Schlossereibetrieben von Berlin und Umgebung dringt. — Kürzlich war es wegen Anerkennung des Tarifes bei der Firma Köstlermann, Greifenhagenstraße, zur Arbeitsniederlegung gekommen. Nach zweitägiger Dauer des Ausstandes erkannte die Firma den Tarif an. Bei der Firma Blume, Charlottenburg, woselbst 100 Schlosser beschäftigt sind, kam es ebenfalls zur Arbeitsniederlegung wegen Verweigerung der Ueberstunden-Einschädigung. Die Differenz konnte jedoch schon nach eintägiger Ausstandsdauer zur Zufriedenheit der Arbeiter beigelegt werden. In einer Resolution erklärte sich die Versammlung mit der bisherigen Tätigkeit der Kommission durchaus einverstanden.

Achtung, Rohrer! Laut Versammlungsbefehl des Vereins der Rohrer Berlins und Umgebung vom 20. März ist die Sperre über folgende Geschäfte und Bauten der Rohredend-Fabrikanten aufgehoben:

H. Veermann, Julius Veermann, W. Stahl, C. Ingold, A. Krause, A. Schröder und C. Weise.
Der Vorstand
des Vereins der Rohrer Berlins und Umgebung.

Achtung, Vergolder Berlins! In der Goldleistenfabrik von Reichlons Co., Köpenickerstr. 109a, sind Differenzen ausgebrochen. Zusatz ist streng fernzuzhalten. Namentlich eruchen wir die bei den Zwischenmeister beschäftigten Kollegen, die Fertigstellung einer zölligen Leiste braun mit kleiner vorn ausgeföhrt Verzierung, welche mit Eisenblech für 1,75 M. hundert Fuß und Gold abgelenkt für 2 M. vereinbart ist, abzulehnen, da die Firma nur 1,40 M. geben will und die dorthin Kollegen die Arbeit deshalb niedergelegt haben. Auch ist ein Kollege deshalb gemahngelt worden.

Der Vorstand des Verbandes der Vergolder.

Die Bauschüler in Weiskene haben mit ihren Arbeitgebern vor einigen Tagen eine Tarifgemeinschaft abgeschlossen. In den Verhandlungen beteiligten sich sämtliche Arbeitgeber und der Gewerkschaft des Holzarbeiter-Verbandes. Das Resultat war die volle Anerkennung des von den Bauschülern vorgelegten Retarifes. Damit waren gleichzeitig die Differenzpunkte, die kürzlich zum Streik geführt hatten, für beide Teile erledigt, und ist die Arbeit von den Bauschülern am Montag wieder aufgenommen worden. Die Tarifgemeinschaft tritt mit dem 1. April d. J. in Kraft und gilt bis zum 1. Juli 1905. Sie muß ein Vierteljahr vor Ablauf gekündigt werden, widrigenfalls sie auf ein weiteres Jahr Gültigkeit hat.

Deutsches Reich.

München, 21. März. (Schuhmacher.) Nachdem die Meister sich entgegen den vor dem Einigungsamt festgelegten Tarifvereinbarungen weigerten, die vorgelegten 23 Extra-Arbeiten zu bezahlen, die diesbezüglichen Sitzungen der Tarifkommission resultatlos verliefen, legten heute morgen die Gehilfen in sämtlichen Werkstätten die Arbeit nieder. Eine gestern abgehaltene Innungsmeister-Versammlung hat beschloffen, sämtliche Gehilfen auszusperrern, falls im Laufe des heutigen Tages eine Verständigung nicht herbeigeföhrt werden könnte. Mittels gedruckter Postkarte wurden die Meister aufgefordert, die Namen ihrer sämtlichen streikenden Gehilfen unüberzählig der Vorstandschaft anzugeben, vermutlich um eine schwarze Liste anzufertigen. Im Weiteren hintanzuhalten, hat Gewerkschaft Dr. Preuer von dem ihm nach dem Tarifvertrag zustehenden Rechte Gebrauch gemacht und für Montag nachmittag nach dem Gewerbegerichtssaal eine Sitzung der Tarifkommission einberufen. Nach dreistündiger lebhafter Debatte

einigte man sich dahin, daß der Lohnstarif dahin erweitert wird, daß der Meister die Journaturen in bisherigen Umfang selbst zu stellen hat, daß Wartezeit nach Anmeldung bei dem Meister bezahlt wird, und daß Kinder- und Salonstühle und Kostarbeit nach Stunden bezahlt wird. Weitere 21 Extra-Arbeiten wurden anstandslos zugestimmt. Die Ausständigen werden verpflichtet, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen.

Ausland.

Die Aussperrung in der Diamantindustrie.

Die Wiedereröffnung der Fabriken in Antwerpen hat den Arbeitgebern offenbar wenig Vorteil gebracht und nur bewiesen, wie schwach ihre Position thatsächlich ist. Außer den Selbständigen, den sogenannten „Eigenverkmadern“, sind nur etwa 20 Arbeiter an die Arbeit gegangen, und dabei redete man von hunderten, die die Arbeit zu den Bedingungen der Arbeitgeber wieder aufnehmen wollten! Einige Fabriken mußten wegen Mangels an Arbeitskräften sofort wieder anhalten. Daß die Eigenverkmader sämtlich die Arbeit aufnehmen würden, ist selbstverständlich, da sie Mitglieder der Zuvellersvereinigung sind. Der Jued der Wiedereröffnung der Fabriken, Zwiespalt in die Reihen der Arbeiter zu bringen, ist also vollständig verfehlt worden. Uebrigens ist die Zahl der Mitglieder des Antwerpener Diamantarbeiter-Verbandes in den letzten Wochen leistungsgewachsen, in der vorigen Woche wurden z. B. 129 Aufnahmen vollzogen. — In der vorigen Woche wurden in Antwerpen trotz der Erhöhung der Unterstützungen und obgleich auch die Unorganisierten unterjügt wurden, weniger als 20 000 Fr. für diesen Jued gebraucht.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Friedrichshagen. Den hiesigen Parteigenossen und Gemeindevwählern des zweiten Wahlbezirks der dritten Abteilungs des Reichstags-Abgeordneter Dr. Sadelum heute morgen Donnerstagmittag von 5—7 Uhr im Restaurant Eiseller die Gemeindevwahl stattfindet. Unser Kandidat ist der Genosse Möbelpolter Otto Barth. Kein Wähler, kein Parteigenosse bleibe der Wahl fern in der Annahme, daß unser Sieg doch sicher sei, sondern jeder Sorge dafür, daß unser Kandidat mit überwältigender Majorität gewählt wird.

Köpenick. Unsere Parteigenossin Frau Steinbach spricht morgen Donnerstagabend 8 Uhr in einer im Kaiserhof, Grünstraße, stattfindenden öffentlichen Versammlung. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Wilmersdorf. Ueber die Aufgaben der Socialdemokratie in der Gemeinde spricht Reichstags-Abgeordneter Dr. Sadelum heute Mittwochabend in einer bei Witte, Berlinerstraße 40, stattfindenden Volksversammlung. Morgen Donnerstag nehmen die für die dritte Abteilung auf drei Tage angelegten Gemeindevahlen im Victoriagarten, Wilhelmstraße 114, ihren Anfang. Die Wahlhandlung dauert täglich von 10 bis 2 Uhr und von 4 bis 8 Uhr.

Lokales.

Eine amüsante Stiftung.

ist die sogenannte „König Friedrich-Stiftung“, die vor drei Jahren von den städtischen Behörden errichtet wurde. Sie verdankt ihre Entstehung bekanntlich zwei Umständen, die sehr wenig mit einander zu thun haben: der Wohnungsnot des Jahres 1900 und der Zweihundertjahr-Feier vom 18. Januar 1901.

Mit einer ganzen Million Mark glaubten die städtischen Behörden ihren Pflicht, zur Verbesserung des Wohnungswesens beizutragen, genügen zu können. Eine ganze Million Mark wollten der Magistrat und die Stadtverordneten-Versammlung hergeben, um minderbemittelten Einwohnern unserer Zweimillionenstadt billige und gesunde Wohnungen zu beschaffen. Die Verantwortlichen dieser großen Idee wurden damals von unsren Parteigenossen in der Stadtverordneten-Versammlung mit einer Menge von Spott überschüttet. Es wurde darauf hingewiesen, wie lässlich klein dieses Mittelchen sei, wie beschämend wenig man davon für die Besserung des Berliner Wohnungswesens zu erwarten habe. Aber die Stiftung mit dem langvollen Namen kam zu stande.

Im Etatsauschuss ist nun nach den bisherigen Leistungen dieser famosen Stiftung gefragt worden. In der That könnte die Stiftung ihr Geld dazu verwenden, minderbemittelte Einwohner Berlins vor Wohnungslosigkeit zu schützen, ihnen Mietbeihilfen zu gewähren usw., aber vorläufig hat das Stiftungskuratorium noch kein Geld zu sehen bekommen. Das Stiftungskapital, die ganze Million Mark, ist entnommen worden aus den Gewinnüberschüssen der Stadthauptkasse für das Rechnungsjahr 1899 — damals hatten wir noch die fetten Jahre, die mit Ueberflüssen abflossen — diese Million ist jedoch nicht der Stiftung zugeführt, sondern in der Stadt-Hauptkasse zurückbehalten worden, und die Stiftung hat bisher auch keine Zinsen erhalten. Nach der Darstellung, die der Stadtkämmerer im Etatsauschuss gab, hat sie gar keinen Anspruch auf Kapital und Zinsen. Sie ist keine rechtsfähige Stiftung, mithin bleibt das Geld im Eigentum der Stadt und wird von der Kammerlei verwahrt, bis es gebraucht wird.

Wir vermuten, daß der Herr Stadtkämmerer so bald nicht in die Lage kommen wird, mit der „König Friedrichs“-Million oder auch nur mit ihren Zinsen herausrücken zu müssen. Bis jetzt hat die Stiftung noch nichts gebraucht, und wer weiß, ob die Mehrheit ihres Kuratoriums überhaupt jemals zu der Ansicht gelangen wird, daß sie etwas „brauche“. Eine Wohnungsnot giebt es ja gar nicht in Berlin, hat es nach der Versicherung der Hausagrarier hier auch in den Jahren 1900 und 1901 nicht gegeben. Und in ruhigeren Zeiten zur Verbesserung des Wohnungswesens beizutragen etwas zu thun, das kann nach freisinnigen Grundsätzen nicht die Pflicht einer Stadtgemeinde sein. Was will man also?

Um im Stadthaushalts-Stat das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben ohne Erhöhung des Kommunalsteuer-Zuschlages herzustellen, wurde im vorigen Jahre der Erneuerungsfonds der Markthallen gekündigt. In diesem Jahre hat man demselben Zwecke den Betrag geopfert, der für das noch unauflösliche Projekt einer Spreckbrücke zwischen Manteuffel- und Fruchtstraße bereits in einem der Vorjahre bewilligt worden war. Im nächsten Jahre wird man in gleicher Rottlage vielleicht auf den Gedanken verfallen, der „König Friedrich-Stiftung“ ihre Million wieder abzunehmen mit der Begründung, daß niemand wisse, was man mit dem Gelde anfangen solle.

Die Geschichte dieser Stiftung war von Anfang an eine Tragikomödie. Wir würden uns nicht wundern, wenn sie schließlich auch als Tragikomödie endete.

Abschiedsfeier.

Zu Ehren der ausgewiesenen russischen Studenten war hier gestern ein Abschiedskommers im engeren Kreise veranstaltet worden, an dem sich namentlich die studierende Jugend sehr zahlreich beteiligte. Uns Deutschen, die wir zu dieser Feier geladen waren, erschien das Bild, das sich im Laufe des Abends entrollte, ungemein fesselnd. Das also waren die Mandelstamm und Silberfarb, die Schnorrer und Verschwörer, die männlichen und weiblichen Apostel wüster Anzucht! Ein Gefühl tiefer Beschämung beschlich uns, als wir der Beschimpfungen gedachten, die wochenlang sich in der wohlgefunten Presse über wehrlose Männer und Frauen ergossen hatten, der We-

Schimpfungen, die von neuem den deutschen Namen mit Schande bedeckten. Als wir die Männer mit den ansgeprägten Charakterköpfen betrachteten, die Frauen im denkbar einfachsten, schmucklosen Kleide, die nur durch ihre intelligenten Gesichtszüge verraten, was sie sind, da mühten wir unwillkürlich an das deutsche Corpsstudententum denken, von dessen auf Erhöhung aller Ideale, auf Förderung eines edelsten Strebens und gerichtslosen Treiben deutsche Hochschullehrer mit Schandern berichten. Unsere russischen Freunde waren weit entfernt, das über sie verhängte Unheil tragisch zu nehmen. In seiner Ironie priesen sie im Gespräch den Grafen „Witlowa“, der durch seinen Nachfolgebzug gegen die russischen Studierenden die deutsche Arbeiterklasse nicht allein auf die entzücklichen Zustände im Jarenreich, sondern auch auf den Mangel an Freiheit in Preußen-Deutschland aufmerksam gemacht und dadurch wider Willen das revolutionäre Bewußtsein des Proletariats gestärkt habe. Sie, die Angehörigen der Intelligenz in Russland, seien gewohnt, in die Weite zu schweifen, und wenn sie jetzt in einem schöneren Lande als Deutschland ihre Studien fortsetzen müßten, so sei dieser Schmerz zu ertragen. Selbstverständlich fehlte es nicht an Auslassungen von deutscher Seite, in denen die traurigen politischen Zustände unsrer Heimat nach Gehärd gewürdigt wurden. Diese Unterhaltungen wechselten ab mit Gedächtnisreden. Zum Teil waren es Gefänge, die zum Befreiungskampf ansetzten, zumeist aber wehmütige Romane und Volkslieder, die in ihren langgezogenen, melancholischen Tönen vom verhaltenen Schmerz des russischen Volkes zeugten. Auch diese Männer, auch diese oft noch blühenden Frauen und Mädchen liebten ihre Heimat, deren uns fremde Schönheit sie mit glodenheller Stimme priesen. Zum Schluß vereinigte ein Glas Punsch noch einmal alle Teilnehmer. Dann wurde stehend zum Abschied ein Hymnus gesungen, der die Unterdrückten aller Kulturländer begeistert, ein Hymnus, dessen befreiende Kraft schon einmal eine dem Untergang geweihte Welt in Trümmer geschlagen hat: die Marseillaise.

Der Centralverein für Arbeiter und Arbeiterinnen erklärt einen Aufruf, in dem es heißt: „Im vergangenen Jahre hat der Verein sein neues, von der Landes-Versicherungsanstalt Berlin mit einem Kostenaufwande von einer Million Mark erbautes Heim in der Gormannstraße bezogen. Trotzdem die Miete für das Gebäude von der Landes-Versicherungsanstalt Berlin in Anbetracht des gemeinnützigen Zweckes sehr niedrig normiert ist (2 1/2 Proz. des Anlagekapitals) und trotzdem die Stadtgemeinde Berlin einen Zuschuß von 20 000 M., welcher in diesem Jahre auf 30 000 M. erhöht werden soll, dem Verein gewährt, sind die Anforderungen an den Verein derartige geworden, daß seine Mittel nahezu erschöpft sind. Ueber die große Bedeutung, welche das Unternehmen des Vereins für die gesamte Arbeiterklasse, für das gesamte gewerbliche und industrielle Leben Berlins hat, bedarf es wohl keiner weiteren Ausführungen.“

Der Verein richtet dann an solche Private, welche sich für seine Zwecke interessieren, das Ersuchen, seine Einrichtungen durch Erwerbung der Mitgliedschaft zu unterstützen.

Eine lebhafteste politische Agitation entfaltete die Eisenbahnbehörde gegenwärtig dadurch, daß sie eine Rede, die Herr Budde am 12. Februar im Herrenhause gehalten hat, unter die Arbeiter verteilen läßt. Herr Budde, der sich in seinem Hauptberuf als Socialistenführer und außerdem noch als Eisenbahnminister fühlte, hat an dem erwähnten Tage dem bekannten Sozialistenkabinett dadurch einen Ehrenschmaus bereitet, daß er drohte, keinen tätigen Socialdemokraten weder als Beamten noch als Arbeiter in der Staatseisenbahn-Verwaltung dulden zu wollen. Er verübte an dieser Stelle die kuriose Wäre von der Selbstverständlichkeit, daß ein Beamter, der seinen Treueid geleistet habe, kein Socialdemokrat sein könne und ebenso, daß ein Arbeiter im Staatseisenbahn-Betriebe, der seinen Arbeitsvertrag unterschrieben habe, nicht tätiger Socialdemokrat sein könne.

„Dienstliche Treue“ ist dies Flugblatt überschrieben. Es ist Sache der socialdemokratischen Reichstags-Abgeordneten, vom Eisenbahnminister gelegentlich Rechenschaft darüber zu fordern, ob dies politische Agitationsmaterial auf Kosten der Steuerzahler oder auf Privatkosten des Herrn Budde bestritten wird. Doch das nebenher. Auf jeden Fall wird die zur Zeit übliche Scharfmacherei gegen den dritten Teil des deutschen Volkes die socialdemokratischen Eisenbahnarbeiter längst veranlaßt haben, ihre Taktik auf diese Scharfmacherei einzurichten. Will man Heuchler im Betriebe haben, gut, so soll man sie haben, und die socialdemokratisch denkenden Eisenbahnarbeiter wären Esel, wenn sie ihre Bestimmung den höheren Beamten auf dem Präsentierteller darbringen und dadurch sich brotlos machen lassen würden. Daß die Verbreitung socialdemokratischer Bestimmung wie überall im Proletariat, so auch unter den Eisenbahnarbeitern ihren Fortgang nimmt, dafür sorgt Herr Budde schon selbst. Aufreizend muß allein schon die Geschmackslosigkeit wirken, daß das Herrenhaus an sich in dem Flugblatt erwähnt und dadurch die parlamentarische Rechtslosigkeit, unter der das preussische Volk leidet, auch den Eisenbahnarbeitern wieder in Erinnerung gebracht wird. Und im übrigen geht es hier wie sonst auch in dem üblichen Kampfe gegen die Socialdemokratie. Wer von ihr wirklich noch nichts gehört haben sollte, der muß sich, wenn er das Flugblatt liest, unwillkürlich sagen, daß eine Partei, die mit solchem Maß von oben her angegriffen wird, schon einer gelegentlichen Betrachtung wert ist. Und Herr Budde weiß doch: Wer dem Teufel, d. h. der Socialdemokratie erst keinen Finger gereicht hat, der ist auch bald ganz in ihren Teufelstrahlen gefangen. Mit Gemütsruhe und sicher des Erfolges sieht die Socialdemokratie daher der weiteren staatsverhätenden Agitation unter den Eisenbahnarbeitern entgegen.

Abermals eine verachtete Privat-Krankenkasse. Der Herr Polizeipräsident teilt mit, daß die deutsche Kranken-Versicherungskasse zu Dresden, eingeschriebene Hilfskasse 132 (hiesige Kassendirektor Hr. Starbetti, Christianstraße 31, und L. Junge, Strassbergerstraße 30) am 27. Februar d. J. auf Antrag des Rats zu Dresden von der Igl. Kreishauptmannschaft daselbst gelöst worden ist. Ueber das Kasienvermögen ist am 17. März d. J. das Konkursverfahren eröffnet und zum Konkursverwalter Rechtsanwalt Dr. Heim, Dresden, Schloßstraße 18, ernannt worden.

Berliner Frühjahrs-Jahrmart. In dieser Woche, von heute, den 23. an bis Sonnabend, den 28. März abends, wird vor dem Halleischen Thor Jahrmart abgehalten. Die Holzwarenhändler und Wagenbauer haben ihren Stand wieder in der Vartherstraße, die Wälder, Korbmacher und Holz-Rüchenswarenhandlender in der Gneisenau- und Kottbusstraße. Die Wirtelpromenaden, von der Kottbusstraße ab, nehmen die Wälder der Schmittwarenhandlender, Pfefferkuchler usw. ein. Nach der Wälderstraße zu stehen die Porzellan- und Topfhändler, die Kupfer- und Eisenhandlender mit emaillierten Kochgeschirren. In der Horkstraße und Großbierenstraße die Seiler, Pantoffelmacher und Schuhmacher.

Das Agrarierland erstreckt sich weit über die deutschen Reichsgrenzen hinaus. Graf Hely von Talleyrand-Perigord zu Paris, Rue Cambon 45, hat vor sechs Jahren bei der Dresdener Disconto-Bank ein Darlehn von 477 000 M. aufgenommen und für dasselbe sein in der Viktorienstraße 36 zu Berlin belegenes Grundstück verpfändet. Die Hypothek ist inzwischen auf die Preussische Renten-Versicherungs-Anstalt übergegangen. Diese hat jetzt, wie das königliche Amtsgericht I, Berlin, Abteilung 96, zum Zweck der öffentlichen Versteigerung bekannt macht, wegen der für das dritte Vierteljahr 1903 rückständigen Hypothekenzinsen durch ihren Prozeßbevollmächtigten die Zwangsversteigerung des verpfändeten

Grundstücks beantragt. Im Berliner Adressbuch ist als Eigentümer desselben „Erzprinz von Sagan-Talleyrand-Paris“ angegeben.

In der Angelegenheit des koreanischen Attentäts Hong teilen wir noch mit, daß sich der früher erwähnte Lieutenant der Reserve R. stets bemüht hat, den jungen Attentäter von übereilten Schritten zurückzuhalten und ihn an seine Pflicht zu erinnern. Die Gerüchte, die dieses Verhältnis in unangenehmem Lichte darstellten, haben sich als völlig falsch herausgestellt.

Eine seltsame Geschichte. Der Krankenpfleger Gustav Franke aus Leipzig wollte am Sonnabend in Berlin Hochzeit machen und schon am Donnerstag hier eintreffen, ließ aber nichts mehr von sich hören. Am Sonntag fuhr daraufhin ein Verwandter der Braut nach Leipzig und stellte fest, daß Franke am Donnerstag von dort abgefahren war. Am Montagvormittag traf er endlich hier ein; er war völlig erschöpft und elend, seine Beine waren geschwollen. Er erzählte folgendes: Als er in Leipzig den Schnellzug bestieg, befanden sich in dem Wagenabteil drei Fahrgäste. Bald nach der Abfahrt des Zuges wurde er plötzlich von einer ihm unerklärlichen Mächtigkeitsbesessenheit befallen und schlief ein. Als er in der Nähe von Bitterfeld wieder aufwachte, war er allein. Er fühlte sich schwach, im Kopfe wirr, und vermied seine Erspatnisse (2300 M.), die er der Sicherheit halber mitgenommen hatte, seine goldene Uhr und Kette, die Fahrkarte und seine Papiere. Nicht fähig, einen festen Gedanken zu fassen, sitzte er aus, irrte stundenlang umher und ging schließlich, da er kein Geld hatte, um nach Berlin telegraphieren zu können, bis nach Wittenberg. Hier suchte er einen Bekannten auf und ließ sich Geld, um die Fahrt nach Berlin fortsetzen zu können. Die Polizei stellt der Geschichte etwas mißtrauisch gegenüber.

Spanischer Schachschwindel. Das Polizeipräsidium teilt mit: In jüngerer Zeit sind der Berliner Kriminalpolizei in großer Anzahl aus allen Teilen des Deutschen Reiches Anzeigen zugegangen, wonach die seit vielen Jahren bekannten spanischen Schachschwindler sich wieder lebhaft bemerkbar machen. Gewöhnlich schreibt der Schwindler aus Madrid, daß er wegen Bankrotts im Gefängnis sitze und auf einer französischen Wohnstation einen Koffer mit sehr hohem Wertinhalte — es werden 200 000 bis 300 000 Fr. angegeben — lagern habe, der mit einer geringen Auflage, Kredit, Roll und dergl. belastet sei; nach deren Bezahlung soll der Briefempfänger einen großen Teil des Wertinhalts bekommen, zunächst aber durch Telegramm an eine bestimmte Madrider Adresse sein Einverständnis mit dem Unternehmen erklären. Selbstverständlich ist der Briefinhalt Schwindel und geht nur auf Erlangung eines Vorschusses aus. Nach Lage der spanischen Gesetzgebung und Verwaltungspraxis ist eine Strafverfolgung wegen dieses Schwindels trotz vielfacher dahingehender Versuche unmöglich. Den Empfängern derartiger Briefe kann angeraten werden, sie gänzlich unbeachtet zu lassen.

Eine außergewöhnliche Unfallmeldung beschäftigt seit acht Tagen die hiesige Polizeibehörde. Am 11. März vormittags bemerkte ein Schuhmann auf dem Bürgersteig vor dem Hause Bernauerstraße 116 ein junges Mädchen in völlig hilflosem Zustande, umgeben von einer großen Menschenmenge. Der Beamte brachte die anscheinend Kranke, das zwanzigjährige Dienstmädchen Luise Kostep aus Wittstock, welche in der Aderstraße 49 wohnte, nach dem Lazarus-Krankenhaus, woselbst man einen schweren Knochenbruch am rechten Fuß feststellte. Die A. gab an, daß sie am 7. März in der Gitschinerstraße von einem Straßenbahnwagen hinuntergefallen sei und sich den Fuß gebrochen habe. Vier Tage lang sei sie mit der schweren Verletzung noch umhergegangen, bis sie endlich in der Bernauerstraße hilflos zusammengebrochen wäre. Die Polizei ist nunmehr eifrig bemüht, einen Straßenbahn-Schaffner zu ermitteln, der für den Unfall des Mädchens verantwortlich zu machen ist. Weder bei der Polizei, noch bei der Betriebsverwaltung der Großen Berliner Straßenbahn ist die Unfallmeldung eingelaufen.

Eine erfolgreiche Jagd auf Stadtbahnschlepper machten vorgestern abend mehrere Kriminalbeamte. Obwohl schon mehrere Puschken bei der Ausplünderung eingeschlagener Reisenden abgegriffen worden waren, wollten doch die Fledererien kein Ende nehmen. Auf verschiedenen Bahnhöfen wurden nun wiederholt drei mehrmals vorbestrafte gewerbonähmige Flederer, ein Händler Paul Kattler, ein alter Quathäuser Otto Dietter und ein Mädchenhändler, der den Spitznamen „Der polnische Leo“ führt, unter verdächtigen Umständen gefangen. Die Beamten beschloßen nun, diese drei ununterbrochen solange zu verfolgen, bis sie über ihre Treiben Gewißheit hätten. Die Flederer führten von Station zu Station hin und her, beobachteten die Wagenabteile, so weit es ihnen möglich war, und stiegen immer erst im letzten Augenblick wieder ein. Ohne daß sie es merken, wurden sie auf Schritt und Tritt beobachtet. Auf dem Bahnhof Neusselstraße entdeckten sie als einzigen Fahrgast in einem Abteil einen schlafenden Arbeiter, und sprangen in dem Augenblick, als der Zug sich wieder in Bewegung setzte, zu ihm hinein. Die Kriminalbeamten kamen unbemerkt in ein Nebenabteil und beobachteten nun, wie die Flederer dem Schlafenden, dem Arbeiter Reugebauer von dem Petroleumwerken in Pöthensee, das Portemonnaie mit dem Wochenlohn und Uhr und Kette abnahmen. Als die Flederer in Charlottenburg ausstiegen, waren sie nicht wenig überrascht, daß auf einmal kräftige Hände sie am Stragen nahmen. Sie thaten sehr entrüstet, schimpften und drohten mit Weiswörtern. Die Kriminalbeamten aber wackten Reugebauer, der sich innerlich wunderte, daß er bestohlen sein sollte, bald aber sich überzeugte, daß ihm Portemonnaie und Uhr und Kette fehlten. Da die Diebe keine Zeit gehabt hatten, die Beute unbemerkt wieder heimlich zu bringen, so fand man sie noch in ihren Taschen, und nun half kein Zeugnen mehr.

Großfeuer brach in der letzten Nacht auf dem Gesundbrunnen aus noch nicht ermittelter Ursache aus. Dort stand das Haus Solbingerstr. 98, Ecke Wriezenerstraße, an der Reichsgrenze zwischen Berlin und Pankow, in großer Ausdehnung in Flammen. Als die erste und die vierte Compagnie unter Leitung des Brandinspektors Julius erschienen, schlugen schon die Flammen an verschiedenen Stellen aus dem Dache heraus. Die Feuerwehr ging über die verquälten Treppen und über drei große mechanische Leitern gegen den Brandherd auf dem Boden vor. Die Flammen hatten an dem auf dem Boden aufgespeicherten Hausat der Mieter an Brennmaterialien usw. überreiche Nahrung gefunden und schlugen handhoch aus dem Dache empor. Obgleich aus sechs Schlauchleitungen von Dampfspritzen kräftig Wasser gegeben wurde, wollte das Feuer nicht zum Stehen kommen. Bald schlugen die Flammen hier, bald dort von neuem mit aller Macht empor. Erst nach fünfständiger angestrengter Löscharbeit konnte die Feuerwehr wieder abrücken. Der Dachstuhl ist mit allem, was drin und drauf war, ein Haub der Flammen geworden. Leider haben auch die unteren Stockwerke gelitten, und einige Mieter sind hart betroffen worden.

Zwei Revolvergeschüsse alarmierten in der vergangenen Nacht die Bewohner des Hauses Kielerstraße 21. Der 43 Jahre alte Bau- und Schreiner Wilhelm Wlaesing verließ am 1. v. M. Frau und Kind und zog mit einer 35 Jahre alten Wirtschafterin Marie Hoferland zusammen nach der Kielerstraße, wo er sie für seine Cousine ausgab. Schon seit einigen Tagen hörten Hausgenossen in der Wlaesingischen Wohnung wiederholt heftigen Wortwechsel. Gestern sah man das Mädchen im Hause nicht mehr. Abends ging Wlaesing aus und kehrte erst um 2 1/2 Uhr nachts zurück. Bald darauf fielen zwei Schüsse. Der Feindgeschosse schoß, wie Vorübergehende sahen, zuerst aus einem Fenster auf die Straße hinaus, dann setzte er sich auf das Sofa und tötete sich durch einen Schuß in die rechte Schläfe. Als die Hausgenossen in sein Zimmer kamen, war er schon tot. Ob er, wie man im Hause vermutet, auf die Straße hinunter nach der Wirtschafterin geschossen hatte, ist noch nicht aufgeklärt, da der Aufenthalt des Mädchens noch nicht ermittelt werden konnte.

Eine lobenswerte Einrichtung der Berliner Bach- und Schließgesellschaft, die im Publikum noch wenig bekannt ist, wurde in der Nacht zu gestern erprobt. An der Ecke der Schind- und Reander-

straße fürzte infolge falschen Abstiegens ein Herr vom Straßenbahnwagen aufs Pflaster und verlegte sich besonders im Gesicht. Das Publikum war nicht wenig erstaunt, als der Beamte 129 der erwähnten Gesellschaft als Samariter aus dem Verlegten zutrat und ihm einen Notverband anlegte. Der Verunglückte wurde dann der Unfallstation zugeführt. Die neue Einrichtung wird bei nächstlichen Unglücksfällen gewiß bald Beachtung finden.

Das Arbeiterinnenheim, Brückenstr. 8, wurde im verfloßenen Jahre 1903 von 41 115 Arbeiterinnen besucht, wovon 32 093 auf den Mittagsbesuch und 9022 auf den Abendbesuch kommen. Der seit einem Jahre bestehende Schlafstellennachweis, der den Arbeiterinnen nur empfehlenswerte Schlafstellen vermittelt, ist bei den bekannten Lebensständen des Schlafstellenwesens eine gute Einrichtung. Trotzdem sie erst wenig bekannt ist, wurden schon über 100 Schlafstellen angemeldet, und es wäre wünschenswert, daß eine größere Anzahl von Arbeiterinnen den Nachweis kennen lernt und ihn zu ihrem Nutzen in Anspruch nimmt. Die Einschreibgebühr beträgt nur 10 Pf. Das seit Oktober bestehende zweite Heim, Medomsfr. 7, weist schon ebenfalls einen starken Mittagsbesuch auf; täglich kommen durchschnittlich 90—100 Gäste. Auch die Abendgäste finden sich allmählich ein und der Schneidkursus ist gut besucht. Zum letzten Vortrag waren 50 Zuhörerinnen anwesend.

Charlottenburg. Diesen Donnerstag findet abends 8 1/2 Uhr im Volkshause ein Volkslieder-Abend statt. Es ist der letzte der von Dr. Albert geleiteten Kunstabende, der an diesem Abende zum letztenmale hier spricht. Bei den künstlerischen Vorträgen wirken mit: Meta Schönfeld (Gesang), Hans Schröder (Gesang), Dr. Franz Hublo (Klavier), Dr. Albert (Recitation). Billets zum Preise von 0.40 M. (inkl. Programm und Garderobe) sind bei Emil Müller, Volkshaus, Gustav Scharnberg, Seseheimerstr. 1, und abends an der Kasse erhältlich.

Die hiesigen Fortbildungsschulen für Jünglinge beginnen das bevorstehende Sommersemester am Donnerstag, den 7. April d. J. Der Unterricht wird ausgesetzt wegen der Pfingstferien vom 20. bis 26. Mai, wegen der Sommerferien vom 9. Juli bis 13. August und geschlossen am Sonnabend, den 1. Oktober d. J. Der Unterricht in folgenden Fächern ist unentgeltlich: Deutsch, Rechnen, einfache Buchführung, Geometrie, Physik, Chemie, allgemeines Zeichnen, Geschichte und Geographie. — Für folgende Fächer ist Schulgeld zu zahlen: Modellieren halbjährlich 1 M.; für doppelte Buchführung und für zweifelhändige Kurse im Fachzeichnen halbjährlich 2 M.; für Französisch, Englisch und Russisch und für die vierstündigen Kurse im Fachzeichnen halbjährlich 4 M. Auch für die zweistündigen Kurse im Fachzeichnen kann 2 M. Schulgeld halbjährlich erhoben werden. Für die Kurse in der Stenographie und im Maschinenschreiben, sowie für die sogenannten kaufmännischen Kurse wird ein Schulgeld von je 1 M. pro Wochenstunde halbjährlich erhoben. Die Beiträge von 4 M. können auch in Teilzahlungen erhoben und zwar in den ersten vier Monaten des Halbjahrs mit je 1 M. entrichtet werden. Anmeldungen von Schülern nehmen die Leiter der Fortbildungsschulen an.

Die zweite hiesige Fortbildungsschule für Jünglinge, verbunden mit einer Abteilung des Gewerbeaales und einer Abteilung der Tischler- und Schreiner-Schule, schließt ihr Wintersemester am 22. März. In dem am 7. April beginnenden Sommerhalbjahr werden getrennte Kurse für Anfänger und Fortgeschrittene weitergeführt in Deutsch, Schriftlicher Verkehr, Rechnen, Algebra, Geometrie, Trigonometrie, Chemie, Physik, einfache und doppelte Buchführung, Stenographie, Schreiben auf der Schreibmaschine, Französisch und Englisch. — Der Zeichenunterricht enthält besondere Abteilungen für Maler, Schriftzeichner, Bildhauer, Lithographen, Eisenure usw. Die Abteilung des Gewerbeaales umfaßt Kurse für Maschinenbauer, Schlosser, Kunstschmiede und Mechaniker. Hier werden die Schüler angehalten, die in den Beständen entworfenen Skizzen zeichnerisch auszuführen. Die Abteilung der Tischler-Schule besteht aus aufsteigenden Kursen, von denen die unteren sich mit der Holzverbindungslehre, mit Ornamentzeichnen und Projektion befassen, die oberen Möbelzeichnungen in allen Stilarten und Dekorationszeichnungen von Wohnräumen anfertigen. — Meldungen zu sämtlichen Kursen werden verträglich von 6—8 Uhr durch den Leiter, Herrn Rektor Butz, Fehdenstraße 17 parterre, entgegengenommen.

Der Berliner Zoologische Garten hat neuerdings wieder einen Drangelopst-Startling erworben, einen stattlichen, stark droffelgroßen Vogel, der durch die scharfen Farbengegenstände seines Gefieders selbst unter seinen zum Teil recht bunten Verwandten auffällt. Mit Ausnahme von Kopf und Hals, die tief orangerot gefärbt sind, ist das Tier schwarz; in der Figur ähnelt es unfrer Ammel. Die Startlinge, deren es eine große Anzahl Arten gibt, von denen sich gegenwärtig im Garten befinden, vertreten die altweltlichen Stare in Amerika; wie die letzteren haben sie die Eigentümlichkeit zu „circeln“, d. h. den geflochtenen Schabel in loien Boden, zwischen Laub usw. zu stecken, und ihn dann zu öffnen, um die versteckte Nahrung freizulegen. Im Gegensatz zu den Staren bauen viele Startlinge äußerst künstliche freihängende Nester.

Wenn im Berliner Aquarium der eine Teil der Besucher durch die in der Schlängengalerie untergebrachten Seltsamkeiten aus der Klasse der Kriechtiere, so vor allem durch die prächtig entwickelte und frisch gehäutete Riesenhautschlange, die Rhinocerosotter und dem seltenen, zum erstenmal hier ausgestellten Nashorn-Leguan, sich gefesselt fühlt, so wird der andre Teil durch verschiedene Bewohner der Seewasserbreden vornehmlich angezogen. Zu diesen gehört ganz besonders der große Reecespolyp oder Aktus, der in seinem Waffin sich wohllich eingerichtet hat und sich jetzt mit Vorliebe dem Erbauen von Nestern und Wällen hingiebt, wozu er mit seinen langen Armen etwa faußgroße Steine heranzholt und aufschichtet. In einem der benachbarten großen Becken fällt ein eigentümlicher Fisch auf, der sich durch schönes Rot, Blau und Gold der Hautfärbung, mehr aber noch durch biegsame, gegliederte Anhänge vor den muskulösen, beim langlamen Schwimmen wie Flügel abwechselnd entfalteten und zusammengelegten Brustflossen und durch lebhaftes Wesen sich auszeichnet; er vertritt die Gattung der Knurrhähne, wie man diese Fische infolge ihrer Eigenschaft, merkwürdige Töne erzeugen zu können, benannt hat.

Auf Veranlassung des „Deutschen Vereins für Volkshygiene, Ortsgruppe Berlin“ e. V. und des Zweigvereins Berlin des Vaterländischen Frauenvereins“ spricht Freitag, den 25. März, abends 8 Uhr, im Bürgeraal des Rathauses zu Berlin Herr Professor Dr. Jacob über „Die Bekämpfung der Tuberkulose im Kindesalter und die dafür vorhandenen öffentlichen Einrichtungen“. Der Zutritt steht jedermann unentgeltlich frei.

Cirkus Schumann bleibt nur noch kurze Zeit in Berlin. Er geht zunächst nach Wien, wo Direktor Schumann einen neuen Cirkus hat errichten lassen, und dann nach dem Nordseebad Schebeningen. Zum Herbst kehrt der Cirkus selbstverständlich nach Berlin zurück.

Aus den Nachbarorten.

Gemeindevorwähler-Wahlen. In Dalldorf fand in der dritten Abteilung am gestrigen Tage die Wahl eines Gemeindevorwählers statt. Es siegte der socialdemokratische Kandidat Cigarettenfabrikant Kriedel mit 165 Stimmen, während der bisherige Gemeindevorwähler und Kandidat der bürgerlichen Parteien, Landwirt Höhne, nur 99 Stimmen erhielt. — In Marienfelde wurde gestern in allen drei Abteilungen gewählt. In der dritten Abteilung standen sich zwei bürgerliche Kandidaten gegenüber. Gewählt wurde der Eigentümer Deride mit 67 Stimmen, der bisherige Vertreter Landwirt Schütz erhielt nur 34 Stimmen. Unsere Genossen enthielten sich der Abgabe der Stimmen.

Neu-Weißensee. Aus dem Bericht über die Geschäftstätigkeit des Gewerbegerichts heben wir hervor: Im Jahre 1903 — vom 1. Februar bis 31. Dezember — wurden 185 Klagen anhängig ge-

Aus der Frauenbewegung.

Ueber die demoralisierenden Folgen des Frauenwahlrechts berichtete kürzlich H. J. Urban im „Tag“, indem er behauptete, ein Vertreter des Staates Colorado, der mit Hilfe der dort wahlberechtigten Frauen in das amerikanische Bundesparlament gewählt worden war, habe sein Mandat freiwillig niedergelegt, weil Verträge aller Art bei seiner Wahl vorgekommen seien, die er in erster Linie den — Frauen zur Last legte. Unter andern hätten sie die Bewohnerinnen öffentlicher Häuser in Equipagen zu den Wahllokalen transportiert und ihnen die Stimmzettel in die Hand gedrückt.

Wir sind in der Lage, diese von der bürgerlichen Presse mit besonderer Freude weiterverbreitete Nachricht auf das entschiedenste zu dementieren. Es liegen uns nicht nur eine Reihe von Urteilen hervorragender Persönlichkeiten Colorados — es befinden sich vier ehemalige Gouverneure des Landes, eine Reihe hoher Justizbeamter, Universitätsprofessoren und Geistlicher darunter — über die legendären Folgen des seit zehn Jahren bestehenden Frauenwahlrechts vor, der betreffende Abgeordnete selbst — John L. Schafroth — hat im Verein mit Gouverneur Adams die Erklärung abgegeben, daß auf Grund der amtlichen Untersuchung seines Falles von einer Verschuldigung der weiblichen Wähler keine Rede sein könne. Die anonymen, von Gegnern des Frauenwahlrechts ausgehenden Berichte der amerikanischen Presse beruhen auf Verdrehungen der Thatsachen oder vollkommen aus der Luft gegriffenen Unwahrheiten. Von den 244 308 Frauen, die bisher ihr Stimmrecht in Colorado ausgeübt haben, sei nur eine einzige einer betrügerischen Wahlmanipulation überführt worden, und das Frauen-Stimmrecht habe die sehr fortgeschrittenen Wahlverhältnisse, wie sie in Nordamerika gang und gäbe sind, auf das wirksamste zu bekämpfen vermocht.

Das sind die Thatsachen, — ob die bürgerliche Presse von ihnen ebenso eifrig Notiz nimmt wie von den Märgen?

Der Internationale Verband für Frauenstimmrecht wird im Anschluß an den Kongress des Internationalen Frauen-Bundes am 20. und 21. Juni seine jährliche Konferenz in Berlin abhalten. Das „Woman's Journal“ berichtet, daß die hervorragenden amerikanischen Bekämpferinnen der politischen Gleichberechtigung der Geschlechter sich zu diesem Zweck hierher begeben werden.

Dieselbe Zeitschrift teilt übrigens in derselben Nummer mit, daß die von ihr interpolierte Nachricht, die deutsche Kaiserin werde Ehrenpräsidentin des Kongresses sein, auf einem Irrtum beruhe. Wir hatten ihr von vornherein keinen rechten Glauben zu schenken vermocht.

Gerichts-Zeitung.

Der bekannte Sekretär Meinede vom Zwingenadels der Holzindustriellen hatte wieder einmal gegen zwei Kontrollposten des Holzarbeiter-Verbandes Strafantrag gestellt und zwar gegen den Tischler Marx wegen Hausfriedensbruchs und gegen den Maler Paul wegen Körperverletzung. Wie die gestrige Gerichtsverhandlung ergab, handelte es sich auch diesmal um einen jener wiederholt im „Vorwärts“ besprochenen häßlichen Vorfälle in der Alexanderstraße, bei denen der Sekretär Meinede seine merkwürdige Rolle als Feind der organisierten Arbeiter gespielt hat. Marx soll sich des Hausfriedensbruchs dadurch schuldig gemacht haben, daß er sich in dem Hause des Zwingenadels aufgehalten und der Aufforderung Meinedes, das Haus zu verlassen, nicht Folge geleistet hat. Es ist dann zu einem Wortwechsel zwischen beiden gekommen, den Meinede abbrechen wollte, indem er in das Lokal des Restaurateurs Sibirovius eintrat. Meinede folgte ihm in das Lokal, und hier will er von dem Maler Paul einen Tritt vor das Schienbein erhalten haben. Von sämtlichen Zeugen bekräftigte nur Meinede allein seine im Strafantrag gemachten Angaben, alle übrigen Zeugen stellten den Sachverhalt direkt umgekehrt dar. Demnach sei der Tischler Marx überhaupt nicht in dem Hause des Zwingenadels gewesen, sondern habe sich vor demselben auf der Straße aufgehalten und hier habe Meinede ganz unmotiviert seine Schimpfereien begonnen. Als dieser dann in das Sibirovius'sche Lokal eintrat, mag er sich vielleicht bedrängt gefühlt haben, und da hat er den Paul mit dem Regenschirm geschlagen; daß Paul den Sekretär Meinede gestoßen oder getreten hat, wie die Anklage behauptet, davon wissen die Zeugen nichts zu bekunden. Infolge dieses Beweisergebnisses erlangte das Gericht auf Freisprechung der Angeklagten.

Als Hochstapler und Logischschwinder wurde der Schneider Franz Hilfein am Montag d. vierten Strafammer des Landgerichts II vorgeführt. Hilfein, ein unverbesserlicher Landfischer und Betrüger, hat zuletzt vier Jahre im Strafgefängnis Wilmersdorf zugebracht. Am 22. September v. J. wurde er dort entlassen und schon am nächsten Tage begann er schon wieder eine ganze Reihe von Schwindeltaten. Seine Spezialität besteht darin, daß er unter der Maske eines Fabrik-Beschmeißers als Mieter mobilerer Zimmer, wenn es nötig ist auch wohl gar als Käufer eines Hauses austritt und nach Abkühlung der Unterhandlungen die Vermieter bezog. Verkäufer um Heirater oder größere Summen preist. Er hat im Laufe von vier Wochen in Jährlingsdorf, Dörtenwerder, Schmiedenthor, Wandlitz, Dranenburg erfolgreiche Gastrosen auf diesem Gebiete gegeben, bis ihm in Dranenburg sein Geschick ereilte. In einem Falle hatte er sich bei Ausfertigung eines Mietvertrages einer Urkundenschildung schuldig gemacht. Bei seiner Verhaftung legte er sich den falschen Namen „Grabeur Demuth“ bei und ist auch so in das Gefängnis-Register eingetragen worden. Im Termin behauptete der Angeklagte nach berühmten Mustern, daß er geisteskrank und früher schon einmal in einer Irrenanstalt interniert gewesen sei. Der Gefängnisarzt Dr. Hoffmann begutachtete indessen, daß H. weder bei Verlegung der Straftaten geisteskrank gewesen, noch es heute sei. Das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen Betruges und Urkundenschildung zu einer einjährigen sechs Monaten Gefängnis und wegen Landfriedensbruchs zu zwei Wochen Haft.

Eine aus fünf Köpfen bestehende Einbrecher- und Diebstahlsbande beschaffte gestern die siebente Strafammer des Landgerichts I in längerer Sitzung. Auf der Anklagebank befanden sich die Arbeiter Georg Scholle, Richard Hoffmann, Gustav Weinert, Georg Maas und der Steinleger Max Scholle. Ein fester, der Uhrmacher Richard Swenn, welcher mit Max Scholle der schwereren Diebstahlbeschuldigung war, befindet sich im Irrenhause. Die ersten vier Angeklagten haben Berlin in der Zeit vom Juli bis Oktober vorigen Jahres unflüchtig gemacht, nicht weniger als 17 Einbruchsdiebstahle sind zur Kenntnis der Behörde gelangt, bevor es dem Kriminalkommissar Baumowski möglich war, die Gesellschaft hinter Schloß und Riegel zu bringen. Die Angeklagten, lauter verborgene Gesellen, gingen bei ihren Raubzügen mit unglaublicher Dreistigkeit vor, kein Schloß vermochte ihnen zu widerstehen, wo die Beschuldigten nicht ausreichte, wandten sie Kraft an und erbrachen bisweilen 3 oder 4 Türen, bis sie in bewohnte Räume gelangten. Eine schlimme Heimtückung erfuhr der Kaufmann Joseph in der Lothringerstraße, bei dem die Diebe Ende August v. J. einbrachen. Sie erbeuteten dort für etwa 2500 M. Silberfachen und Wäsche. In der Nacht zum 13. September v. J. brachen die Diebe bei dem Cigarrenfabrikanten Kunitzer, Lothringerstraße 8, ein. In dem Laden erbeuteten sie sämtliche verpacktensfähige Fächer, versuchten auch das Geldschränke zu öffnen, was ihnen aber nicht gelang. Sie mühten sich mit 45 M. barem Geld und einem Posten Cigarren begnügen. Aus Mangel über die geringe Beute begehrt sie die Cigarrenvorräte, Möbel, Gerätschaften usw. mit Tinte und Branntwein und fügten dem Bestohlenen hierdurch noch einen besonderen Schaden in Höhe von 600 M. zu. Die Reisezeit kam dem verbrecherischen Treiben der Angeklagten sehr zu Rufe,

viele Herrschaften wurden bei ihrer Rückkehr aufs unliebsamste überrascht, wenn sie sahen, wie die Diebe in ihrer Wohnung gehaust hatten. Auch der Marinemaler Toppetius zu Charlottenburg gehörte zu den Bestohlenen. Die Angeklagten bequemen sich im Termin zu einem Geständnis, nur zwei von ihnen legten sich aufs Leugnen und hatten durch ihre Verteidiger, Rechtsanwält Dr. Schwandt und Arndt sowie Rechtsanwalt Dr. Kernerstein Entlastungsbeweise antreten lassen, die teilweise auch Erfolg hatten. Es stellte sich durch die Beweisaufnahme heraus, daß der im Irrenhause befindliche Hebler Swenn den größten Teil der Beute für einen Spottpreis an sich gebracht hatte.

Der zweite wegen Diebstahls Angeklagte, der Steinträger Max Scholle, kam mit einer Gefängnisstrafe von sechs Wochen davon. Die Diebe wurden dagegen zu schweren Strafen verurteilt: Georg Scholle und Hoffmann erhielten je fünf Jahre, Weinert drei und Maas anderthalb Jahre Zuchthaus.

Wegen Verletzung der Ärztekammer der Provinz Brandenburg hatte sich gestern der praktische Arzt Dr. Ferdinand Goldstein vor der ersten Strafammer des Landgerichts I zu verantworten. Im September 1903 betrat Dr. Goldstein den erkrankten praktischen Arzt Dr. Kempe zu Oderberg i. d. Mark. Am 4. September wurde er zu einer Frau gerufen, die durch Herabstürzen vom Heuboden schwere Verletzungen erlitten haben sollte. Dr. Goldstein fand die Verunglückte in ziemlich bedenklichem Zustande vor, es floß ihr Blut aus Nase und Ohren. Der Doktor legte ihr einen Rotverband an und begab sich wieder nach Hause. Nach zwei Stunden besuchte er die Verunglückte zum zweitenmal, um ihr nimmere die Wunden zu reinigen und einen antiseptischen Verband anzulegen. Als er hiermit beschäftigt war, trat der Arbeitgeber mit dem Dr. Podlewski herein, stellte den letzteren vor und erklärte, daß dieser die Behandlung der Patientin übernehmen solle. Dr. Podlewski entwickelte sofort seine Thätigkeit, ohne weiter von seinem Kollegen Notiz zu nehmen. Dr. Goldstein fand sich hierüber verletzt, bevor er sich entfernte, kam es zwischen den beiden Ärzten zu gegenseitigen unfreundlichen Bemerkungen. Als Dr. Kempe von dem Vorkommis erfuhr, unterbreitete er die Sache beschwerdeführend der Ärztekammer. Das Vermittlungsverfahren, mit dem Sanitätsrat Dr. Kähler zu Charlottenburg betraut wurde, verlief resultatlos, worauf das Ermittlungsverfahren eingeleitet wurde, aber auch mit dem Erfolge, daß das Verfahren gegen Dr. Podlewski eingestellt wurde, da die Ärztekammer erklärte, keine Veranlassung zu haben, gegen ihn einzuschreiten. Ein Antrag des Angeklagten auf Wiederaufnahme des Verfahrens gegen Dr. Podlewski wurde ebenfalls abgelehnt. Nummer verfaßte und veröffentlichte der Angeklagte eine Broschüre betitelt: „Ein Beitrag zur ärztlichen Ehrengerechtigkeitsfrage in Berlin.“ In dieser Broschüre giebt der Angeklagte zunächst eine Darstellung des ehrengerichtlichen Verfahrens gegen Dr. Podlewski und des zu Grunde liegenden Sachverhalts und kommt zu dem Schlusse, daß eine Revision des Urteils betreffend die ärztlichen Ehrengerechtigkeits im Sinne einer Beschränkung der richterlichen Befugnisse der Ärzte notwendig sei. Er behauptet sodann, daß das erste Erkenntnis sich aus einer Reihe von sehr schweren Rechtsverletzungen zusammensetze und in dem zweiten Erkenntnisse geradezu ungläubliche Verletzungen von Recht und Gesetz vorlägen; es sei dem Gesetz ein Schlag ins Gesicht verjagt worden. Es sei besser, die Dreistigkeiten gewisser Kollegen zu ignorieren, als sie der Begutachtung eines Gerichts zu unterbreiten, zu dessen Mitglieder Männer vom Schlage des Dr. Kähler gehören und in denen Richter sitzen, die sich im Gegenlage zum Gesetz stellen. In diesen Behauptungen erblinden die Mitglieder der Ärztekammer eine Verleumdung. Im Termin erklärte der Angeklagte, daß ihm eine bescheidende Abbitte fern gelegen habe, er bedauere aber in der Form die Grenzen des Erlaubten überschritten zu haben und sei bereit, die beanstandeten Ausdrücke zurückzunehmen. Durch Vermittelung des Verteidigers Rechtsanwalts Morris soll versucht werden, die Verleumdung zur Zurücknahme des Strafantrags zu bewegen.

Diamanten und Perlen hatte der 19-jährige Lehrling Hans Lange seinen Prinzipalen entwendet und in der Person des Zumeisters Weldior Gohmann einen willigen Abnehmer gefunden, weshalb sich beide, ersterer wegen Diebstahls, letzterer wegen Hehlerei, vor der vierten Strafammer des Landgerichts I zu verantworten hatten. Lange war im Geschäft der Hofjuweliere Leonhardt u. Siebig. Es gehörte zu seinen Obliegenheiten, beim Schlupf des Geschäftes die Kästen mit den wertvollen Juwelen in den Geldschrank zu stellen, der dann verschlossen wurde. Als der junge Mann sich einmal in Geldverlegenheit befand, ließ er sich verleiten, beim Hineinstellen in den Schrank ein Paar Brillant-Ohringe zu entwenden. Er verkaufte sie dem Mitangeklagten Gohmann, dem er angab, daß er sie im Auftrage einer Dame verkaufen solle. Gohmann will dies geglaubt haben. Der erste Diebstahl blieb unentdeckt, und dies verleitete den Angeklagten Lange zu Wiederholungen. Als er nach und nach neun Paar Ohringe und zwei kostbare Perlen zum Gesamtwerte von ca. 5000 M. entwendet hatte, wurde er ertrappt. Gohmann war in allen Fällen der Abnehmer zu billigen Preisen gewesen, ohne sich zu erkundigen, wie der junge Verkäufer in den Besitz der Sachen gelangt sei. Der Gerichtshof gelangte mit dem Staatsanwalt zu der Überzeugung, daß Gohmann hätte wissen müssen, daß die Gegenstände nicht auf ehrliche Weise erworben seien, er wurde zu zwei Monaten Gefängnis wegen Hehlerei verurteilt, während dem reuigen Angeklagten Lange eine Gefängnisstrafe von drei Monaten traf.

Wegen Nahrungsmittel-Verfälschung war der Berliner Chocoladen-Fabrikant Pötter auf Grund des folgenden Thatbestandes angeklagt worden. P. fabriziert zum Vertriebe durch Zwischenhändler reine Chocolade und daneben auch ein Chocoladensurrogat, das außer reiner Chocolade noch erhebliche Zusätze gemahlener Kakaoschalen und Mehl (Gesamtmehl z. B.) enthält. Diese „Chocolade“ erhalten die Händler in Listen mit der Aufschrift Surrogat. Der Centner reiner Chocolade kostet 62 M., der Centner der andern Ware 42 M. Die Ware besteht in Tafeln, welche pfundweise in Papier oder Stanisol verpackt sind. In eine bestimmte Sorte solcher Tafeln ist das Wort Surrogat hineingeprägt, wird aber erst nach Befreiung der Umhüllung sichtbar. Andre Tafeln enthalten wieder auf der Papierhülle den Aufdruck: „Europachocolade mit Vanille“, und in kleiner Schrift: „Mit Mehlsatz“. Pötter wurde in zweiter Instanz vom Landgericht I in Berlin wegen Verletzung des § 10 Nummer 1 und 2 des Nahrungsmittel-Gesetzes zu einer Geldstrafe von 500 M. eventuell 50 Tage Gefängnis verurteilt. Auf Grund jenes, vom Gericht festgestellten Thatbestandes nahm die Strafammer an, daß P. zum Zwecke der Täuschung in Handel und Verkehr „verfälschte“ Nahrungsmittel nachgemacht beziehungsweise verfälscht habe (§ 10 Nr. 1), sowie daß er „wissentlich“ Nahrungsmittel, welche verfälscht waren, unter Verschweigung dieses Umstandes feilgehalten habe (§ 10 Nr. 2).

Das Kammergericht, wo P. Revision einlegte, billigte das Urteil, so weit es eine Verletzung des § 10 Nr. 1 annimmt und verworf die Revision des Angeklagten, so weit sie sich dagegen wendet. Eine Verletzung der Nr. 2 des § 10 erachtete der Senat indessen nicht für genügend festgestellt und verneinte insoweit die Sache noch einmal an das Landgericht zurück. In der Begründung wurde ausgeführt: Eine Verletzung des § 10 Nr. 1 liegt unzweifelhaft vor. Mit Recht sei angenommen worden, daß er Chocolade zur Täuschung in Handel und Verkehr verfälscht habe. Es sei gleichgültig, daß die Händler er wußten, die Chocolade sei verfälscht. Zur Beurteilung auf Grund des § 10 Nr. 1 genüge, daß der Thäter wisse, es solle das Publikum getäuscht werden, wenn auch erst aus zweiter Hand. Das sei aber als unbedenklich festgestellt, daß P. wissen mußte, daß die Händler dem Publikum das Surrogat nicht als solches kenntlich machen würden und daß selbst die in kleiner Schrift auf der Papierumhüllung der einen Sorte Tafeln befindlichen Worte: „Mit Mehlsatz“ dazu nicht genügt.

Verammlungen.

Fünfter Wahlkreis. Der Socialdemokratische Wahlverein hielt am Freitag, den 18. März, eine stark besuchte Versammlung im „Schweizergarten“ ab. Zunächst gab der Kassierer Liepmann bekannt, daß sich im Laufe des Monats 51 neue Mitglieder zur Aufnahme gemeldet haben; widerspruchlos wurden die Aufnahmen bestätigt. Sodann hielt Reichstags-Abgeordneter Dr. Gradnauer einen interessanten Vortrag über das Thema: „Weder Zena noch Sedan“. Einleitend gedachte der Referent in warmen Worten der Märzgefallenen und ihrer unvergesslichen Thaten, die den revolutionären Gedanken im Massenbewußten Proletariat immerfort neu befruchten werden. Auf das Thema selbst eingehend, erinnerte er dann an den bekannten Wehrereinschlag Roman „Zena oder Sedan“ und an die Unbehaglichkeit und Bestürzung, die derselbe bei den herrschenden Klassen hervorgerufen hat. Dies quälende Gefühl, ob das deutsche Heer noch in der Verfassung sei, einen neuen Tag der tiefsten Erniedrigung wie den von Zena zu verhüten; peinigie einen Teil der Bourgeoisie aufs äußerste. Weder besprach nun eingehend die Auseinandersetzungen im Reichstags-Anschluß der Beratungen des Militäretats unter besonderer Würdigung der Ausfälle des Kriegsministers gegen die Socialdemokratie und gab dann einen großartigen historischen Ueberblick über die Entwicklung des Heereswesens von der Zeit Friedrichs II. bis 1870/71, wobei er die inneren Ursachen der Lage von Zena und Sedan geschichtlich darlegte. Weiter behandelte der Redner die Entwicklung der militärischen Verhältnisse in den letzten Jahrzehnten, das Wachsen der Kosten, die Schwierigkeiten der Kriegführung, die Furcht der Herrschenden vor den Ungewissheiten eines großen Krieges und die hieraus sich erklärenden Reaktionen zu einer reaktionären Ausrüstung, wie das Aarenmanifest von 1898 forderte. Demgegenüber zeigte er schließlich die Notwendigkeit des Hinauswachsenden über die eng nationalstaatliche Auffassung, des demokratischen Grundgedankens, die Ausrüstung durch Verkürzung der Dienstzeit (Lebhafter wiederholter Verfall). — Von einer Diskussion wurde Abstand genommen. Zur Aufnahme gelangte alsdann eine von einem Genossen gestellte Resolution, in der gegen die jüngsten Brutalitäten in spanischen Gefängnissen gegenüber streikenden Arbeitern protestiert wird. Hierauf schloß der Vorsitzende Leo Juch t die Versammlung mit einem Hoch auf die Partei.

Der unheilvolle Streit zwischen Gewerkschaften lokaler und zentraler Richtung hat abermals zu einem Konflikt geführt, der die Notwendigkeit einer endlichen Einigung zwischen beiden Richtungen harlegt.

Die Delegiertenwahl zur Orts-Kassenklasse der Mechaniker hat einen Konflikt zwischen dem Metallarbeiter-Verband und der Metallarbeiter-Gewerkschaft verursacht. In einer Versammlung von Mitgliedern der genannten Klasse, die am Montag in der Berliner Ressource tagte, wurde diese Angelegenheit erörtert. Der Einberufer der Versammlung, Schlenker, welcher Mitglied der Gewerkschaft ist und seit zehn Jahren das Amt des Vorsitzenden der Orts-Kassenklasse der Mechaniker bekleidet, stellte die Angelegenheit folgendermaßen dar: Die Verwaltung der Klasse befindet sich, so weit die Arbeitnehmer in Frage kommen, seit Jahren in den Händen modern organisierter Arbeiter. Von den 204 Delegierten waren etwa 180 Verbands-, die übrigen Gewerkschaftsmitglieder, und von den 6 Arbeitnehmern im Vorstande gehörten 4 dem Verband, 2 der Gewerkschaft an. Die Aufstellung der Kandidaten für die Delegiertenwahl erfolgte seither in einer vom Kassenvorstand einberufenen Versammlung der Kassenmitglieder. So sollte es auch anlässlich der letzten Wahl, die am 13. März stattfand, gehandhabt werden, und zu diesem Zweck hatte der Kassenvorstand zum 7. März eine Mitgliederversammlung einberufen, die am 27. Februar durch Anschlag in den Treppen angesetzt war. Am 6. März forderte die hiesige Ortsverwaltung des Metallarbeiter-Verbandes seine Mitglieder auf, die vom Kassenvorstand einberufene Versammlung nicht zu besuchen und teilte mit, daß die Angelegenheit am 8. März in einer Vertrauensmänner-Konferenz des Verbandes besprochen und daß die Kandidaten in einer am 10. März angesetzten Versammlung der dem Verbands angehörenden Kassenmitglieder aufgestellt werden sollten. Das ist auch geschehen.

Die vom Kassenvorstand einberufene Versammlung am 7. März hat ebenfalls getagt und eine Kandidatenliste aufgestellt. So bestanden für die Wahl also zwei Kandidatenlisten. Die Liste des Verbandes, die übrigens nicht vollständig war und deshalb durch die Liste des Kassenvorstandes teilweise ergänzt werden mußte, ist in der Wahl zum Siege gelangt. Der langjährige Kassenvorstandige Schlenker stand ebenfalls auf der Verbandliste. Das Vorgehen der Ortsverwaltung wird als eine Hebermpelung der Kassenmitglieder bezeichnet, welche keinen andren Zweck habe, als die Gewerkschaftsmitglieder aus der Kassenverwaltung zu verdrängen. Ein großer Teil der Verbandsmittel verurteilte — so wurde in der Versammlung am Montag ausgeführt — das Vorgehen der Ortsverwaltung ebenso entschieden wie die Gewerkschaftsmitglieder, denn bei der Aufstellung der Kandidaten müsse, wie das bisher geschehen, in erster Linie auf ihre Befähigung für das Amt, aber nicht darauf gesehen werden, welcher von beiden gewerkschaftlichen Organisationen sie angehören. Der Verband habe um so weniger Ursache zum Eingreifen gehabt, als seine Mitglieder ja ohnehin die weit überwiegende Mehrheit in der Kassenverwaltung bildeten. Schlenker teilte auch mit, daß er zur Zeit, wo die Angelegenheit nach schwebte, dem „Vorwärts“ eine Darstellung derselben übermittelt habe, um eine Klarstellung in der Öffentlichkeit herbeizuführen. Die Redaktion habe aber die Aufnahme abgelehnt mit Rücksicht auf die damals noch nicht abgeschlossenen gewerkschaftlichen Einigungsverhandlungen. Der Redner mißbilligte das Verhalten des „Vorwärts“. — In der Diskussion nahm unter andren auch der erste Bevollmächtigte des Metallarbeiter-Verbandes, Cohen, das Wort. Er sagte, diese Angelegenheit brauche die Öffentlichkeit nicht scheuen, sie löse sich in jeder Hinsicht rechtfertigen. Der Verband siehe auf dem Standpunkt, daß es zu seinen Aufgaben gehöre, die Interessen seiner Mitglieder auch in den Kassenverfassungen, denen sie angehören, zu vertreten. Das Vorgehen der Ortsverwaltung richte sich nicht gegen Schlenker, sie sei auch nicht aus eigenem Antriebe vorgegangen, sondern einem Ersuchen ihrer der Klasse angehörenden Mitglieder gefolgt, welche verlangten, daß der Verband sich dieser Angelegenheit annehme. Die Ortsverwaltung habe diesem Ersuchen, welches sie durchaus für berechtigt halte, Folge geleistet. Sie sei sich wohl bewußt gewesen, daß es dabei einen Zusammenstoß mit der Gewerkschaft geben würde, und daß der Verband sich dieser Angelegenheit annehme. Die Ortsverwaltung habe diesem Ersuchen, welches sie durchaus für berechtigt halte, Folge geleistet. Sie sei sich wohl bewußt gewesen, daß es dabei einen Zusammenstoß mit der Gewerkschaft geben würde, und daß der Verband sich dieser Angelegenheit annehme. Die Ortsverwaltung habe diesem Ersuchen, welches sie durchaus für berechtigt halte, Folge geleistet. Sie sei sich wohl bewußt gewesen, daß es dabei einen Zusammenstoß mit der Gewerkschaft geben würde, und daß der Verband sich dieser Angelegenheit annehme.

eine gewerkschaftliche Organisation, und das sei der Metallarbeiter-Verband. Die Metallarbeiter-Gewerkschaft habe die besoldeten Posten in der Mechaniker-Kasse besetzt und sich dadurch Personen in unabhängiger Stellung geschaffen, welche für die Gewerkschaft agieren. Der Verband wolle nicht ruhig zusehen, daß die Gewerkschaft auf diese Weise nach und nach zu besoldeten Gewerkschaftsbeamten komme, dadurch stark werde und die Einheitlichkeit der gewerkschaftlichen Organisation störe, die im Kampfe gegen die Lohnmänner notwendig sei. Das müsse ausgesprochen werden, um allen Quasifreien entgegenzutreten. — Nach diesen Ausführungen, die teils mit Beifall, teils mit Unwillen aufgenommen wurden, bemerkte Schlenker: Während Cohen um den Preis herumgegangen sei, habe Wiesenthal ehrlich gesagt, um was es sich handelt. Der Verband wolle die Mitglieder der Gewerkschaft terrorisieren. Freiwillig würde diese aber nicht das Feld räumen. Er, Schlenker, der bisher das Amt des Vorsitzenden immer nur ungern wieder übernommen habe, werde sich jetzt zur Wiederwahl bereit erklären. Dann werde sich ja zeigen, ob alle Delegierten solche Rammeluden sind, daß sie der Ortsverwaltung blindlings folgen. — Im weiteren Verlauf der Debatte bemerkt Wiesenthal: Der Verband habe nicht, wie hier angenommen werde, die Absicht, die Gewerkschaftsmitglieder, welche Kassenbeamte sind, aus ihren Stellungen zu entfernen, er wolle nur verhindern, daß noch mehr Gewerkschaftsmitglieder in der Kasse angestellt werden. — Cohen sagte hierzu: Er habe keine Ahnung, daß beabsichtigt werde, die Gewerkschaftsmitglieder aus ihren Kassenämtern zu entfernen. Zu einem solchen Vorgehen würde er nie seine Zustimmung geben. Wer derartiges beabsichtigt, sei im Irrtum. Der Vorwurf des Terrorismus sei durchaus unbegründet. — Die Debatte, in der es mitunter sehr lebhaft zugeht, zog sich bis 1/2 Uhr nachts hin. Da die Versammlung sich inzwischen schon stark gelichtet hatte, so brachte der Vorsitzende Schlenker eine Resolution, die das Vorgehen des Verbandes verurteilt, nicht zur Abstimmung. Er gab aber seiner Ansicht dahin Ausdruck: Die Debatte habe ergeben, daß sich das Vorgehen des Verbandes nicht auf Beseitigung unfähiger Verwaltungsmitglieder der Kassenliste richte, sondern daß das Eingreifen der Ortsverwaltung nur den Zweck habe, der Metallarbeiter-Gewerkschaft eins auszuweisen.

In der Mitteilung des Genossen Schlenker über unsere angebliche Ablehnung seiner Darstellung wollen wir berichtigend bemerken, daß ihm nur erklärt worden ist, die Aufnahme derselben müsse — um die Einigungsverhandlungen nicht zu stören — bis nach Beendigung derselben zurückgestellt werden. Darauf hat er sein Manuskript zurückgegeben, das ihm natürlich nicht vorenthalten werden konnte. Von einer Ablehnung seitens der Redaktion kann also keine Rede sein.

Nach Wiesenthals Äußerungen hat auch dieser Streit seine Ursache wiederum darin, daß man nicht einen Boden suchte, auf dem man in einer den Gewerkschaftsinteressen doch fernliegenden Sache zu einer Einigung kommen konnte, sondern der lokalen Organisation gegenüber rücksichtslos die Macht des Stärkeren zur Anwendung brachte. Auf dem Wege kann es aber zu der notwendigen Einheitlichkeit der Organisation nicht kommen. Geben sich nicht beide Teile Mühe, aus dem gegenseitigen Verkehr jede Gereiztheit zu verbannen und einander mit Achtung zu begegnen, dann wird zum Gaudium der Gegner der Arbeiterbewegung der Gegensatz verschärft, nicht ausgeglichen.

Ueber die Dynamit des Gewerkschaftskampfes

sprach Genosse Eduard Bernstein in einer von nahezu 700 Personen besuchten öffentlichen Versammlung der Graveure und Eiseneure. Als Bewegung innerhalb der heutigen Gesellschaft aufgeführt, führte er aus, bezieht sich der Kampf der Gewerkschaften auf drei Momente: Arbeitslohn, Arbeitszeit und Rechtsstellung des Arbeiters dem Unternehmer gegenüber. Im Mittelpunkt steht hierbei heute die Lohnfrage, da Arbeitszeit und Arbeitsrecht sich immer mehr auf sie beziehen. Der Arbeitslohn ist in der Hauptsache von drei Faktoren abhängig: von den Bedürfnissen der Arbeiter, wie sie durch den allgemeinen Kulturzustand bedingt sind, vom Angebot und von der Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt. In einer Gesellschaft, deren Kultur sich hebt, ist das Streben der Arbeiter notwendig darauf gerichtet, ihre Lage zu verbessern. Aber

der Konkurrenzkampf hat aus Gründen, die Redner näher erläuterte, die Tendenz zur Herabdrückung des Lohnes, bezw. zur Hemmung der Steigerung desselben. Hier kann nur durch zwei Mittel entgegengetrieben werden. Einmal durch einen wachsenden Einfluß auf die Gesetzgebung durch Gewinnung politischer Macht, dann aber durch das Mittel der gewerkschaftlichen Organisation, des gewerkschaftlichen Kampfes! Daß die Gesetzgebung viel thun kann, die Lage der Arbeiter zu heben, ist außer Zweifel, daß sie hierin schon Etwas gethan hat, soll auch nicht bestritten werden. Doch wird mit sehr wenigen Ausnahmen heute im besten Falle durch die Gesetzgebung nur verallgemeinert, was schon eine große Anzahl von Arbeitern der verschiedenen Berufe im gewerkschaftlichen Kampfe verwirklicht haben. Nach wie vor muß die Gewerkschaft in vielen Punkten der Gesetzgebung vorangehen, ihr die Wege weisen. Die moderne Entwicklung heißt nun aber Stärkung des Kapitalismus und wachsende Konzentrierung der Unternehmungen, woraus manche geschlossen haben, daß die Aussichten des Gewerkschaftskampfes immer geringer werden. Das sei aber nicht der Fall. Die veränderten Verhältnisse führten nur zu einer andern Strategie, zu einer andern Verwendung der Kräfte, d. h. einer neuen Dynamik. Redner erläuterte dies an Beispielen aus der deutschen und namentlich der englischen Gewerkschaftsbewegung. Er zeigt, wie dieselbe Entwicklung, welche die kapitalistischen Unternehmungen in wenige Hände zusammenbringt, die ganze Gesellschaft ändert und eine immer stärkere öffentliche Meinung für die Arbeiterklasse den Arbeitern neue Kräfte zuführt. Selbst die stärksten kapitalistischen Unternehmungen haben ihre verwundbaren Stellen. Sie bei diesen zu packen, müsse gegebenenfalls das Augenmerk der Gewerkschaftsleitungen sein, deren Aufgaben und Verantwortungen beständig wachsen und auch immer größere Vollmachten zur Folge haben. Eine Aufgabe der modernen Gewerkschaften besteht darin, Tarifvereinbarungen mit den Unternehmern anzubahnen und abzuschließen, speciell da der absolute Kampf gegen Stücklohn sich als unausführbar erwiesen hat. Durch solche Tarife könne den Gefahren der Konkurrenz der Arbeiter unter einander und des Herabdrückens der Löhne am besten entgegengetrieben werden. Mehr wie je ist es Pflicht des einzelnen, sich seiner Organisation anzuschließen und als Pionier auch in der politischen Bewegung zu wirken. Hier heißt es seine Pflicht erfüllen, im großen Sinne der Verantwortlichkeit, nicht nur für sich, sondern auch für die Nebenfolgenden.

Nach einer kurzen Diskussion gelangte zum Schluß folgende von Brüdner gestellte Resolution einstimmig zur Annahme: „Die heutige Versammlung der Graveure und Eiseneure erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten E. Bernstein einverstanden und erwartet von jedem Kollegen, daß er das in § 152 der Gewerbeordnung gewährleistete Recht der Koalition ausnützt und sich der gewerkschaftlichen Organisation anschließt. Nur durch die Organisation der Arbeiter ist eine Hebung der wirtschaftlichen Lage der arbeitenden Klassen denkbar; dementsprechend verpflichten sich die Versammelten ihre ganze Kraft in die Dienste der Organisation zu stellen.“

Charlottenburg. Die Versammlung des Wahlvereins, die am 17. März stattfand, war leider nur sehr schwach besucht. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrten die Anwesenden das Andenken an die verstorbenen Genossen Abg. Rosenow-Schöneberg und Genossen Stadrow-Groß-Westen durch Erheben von den Plätzen. Dem ergriff Genosse Abg. Förster-Hamburg das Wort zu einem Referat über Zoll- und Handelspolitik, worin er in leicht faßlicher und allgemein verständlicher Art die Entwicklung Deutschlands vom Agrar zum Industrie- und Handelsstaat schilderte und eindringlich zeigte, wie die Zoll- und Handelspolitik der herrschenden Junkerklasse mit den Interessen der Volksmassen unvereinbar ist und die Kulturentwicklung hemmt, und daher aufs schärfste bekämpft werden muß. — Nach kurzer Diskussion ging man zu Vereinsangelegenheiten über. Zum Eintritt in den Wahlverein hatten sich 94 Genossen gemeldet, die auch, da Einwendungen gegen keinen erhoben wurden, Aufnahme fanden.

Der Vorsitzende Genosse Baale teilte ferner mit, daß die Angelegenheit des Genossen Goerke, wie inzwischen schon durch den „Vortwärts“ bekannt geworden, in befriedigender Weise ihre Erledigung gefunden habe.

Zum Schluß teilte der Vorsitzende mit, daß der Vorstand mit dem Genossen Dr. Konrad Schmidt in Verhandlungen getreten sei, um für die Mitglieder im engeren Kreis erweiterte Diskussionsabende zur Erläuterung der Grundsätze unseres Programms und des wissenschaftlichen Sozialismus einzurichten. Da dieser Vorschlag in der Versammlung allseitige Zustimmung fand, soll die Angelegenheit möglichst rasch zum Abschluß gebracht werden.

Steglitz. Der Bauarbeiterverein in Steglitz und Umgebung beschäftigte eine am Sonntagmittag im „Vierwaldhauser“ abgehaltene öffentliche Gewerkschaftsversammlung. Der Referent, St. J. vom Holzarbeiter-Verband, schilderte die den „Vortwärts“-Lesern bereits bekannte Entstehung und den Verlauf des nun bereits fünf Wochen dauernden Kampfes und bezeichnete die Lage als für die Gesellen günstig. In der Diskussion wurde mitgeteilt, daß verschiedene Unternehmer immer wieder versuchen, mit der örtlichen Streikleitung Einzelabkommen zu treffen, daß sie durch Lohnhöhung die Forderung: „Bezahlung der Maschinenarbeit durch den Unternehmer“, ausgleichen wollen, um dem Unternehmerverbande gegenüber gebüht zu sein. Selbstverständlich mußte dieses Ansuchen abgelehnt werden mit der Retorik, daß die Arbeiter zwar stets zu Unterhandlungen bereit seien, letztere jedoch nur von Organisation zu Organisation auf Grund der aufgestellten Forderung geführt werden könnten. Mitgeteilt Einzelheiten über die rührende Fürsorge der Polizei und Unternehmer für die „besonders nützlichen Elemente“ zeigten, daß es nicht nur ein Grimmstau gibt. — Zum zweiten Punkt der Tagesordnung gab der Obmann, Genosse Döring, den Bericht der Gewerkschaftsleitung, der Bauarbeiter- und Miethands-Kommission. Die Einnahme des Quartals betrug 1221,52 M., die Ausgabe 997,12 M., so daß am 31. Dezember 1903 ein Bestand von 224,40 M. vorhanden war. Im übrigen wollen wir nur summarisch berichten, daß die vorgenannten Körperchaften eine rege Tätigkeit entfaltet haben. Genosse Döring wurde auf ein weiteres Jahr als Obmann einstimmig wiedergewählt. — Hierauf gab Gewerbegerichts-Beisitzer Köhlig einen Bericht über die Wirksamkeit des Gewerbegerichts Steglitz, aus welchem wir nur erwähnen wollen, daß durchschnittlich alle drei Wochen eine Spruchung stattfindet und die Durchschnittszahl der Klagen pro Sitzung fünf ist.

In der kombinierten Versammlung der Rabbiner und Spanner vom 16. März hielt W. Fritzsche einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über „Die Schädlichkeit der Accordarbeit“. Wie die Arbeiter sich durch diese selbst schädigen, bewies der Redner durch zahlreiches Material. Die Stundenlöhne sind bei den Rabbinern seit dem Jahre 1885 erhöht worden von 0,45 M. bis 1903 auf 0,82 M., dagegen ist der Preis pro Quadratmeter immer rapide heruntergegangen. 1885 gab es für Ausbrüden und Putzen 1,20 M. und darüber, heute ist der Preis bis auf 0,60 M. heruntergegangen. Dies wurde hier auch zeitig erkannt und zeitig 1901 bei den Putzern den Beschluß: „Die Accordarbeit ist zu befechtigen.“ Die Accordarbeit ist auch bei den Spannern seit fast vollständig befechtigt worden. Der Stundenlohn der Spanner betrug 1891 0,45 M., heute dagegen 0,65 M. 1891 bekamen dieselben pro Quadratmeter 0,35—0,40 M., heute, 1904, nur noch 0,18—0,20 M. Ebenso verhält es sich mit den Cementierern. Wenn dies nicht die Schädlichkeit der Accordarbeit beweist, der muß ein Idiot sein. In der Diskussion hierüber meinte K. L. J. man sollte von seiten des Zweigvereins dahin wirken, daß die Sektion I (Putzer) nicht mehr in Accord arbeite. Grundmann stellte den Antrag, man solle darüber abstimmen, ob Accordarbeiten erlaubt seien, wenn nicht, dann solle, wer noch im Accord arbeite, beim erstmaligen Verweise bekommen und beim zweitenmal, so wie bei den Putzern, ausgeschlossen werden.

Sozialdemokratischer Les- und Diskussionsklub Demoshens. Donnerstag, den 24. März, abends 9 Uhr, im Lokale von Hermann Dornbusch, Prinz Eugenstr. 8: Diskussionsabend. Platos Staatssystem. Gäste willkommen.

Bund für Menschenrechte. Donnerstag, 24. März, abends 8 1/2 Uhr, Beuthstr. 19/20 (Industriegebäude): Vortrag H. Habert: Der Krieg (Die Waffen nieder). Nachher freie Diskussion. Eintritt für Gäste 10 Pf.

Berliner Tanzlehrer-Verein (Freie Vereinigung). Sitzung jeden Freitagabend 8 1/2 Uhr, im Englischen Hof, Neue Köhlerstr. 3. Tanzlehrer als Gäste willkommen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 23. März, Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus. Der Ring des Nibelungen. — Das Heiliggold.
Schauspielhaus. Oth von Berlin. — Singspiel mit der eisernen Hand. (Anfang 7 Uhr.)
Neues König. Opern-Theater. Geschlossen.
Deutsches. Novella d'Andrea.
Berliner. Maria Theresia.
Leipzig. Kapfenstein.
Westen. Der zerbrochene Krug.
Neues. Logik des Herzens. — Salome.
Residenz. Der feuchte Casimir. Vorher: Die Empfehlung.
Central. Das Schwabenfest.
Belle-Alliance. Götterweiber.
Thalia. Resemanns Rheinfahrt.

Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater.) Kollege Crampton.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädt.) Lumpacivagabundus.
Kleines. Des Pastors Rieke.
Pulsen. Egmont.
Trianon. Das erste Gebot. — Der Dieb.
Carl Weiß. Zwei Frauen. Hierauf: Japfenstein.
Deutsches-Amerikanisches. Ueber'n großen Teich.
Casino. Walden. — Gaspard. Raub der Sabinerinnen.
Gebr. Herrnsfeld. Nur eine Nacht.
Winter-Garten. Zweite Gulliver.
Constantine Bernardi. Specialitäten.
Apollo. Frühlingsluft. Blütenhochzeit. Specialitäten.
Metropol. Ein tolles Jahr.
Reichshallen. Stehliner Sängler.
Passage-Theater. Calcedo. Specialitäten. Anfang 5 Uhr.
Urania. Taubenstraße 48/49. Am 8 Uhr: Frühlingsstube an der Riviera.
Carl Weiß. Zwei Frauen. Hierauf: „Chemie des Wassers.“
Invalidenstraße 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.
Am 4 Uhr: Dr. Schwahn: Gletscher und Eiszeit.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.)
Mittwochabend 8 Uhr:
College Crampton.
Komödie in 5 Akten von Gehart Hauptmann.
Donnerstagabend 8 Uhr:
College Crampton.
Freitagabend 8 Uhr:
Uriel Acosta.

Thalia-Theater.
Dresdenerstr. 72/73. Amt IV 4440.
Anf. 7 1/2 Uhr. Direction Jean Kren
Heute und folgende Tage:
Resemanns Rheinfahrt.
Schwank in 3 Akten.
Sonntagabend 8 Uhr:
Charleys Tante.

Schiller-Theater N.

(Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater).
Mittwochabend 8 Uhr:
Lumpacivagabundus.
Zauberposse mit Gesang in 3 Aufzügen von Johann Kestner.
Donnerstagabend 8 Uhr:
Lumpacivagabundus.
Freitagabend 8 Uhr:
Die Wildente.

Belle-Alliance-Theater.
Belle-Alliancestr. 7/8. Amt VI 289.
Anf. 7 1/2 Uhr. Direction Alfred Schönfeld.
Heute und folgende Tage:
Götterweiber.
Austadt-Posse mit Gesang und Tanz.
Sonntagabend 8 Uhr bei 1 Pf. Preisen:
Deborah.

Cirkus Schumann.

Heute Mittwoch, den 23. März 1904, abends 7 1/2 Uhr:
Der preisgekrönte Ger Zug und die fahrenden Casfaden.
Originaldirector des Directors **Alb. Schumann.**
Fräulein **Dora Schumann**, jugendliche Schilkeleiterin.
Clown **Cirillo** und **Bebe**. × Clown **Gontard** mit drei Tieren.
Herr Julius Seeth mit 25 Löwen.
Frères Skremka, die vorzüglichen Künstler.
Babel. Eine Wanderung durch acht Jahrtausende.
Sonntagabend 8 Uhr: **Robert** und **Bertram.**

Urania.

Taubenstr. 48/49.
Um 8 Uhr im Theater:
Frühlingsstube an der Riviera.
Hörsaal 8 Uhr: Dr. G. Nass: „Chemie des Wassers.“
Sternwarte Invalidenstr. 57/62.
Um 4 Uhr (kleine Preise):
Dr. Schwahn: Gletscher u. Eiszeit.

Luisen-Theater.

Abends 8 Uhr:
Egmont.
Donnerstag: Kean.
Freitag: Das Schloß am Meer.
Sonntagabend: Uriel Acosta.
Sonntagabend: Egmont.
Abends: Das Schloß am Meer.
Montag: Egmont.

CASTANS PANOPTICUM

Friedrichstr. 165.
Afrika in Berlin!!!
Tunesen-Truppe.
Grosse Völkerschau.
Die schönen Harems-Damen in Tunis.

Residenz-Theater

Direction S. Lantenburg.
Abends 7 1/2 Uhr:
Die Empfehlung.
Abends 8 Uhr:
Der keusche Casimir.

Cirkus Busch.

Große internationale
Ringkampf-Konkurrenz
um die Weltmeisterschaft. — Die 24 besten Ringer der Welt.
Es treten in Konkurrenz:
1. **Roepell** (Berlin) gegen **Clément le Terrassier** (Belgien).
2. **Charles Bernard** (Frankreich) gegen **Palisotti** (Italien).
3. **Piérard le Colosse** (Paris) gegen **Aug. Robinet** (Wien).
4. **Heinrich Eberle** (Deutschland) gegen **Jean van Dyck** (Belgien).
Der Ringkampf beginnt um 9 Uhr.
Miss Jackson **Schleife und Todessprung** in einem Tempo.
Der Bär als Kunstreiter vorgeführt von Herrn **Batty**.
Wiener Damenkapelle, höchst komischen Intermezzo von sämtlichen Clowns. — Die berühmten 16 **Hongste** des Director **Busch**.
Bemerkenswert:
Zum 90. Mal: **Aus den Alpen. Der Automobilsturz.**

Central-Theater.

Täglich 7 1/2 Uhr:
Nur noch einige Aufführungen.
Das Schwabenfest.
Operette in 3 Akten von R. Ordonneau.
Musik von Henry Herblay.
Donnerstag: Zum 75. Male:
Das Schwabenfest. Jede Dame erhält ein elegantes Souvenir!

Neues Theater.

Schiffbauerdamm 4a—5.
Salome.
Vorher: **Logik des Herzens.**
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: **Schwester Beatrice.** Der Kammersänger.

HEUTE: 21.

AUFFÜHRUNG.
Anfang 8 Uhr.
Ende 10 Uhr 30.

Deutsch-Amerikanisches THEATER
Königlicherstrasse 67.
Jeden Abend:
Gastsp. Ad. Philipp Ueborn
GROSSEN TEICH.

Bernhard Rose-Theater

Gesundbrunnen, Badstr. 58.
Heute Mittwoch, den 23. März, 8 Uhr:
Auf eigenen Füßen.
Große Posse mit Gesang in 6 Bildern von Kohl und Willen.
Anfang 8 Uhr:
Nach der Vorstellung:
Grosser Ball.
Sonntag, den 27. März: Mutter-sagen.

Metropol-Theater

Zum 10. Male:
Ein tolles Jahr.
Gr. dramatisch-satirische Revue in 5 Bildern von Julius Freund.
Musik von Victor Hollaender.
In Scene gesetzt vom Director **Richard Schultz**.
1. Bild: Am Kleinkindersee.
2. Bild: Was giebt's Neues.
3. Bild: Das Ordensfest.
4. Bild: Der neue Zapfenstreich (Parodie).
5. Bild: Briefe, die ihn erreichten (Ballett).
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Apollo-Theater.

8 Uhr: **Frühlingsluft**
mit dem **Blütenhochzeit**.
9 1/2—11 Uhr: Das grosse
Specialitäten-Programm.
Mad Dersy, Las Brunis, Tom Hearn, Robert Steidl, Heinrich Blank.
Boston Ball Tanz-Ensemble.
Sonntag, den 27. März,
nachm 3 Uhr: **Frühlingsluft**
und **Specialitäten.**

Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurter Straße 132.
Rege Aufführung:
Zwei Frauen.
Schauspiel in 5 Akten v. G. Borchard.
Anfang 8 Uhr.
Donnerstag: **Genetix** für Willy Brackmann. Ein Mädchen aus dem Volke.

Kleines Theater.

Unter den Linden 44.
Des Pastors Rieke.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: **Nachtsyl.**

Passage-Theater.

Anfang Sonntag 3, Wochentags 5 Uhr.
Anfang 4. Abendvorstellung 8 Uhr.
Sensationelles Engagement:
Caicedo
der berühmte Drahtseilkönig.
Das Publikum schreit vor Lachen bei dem Redestreit der beiden feindlichen Improvisatoren
Holländer u. Steinitz.
14 neue erstklassige Nummern.

Casino-Theater.

Lothringersstr. 37. Anf. 8. Sonnt. 7 1/2.
Der Raub der Sabinerinnen.
Schauspiel. Max Walden a. G.
Kaiser. russ. Hofschau. fr. Mitglied des Schiller-Theaters.
Vorher: Das Brill. März-Programm.
Die beste Dress-Nummer: Der Weltfriede. Sonntagabend 4 Uhr: Hotel Klingebusch.

Trianon-Theater.

Georgenstraße, zwischen Friedrich- und Universitätsstraße.
Das erste Gebot.
Hierauf: **Der Dieb.**
Anfang 8 Uhr.
Sonntagabend: „Madame X.“

Fröbels Allerlei-Theater

fr. Puhlmann, Schönhauser Allee 148.
Am Palmes-Sonntag:
Grosse Extra-Vorstellung.
Karburger Sängler.
Anfang 6 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Montag: **Goethe-Ensemble.**
Grosser Theaterabend.

Café Meyer

Dresdener Strasse 128/29.
Kaffee 10 u. 15, Bier, hell u. dunkl., 10 Pf.
ca. 50 Zeitungen; 2 Billards. Ed. 40 Pf.
Zahlstelle der Freien Volkshilfe.

W. Noacks Theater.

Direktion: Robert Dill.
Brunnenstrasse 10.
 Zum letztenmal:
Ein modernes Aschenbrödel.
 Schauspiel von H. Benedit.
 Donnerstag und Freitag: Auf viel-
 eiligen Wunsch: **Eva.**

Steidl-Theater
 Linien-Oranien-
 strasse 132 burger Thor.
Letzte Woche!
 vor der Abreise nach Rügenland.
 Mittwoch, den 30. März:
Abschieds-Vorstellung.

Herrnfeld-Theater. Sonntag
 8 Uhr. 7 Uhr.
 Heute und folgende Tage
 das Herrnfeldsche Sensationsstück
Nur eine Nacht!
 Zwei Alte aus einer Ehe.
 Vorher: **Künstler-Teil**
 and **Bendix und Edl Stadler.**
 In Vorbereitung:

Am andern Morgen!
 Schauspiel zu „Nur eine Nacht“.
 Komödie von H. und D. Herrnfeld.

Palast-Theater
 Burgstrasse 22, früher Feen-Palast.
 Heute und folgende Tage:
Zankteufelchen.
 Operette v. Lindner. Musik v. Stäble.
 Im phänomenalen Spezialitätenteil:
Adin und Fatima, das größte
 Wunder der Welt.
 Martha Sarnotti, Vortrags-Soubrette.
 Mr. Francesco, der Unzerbrechliche.
 Mr. Barna, komisch-musikal. Dressirant.

Der Muckebold.
 Schwan von Gustav v. Moser.
 W u f, Rentier: Dr. Rich. Winkler.
 Freitag, den 25. März: Gr. Elite-
 Vorstellung: **Don César.** Schaus-
 spiel mit Gesang in 5 Akten v. Saur.

Winter-Garten
 Keine erhöhten Preise!
Yvette Guilbert

Paulon u. Doley Komische Radfahrer
 Karnevals-Geister-Tanz-Divortissimo.
 Imro Fox
 Zauberkünstler.
 Leo Billward Komischer Jongleur
Madeleine Nocé Sängerin.
 Prosper-Truppe Akrobaten.
Costantino Bernardi
 Verwandlungsschauspieler.
 Lony Elastisch-equilibrist. Akt.
 The Soldoms Plast. Darstellungen.
 Biograph.

Königstadt-Kasino
 Seligmartstr. 72, Ecke Alexanderstrasse.
 Täglich:
Franz Sobanski.
Die März-Specialitäten.
 Zum Schluss:
Kulde auf Sommerwohnung.
 Hofe mit Gesang.
 Nach der Vorstellung: Mittwoch,
 Sonnabend u. Sonntag: **Tanz.**

Germania-Prachtsäle
 Schauspielstr. 103, Arnold Scholz.
 Jeden Mittwoch:
Sänger
 (Steidl, Wolff)
Sänger
 (Steidl, Wolff)

Reichshallen
Stettiner Sänger
 Mittwoch
 zum letztenmal:
**Die Berliner bei
 den Pereros.**
 Anfang: 8 Uhr. Entree 30 Pf.
 Vorzugskarten gelten.

Reizendes Landhaus
 in bevorzugter Vorortkolonie am
 Wald gelegen, mit Gartenland,
 habe unt. günstigen Bedingungen
 mit kleiner Anzahlung zu ver-
 kaufen. Off. unter M. Z. 1435 post-
 lagernd Postamt W. 15, Umlandstr.

Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgegend.

Donnerstag, 24. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Fritz Wilke, Brunnenstr. 188:
Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Schriftführer M. G. Baage über: „Nabel und Nibel.“ 2. Diskussion. 129/8
 3. Wahl eines Vergütungskomitees. 4. Vereinsangelegenheiten. Der Vorstand.

Sanssouci.
 Kottbuser Thor — Stat. der Hochbahn.
 Donnerstag:
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger
 und Tanzkränzechen.
 Sonntag:
Extra-Vorstellung:
Das hemooste Haupt
 Schauspiel in 4 Akten.

Jede Hausfrau
 verlange
Yornbaum's Waschpulver
„Eureka“
 dasselbe verhütet das unliebsame
 Abfärben und Ein-
 laufen der Wäsche,
 erhält die weisse
 Wäsche wunderbar
 weich, macht die
 weisse blüschnell
 bleichend weich
 und gibt der-
 selben einen höchst
 angenehmen,
 frischen Geruch.
„Eureka“
 wird von den
 bedeutendsten
 Hausfrauen-Revungen u. als
 bestes Waschmittel der Gegenwart
 empfohlen und sollte daher in keinem
 Haushalt fehlen. 75/4
„Eureka“ kostet pro Paket
 15 Pf. und ist in allen besseren Ge-
 schäften zu haben.
 Engros-Vertrieb durch die Firma:
Kiewitz & Hoock, Berlin.

Wer
billigst
 1 Rolle v. 10 Pf. an
 in jedem Genre,
 wie hochelegant,
 neuesten stilvoll,
 kaufen will, ver-
 lange den Gratis-
 katalog von
Chr. Hartmann,
 Tapeten-
 Versand-
 haus
 Ganders-
 heim.

Soeben ist wieder neu erschienen:
**Führer durch das Gewerbe-
 Unfallversicherungs-Gesetz**
 Preis 25 Pf. — Porto 3 Pf.
 Ein notwendiges und praktisches
 Büchlein für alle Versicherten, denen
 es Leiter und Führer durch das
 Gesetz ist. Es legt die Pflichten und
 Rechte aus dem Gesetz dar und zeigt,
 wie und wo der Versicherte sein Recht
 suchen muß.
 Vorwärts-Buchhandlung, Berlin SW.
 Lindenstrasse 69.

RESTE
 zur Damen-Mäntel-
 Konfektion, Mädchen- und
 Knaben-Garderobe. Damen-
 tuche in schwarz und farbig.
 Kostümstoffe, Kammgarn,
 Cheviot, Corkskrew, Plüsch,
 Sammet, Besatzartikel etc.
CONFEKTION.
 Fertige Jacketts, Capes,
 Paletots, Kostümstücke etc.
 Grösste Auswahl. Billige Preise.
C. Pelz,
 Kottbuser
 Strasse 4.

Achtung, Vereine!
F. Scholz's Festsäle
 mit Garten u. gr. Theaterbühne
 74 Gr. Frankfurterstr. 74
 empfiehlt sich d. Vereinen zu Sommer-
 fester, Theater-Vorstell. u. and. Ver-
 anlassungen. Verj. Sonnabende frei.
 Sonntag: Gr. Ball. Anfang 4 Uhr.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Branche der Modell- und Fabriktschler.
 Mittwoch, den 23. d. M., abends 8 1/2 Uhr,
 in Schmidt's Gesellschaftshaus, Gartenstrasse 13:
Branchen-Versammlung.
 Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Vorsitzenden Ingenieur
 Karl Hoffmann über seine zehnjährigen Erlebnisse in Ägypten, Indien,
 Sudan, Deutsch-Ostafrika. 2. Vorführung von grossen Lichtbildern.
 (Afrikanische Landschaften und Volkstypen.) 3. Verhandlungsangelegenheiten.
 4. Verschiedenes. 81/3 Der Obmann.

Verein socialdemokr. Gast- u. Schankwirte
 Berlins und Umgegend.
 Freitag, 25. März, nachmittags 5 1/2 Uhr, beim Kollegen Coburg
 in Reichertstr., Königs-Chaussee 12:
Versammlung.
 Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Ver-
 anlagen. 60/5
 In zahlreichem Besuch ladet ein
 Der Vorstand. N. N.: Ferdinand Ewald.

Verlobte!
Complete Küchen-Einrichtungen:
 130 Teile für Mk. 35,—
 200 „ „ Mk. 75,—
 300 „ „ Mk. 150,—
 — Aufstellung auf Wunsch gratis und franco. —
 Alle Artikel auch einzeln sehr billig.
L. Katz & Co.
 Spandauerstr. 45, am Molkenmarkt,
 u. Ecke König- u. Spandauerstrasse.
 3156L*

Extra-Angebot
Ein grosser Posten
Matrosen-Anzüge
 hochgeschlossene Bluse,
 reizend garniert, Stück Mk. 5,25
Ein grosser Posten
Blusen - Anzüge
 a. dunkelgrauem Diag.-Kamm-
 garn, hochgeschlossen, mit
 gest. Seidenband-Garnierung, Stück Mk. 5,50
Ein grosser Posten
zurückgesetzter Knaben-Paletots
 für Knaben von 12 bis 16 Jahren Mk. 7,50 (frühere Preise
 durchschnittlich Mk. 15—17).
Zurückgesetzte Knaben-Anzüge
 von vergangener Saison oder mit Mk. 2,75 und 3,75
 kleinen Fehlern (früherer Preis Mk. 7,00 und 12,00).
 Die Preise halten wir aufrecht, so lange der Vorrat reicht.
Ein Posten
Herren-Joppen aus Sommer-Loden,
 so lange der Vorrat reicht. Mk. 2,00 (früherer Preis
 Mk. 4,00).
Heitinger & Co. Deutsche Compagnie,
 Berlin, Oranienstr. 40/41.

Mehrere hundert Parzellen,
 bis 10 M. p. [] Acre,
 mit und ohne Wald, neue
 Villenkolonie, 2 1/2 Meile
 vom Centrum Berlins,
 ff. Boden, perf. Schulz.
 Nixdorf, Zenaufstr. 12. *

Dr. Schünemann
 Spezialarzt für Haut, Horn- und
 Frauenleiden, Seydelstr. 9.
 1/12—1/3, 1/6—1/8, Sonnt. 9-11

**Central-Verband der Maurer
 Deutschlands.** Zweigverein
 Berlin.
 Am 20. März starb unser treues
 Mitglied
Rudolf Schieborr
 Kaffianer-Allee 15, im Alter von
 41 Jahren an Herzlähmung.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute
 nachmittags 2 Uhr von der Leichen-
 halle des Bethemann-Stichhofes
 in Nieder-Schönhauser Park.
 Am 20. März starb unser lang-
 jähriges und treues Mitglied
Karl Jänsch
 Gindenerstr. 24, im Alter von
 49 Jahren an Lungenerleiden.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute
 nachmittags 4 Uhr von der Leichen-
 halle des Heilmann-Stichhofes in
 Blücherstr. statt.
 Um rege Beteiligung der Kollegen
 bitten
 Die Verbandsleitung.

Danksagung.
 Für die herzliche Teilnahme und
 die reichen Blumenpenden bei der
 Beerdigung meines lieben Mannes
 und unfres guten Vaters
Emil Pohsner
 Restaurateur 2856b
 sage ich den werthen und treuen
 Stammgästen, sowie den Tischlern der
 Firma H. Reddemann meinen auf-
 richtigsten und besten Dank.
 Die trauernde Witwe nebst Kindern.

**Deutscher
 Holzarbeiter-Verband.**
 Den Mitglidern zur Nachricht,
 das der Kollege, der Tischler
Johann Sengutta
 am 19. März verstorben ist.
 Die Beerdigung findet am
 Mittwoch, den 23. März, nach-
 mittags 4 Uhr, von der Leichen-
 halle des Paul-Stichhofes in
 Blücherstr. statt. 81/4
 Um rege Beteiligung ersucht
 Die Ortsverwaltung.

**Centralkranken- u. Sterbekasse
 der deutschen Wagenbauer.**
 Hierdurch zur Nachricht, das
 unser langjähriges Mitglied und
 Stahlfeder 253/2
Karl Schubert
 am 21. März verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Donnerstag, nachmittags 4 1/2 Uhr
 vom Trauerhause, Neu-Weichensee,
 Gustav Adolfsstr. 142, aus statt.
 Die Ortsverwaltung Weissensee.

**Dr. Simmel, Prinzen-
 Str. 41.**
 Spezialarzt für (76/10*)
Haut- und Harnleiden.
 10—2, 5—7, Sonntags 10—12 2—4.

Dankfagung.
 Für die zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem schweren
 Verluste, der mich und mein Kind durch das jähe Hinscheiden meines
 geliebten unvergesslichen Vaters, des Kaufmanns
Hermann Zitzler
 betroffen hat, spreche ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten,
 insbesondere der Firma Galvanoplastik, Lindenstr. 101/102, meinen
 innigsten Dank aus. 2530b
 Frau Bertha Zitzler geb. Kröpke.

**Einsegnungs-
 Anzüge**
 in den neuesten facons
 in blau und schwarz Kammgarn
 und Cheviot.
**Julius
 Lindenbaum,**
 Grosse Frankfurterstrasse 141,
 Ecke Fruchtstrasse. 42790*
 Grösstes Etablissement
 des Ostens, Nordostens und Südostens.
 X Anerkant reellste und billigste Bezugsquelle. X

Seit gestern!!!
 verkaufen wir
 ca. 1000 alte und neue
 Elegante
 Herrenanzüge zu diesen Preisen:
 M. 9, 10, 12, 14, 16
 und höher.
 Moderne
 Frühjahrspaletots M. 1,75, 2,50, 4, 6,
 etc.
 Hosen
 für jeden Zweck
Monatsgarderobe von den feinsten Herr-
 schaften für jede Figur
 (spec. Bauch) passend in allen Preislagen.
 nur Prinzenstr. 17, a. d. Wasser-
 thorstr. Hoehb.-St. Prinzenstr.
J. Wand, 2. Gesch. Gr. Frankfurterstr. 116.
 Bitte, nicht mit ähnlichen Geschäften zu verwechseln.

**Gegen
 Monatsraten von 2 Mk.**
 an liefern wir
Musikwerke
 selbstspielende
 sowie
Drehinstrumente
 mit auswechsel-
 baren
Metallnoten
 von 18 Mk. aufwärts.
Phonographen
 nur
 erstklassige,
 vorzüglich
 funktionierende
 Apparate von
 20 Mk. aufwärts.
 Beispiele und
 unbespielte
 Walzen
 in Qualität.
Accordeons
 in sehr reicher
 Auswahl,
 sehr preiswerte
 Instrumente
 in allen
 Preislagen.
Zithern
 aller Arten,
 wie Accord-,
 Harfen-, Duett-,
 Konzert-,
 Gitarre-Zithern
 etc.
Bial & Freund in Breslau II.
 Illustrierte Kataloge auf Verlangen gratis und frei.

Möbel-Fabrik
 von
R. Rosien
 Berlin N., Schwedterstr. 26
 Fernsprecher: Amt III, 6800.
Bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen
 in grosser Auswahl. 4337L*
 Cassa gewähre 5 Proz. Rabatt.



Reizendes Landhaus
 in bevorzugter Vorortkolonie am
 Wald gelegen, mit Gartenland,
 habe unt. günstigen Bedingungen
 mit kleiner Anzahlung zu ver-
 kaufen. Off. unter M. Z. 1435 post-
 lagernd Postamt W. 15, Umlandstr.

Frühjahrs-costüme

Elegante Neuheiten — grösste Auswahl
 Jacken und Blusen-Costüme in neuesten Stoffen 12, 15, 20 Mk.
 Fussfreie amer. lackenkleid, letzte Neuheit 15, 20 Mk.
 Trauerkleider in eleganter Ausführung 18, 20, 25 Mk.
 Elegant garnierte Kleider in Voile, Satintuch und in den
 neuesten Fantasiestoffen 20, 25, 30 Mk.
 Einsegnungskleider 15, 18, 20 Mk.
 Einsegnungs-jackets 8, 10, 12 Mk.
 Weisse Costüm-Röcke, weisse Blusen 4, 5, 9 Mk.
 Seidenblusen elegante Façons 5.50, 7.50, 10 Mk.

Costümröcke

prima Verarbeitung, tadelloser Sitz, vorzüglicher Schnitt,
 in allen Längen und Weiten, auch für ganz starke Damen
 vorrätig, schwarz und farbig, in den modernsten glatten
 und Fantasiestoffen 3.75, 5, 7, 10, 15 Mk.
 in Seidendamast 20 u. 25 Mk.
 Amerikan. fussfreie Strassenröcke Jetzt 5.75, 9, 10 Mk.
 Elegante Frühjahrs-Paletots, lacketts, Saccos u. Blusenform,
 in Tuch, Rips und Fantasiestoffen 10, 12, 15, 20, 25 Mk.
 Gummimäntel, Reismäntel, Regenmäntel 10, 12, 15 Mk.
 Morgenröcke, Matinées und Jupons.

Sielmann & Rosenberg

Kommandantenstr., Ecke Lindenstr.

Massanfertigung.

Kredit. Monatlich
 10 Mark —
 liefert Anzüge
 nach Maß.
 Ver. Kaffe auch billige Preise.
 Schneidmstr.
 J. Tomporowski, Prinzenstr. 55.

Möbel in guter Aus-
 führung. Ganze
 Einrichtung von
 280 R. an.
 E. Möhring, Tischlermeister,
 Winterfeldstr. 35 (Ecke Potsdamerstr.).

**Grosse Freiburger
 Dombau-Lotterie.**
 Ziehung: 23. — 26. März.
 Hauptpr. 100 000, 40 000,
 20 000, 10 000 R. usw.
 Lose: 3,30 Porto und
 Ziste 30 Pf.
 J. Rachor, Haupt-
 Kollektor, Mainz.

J. Georg Simon 8. Reinickendorferstrasse 8.

Grösstes Bekleidungshaus des Nordens von Berlin.
 Ecke Ravenstrasse. Am Bahnhof Wedding.

Herren-Anzüge 7⁷⁵ 10⁰⁰ 14²⁵ 18⁰⁰ etc.
 Herren-Paletots 7²⁵ 8²⁵ 10⁰⁰ 16⁰⁰ etc.
 Herren-Hosen 1⁵⁰ 2⁴⁰ 3⁵⁰ 5⁰⁰ etc.
 Jünglings-Anzüge 5⁰⁰ 7²⁵ 10⁰⁰ 13⁰⁰ etc.
 Knaben-Anzüge 2²⁵ 3⁵⁰ 4⁵⁰ 5⁵⁰ etc.

Arbeiter- und Berufskleidung für jedes Gewerbe.
 Anfertigung nach Mass unter Leitung erster Zuschnittler zu mässigen Preisen
 und Übernahme für guten Sitz und saubere Verarbeitung volle Garantie!

Steppdecken
 kauft man am preis-
 werkesten nur direkt
 in der Fabrik 72 Wald-
 strasse 72, wo auch alle
 Steppdecken aufgearbeitet werden.
 O. Strohmantel, Berlin 14.
 Illustrierter Preis-catalog gratis.

Jörsfelde - Tegelort!

Besonders zu empfehlen unser altes, bekanntes Lokal.
 Zu jeder Tageszeit: Gute Speisen und Getränke
 zu soliden Preisen.
Dörings Restaurant, Jörsfelde,
 direkt am Wald und an der Havel. 4522*

Steppdecken
 Gelegenheitskauf.
 Wollatlas, alle Farben 4,85
 Similitseide, alle Farben 6,00
 Normal-
 Schlafdecken 2,00, 3,00 etc.
 Special-
 Haus **Emil Lefèvre,**
 Berlin S., Oranienstrasse 158.

Prämiiert auf der III. Kochkunst-
 Ausstellung Berlin 1904.
Nähr Malzkaffee
 bestes und
 Nahrungs Genussmittel
 Ceylon Kaffeeersatz
 der **Ceylon - Malzkaffee**
 u. Kaffee-Sorrel-Fabrik
 Röhrsdorf-Chemnitz.
 Vertretung und Engros-Lager bei
 E. Borgmann, Berlin.
 Fernsprecher IX 7064 Parisstr. 2.

Anzeigen für die nächste
 Nummer werden
 in den Annahmestellen für Berlin
 bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr,
 in der Hauptexpedition Linden-
 strasse 69 bis 8 Uhr angenommen.

Jedes 5 Pfennig.
 Wort: 5 Das erste
 fettgedruckte
 Wort 10 Pfg. Worte mit mehr
 als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Verkäufe.

Waffenzweigen, Vereinsabzeichen,
 Turnbänder, etwa von Gemahregeltern
 verfertigt, liefert das Geschwäfts-
 stück Vorrath, Gold, Spitalstrasse 30,
 Vorrath i. Br. 2194R.

Rekulation, Destillation, gut-
 gehend, Billard- und Vereinszimmer,
 Nachtstellen, monatlich 50-60 Halbe
 Bayerisch, 12 Halbe Weißbier, verkauft
 Herr. Wille, Kalbidstrasse 119. 2188R*

Seifenfabrik zu verkaufen
 Näheres Markt, Anstalten-Allee 56. *

Gardinenhaus Große Frankfurter-
 strasse 9, parterre. 437*

Vorjährige Herrenanzüge, Winter-
 paletots, Beinkleider, aus feinsten
 Stoffen (spottbillig) täglich, Sonn-
 tagsschluss, Deutsches Verbands-
 Lagerstrasse 63, L. 2083R*

Knabenanzüge, Mädchenkleider,
 Paletots, Jacken verkauft billig Hoff-
 mann, Bärenstrasse 14. 2181K*

Knabenanzüge, Knabenpaletots,
 Kleinauswahl, Spottpreise, Rosen-
 berg, Kottbuserdamm 98.

Einsegnungskleider, Mädchen-
 Kleider, Mädchenanzüge, Kleinaus-
 wahl, Spottpreise, Rosenberg, Kott-
 buserdamm 98.

Recherhandlung, Capesstoffe, Seiden-
 stoffe, Sammetstoffe, Reste für Herren-
 und Knabenanzüge, Rosenberg, Kott-
 buserdamm 98.

Damenjackets, Kleinauswahl,
 spottbillig, Rosenberg, Kottbuser-
 damm 98.

Damencaques, Kleinauswahl,
 Spottpreise, Rosenberg, Kottbuser-
 damm 98.

Teppiche! (schlechte) in allen
 Größen für die Hälfte des Wertes
 im Teppichlager Brunn, Paderbier
 Markt 4, Bahnhof Brücke. 99/22*

Betten spottbillig Handliche
 Küstnerplatz 7. 2192R*

Gardinen spottbillig Handliche
 Küstnerplatz 7. 2192R*

Verkaufene Wänder aller Art
 Handliche Küstnerplatz 7. 2192R*

Bekanntmachung. Zum bevor-
 stehenden Umzuge stelle von heute
 an der werten Kaufhambroch zu
 außerordentlich spottbilligen Preisen
 einen großen Vorrath Betten, Gar-
 dinen, Steppdecken, Teppiche sowie
 Kunststoffsessel für Herren, Tisch-
 decken, Vorhänge, Behälter zum
 Verkauf. Nur Handlichehaus Weiden-
 weg 19. 452*

Stamm billige Regulatoren,
 Freischwinger, Spiegel, Tischlampen,
 Wanduhren, Baumgelenke, mit
 Handlichehaus Weidenweg 19. 452*

Kleinauswahl hochleganter
 Jackenanzüge, Hochzeitsanzüge, Som-
 merpaletots, Dolan, spottbillig,
 Handlichehaus Weidenweg 19, rechter
 Ausgang, Geschäft bis 9 Uhr. 452*

Konzerne, Gummis, Seife, Selbst-
 schneid, Chromstreu und Reibstein
 prämiert, Köhler, Kottbuserdamm 22.

Blugschiffchen, Bobbin, Schnell-
 näher, ohne Anzählung, Bode 1,00,
 gebraucht 12,00, Köpferstrasse 60/61,
 Prenzlauerstrasse 50/60 und Große
 Frankfurterstrasse 43. 79R*

Verkauf verfallener Wänder, spott-
 billigsten Preisen. Handlichehaus
 Weidenweg 19. 452*

Gelegenheitskäufe: Paletots, An-
 züge, Dolan, Kessel, Betten, Teppiche,
 Sakkos spottbillig. Jude, Dranien-
 strasse 131. 2825b*

Reifgläser, Operngläser, Koffer,
 Kisten, Leuchts, Reihzeuge,
 Altkorn, Harmonikas, Gelgen spott-
 billig. Jude, Dranienstrasse 131. *

Uhren, Ketten, Ringe, Brillanten,
 Goldschmuck, Regulatoren, spottbillig,
 Jude, Dranienstrasse 131. 2825b*

Steppdecken, Teppiche, Gardinen,
 Knabenanzüge spottbillig. Jude,
 Dranienstrasse 131. 2825b*

Wänderverkauf. In meiner Möbel-
 fabrik, Oranienstrasse 15, am
 Haselischen Thor, stehen viele Woh-
 nungs-Einrichtungen, verleben ge-
 wessene und neue Ausstattungen zum
 sehr billigen Verkauf. Teilzahlung bei
 geringe Anzahlung gestattet.
 Beamten ohne Anzahlung. Ich
 liefere geborgene Einrichtungen für
 150, 200, 300, 400 Mark, hoch-
 eleganter von 500 bis 1000 Mark.
 Ganz besonders empfehlenswert ist der
 große Vorrath verleben gewessener und
 zuragedeherer Möbel, die noch fast neu
 und im Preise bedeutend herabgesetzt
 sind. Kleiderstüb 21, Kommode 18,
 Sofa mit Auszug 30, Bettstelle mit
 Maträtze 20, Tischstühle, Verhüll 36,
 Salonarmatur, Tischlampen 100,
 Tischschreibtisch mit Kasten 100,
 gezeichnete Büffets, Bücherstühle,
 Wanduhren mit Glastafeln 85,
 Spiegelstühle 40, Englische Schlaf-
 zimmer, Speisezimmer, Salons,
 auch Bräutigam. 2177R*

Habelstätt billig verkaufen vier
 Zimmer Möbel, Braunkohl, Bekan-
 nenheit. Schönhauser Allee 55,
 parterre. 2844b*

Korridorschrank, Verhüll, Kleider-
 schrank, Spiegel mit Bild billig,
 auch in eine Tischerei mit zehn
 Bänken zu verkaufen. Köfer, Reichen-
 bergstrasse 37. 2847b*

Sofa, größte Auswahl, von
 21 Mark an, direkt in der Fabrik
 Blumenstrasse 35 b. 2174R*

Einleum, Tapeten, Wanduhren,
 Ringe, Kleider, Einleum-Teppiche,
 Ringe, Dolgmarktstrasse 19. 2306b*

Fahrräder, Teilzahlungen, hundert-
 zehnteil, 100 Mark, Anwalderstrasse 148
 (Eingang Bergstrasse), Kottbuser-
 strasse 40, Große Frankfurterstrasse 56.

Teilzahlung, Teppiche, Betten,
 Gardinen, Regulatoren, Remontier-
 uhren, Silber, Spiegel, Möbel, Stepp-
 decken spottbillig Verhüllhaus Reichen-
 bergstrasse 6. 83/3*

Teppiche mit Farbensehern Fabrik-
 niederlage Große Frankfurterstrasse 9,
 parterre. 437*

Nische (geliebte) für Soa's-Möbel-
 Bände, Marmor, Beckenstrasse 10/11,
 Telefon Amt 4, Nr. 177 und 9806.

Vorjährige hochlegante Herren-
 anzüge und Paletots aus feinsten
 Stoffen, 25 bis 40 Mark. Zurück-
 gelegte Anzüge, Paletots, Beinkleider,
 Havelock, Gummimäntel, Joppen
 werden für die Hälfte der bisherigen
 Preise verkauft. Verbandshaus Ger-
 mania, Unter den Linden 21. 2168R*

Steppdecken billig Fabrik Große
 Frankfurterstrasse 9, parterre. 437*

Schlüsseln verschiedene Möbel,
 Tischlampen, Tischuhren, Herren-
 schreibstisch, Trucone, Cigaretten-
 geschäft Brunnstrasse 77. 2836b

Braunkohl bietet letzte Ge-
 legenheit, vollständige Wohnungs-Ein-
 richtung, auch einzeln, zu spottbilligen
 Preisen zu kaufen. Cigaretten-Laden
 Hofa, ept. 95, Seefisch 11, elegante
 gestohene Säuleneinrichtung 88, Verbin-
 dungsbüch, Möbelstühle Drannen-
 strasse 30. 2836b

Säulentruccone, geschliffen, vierzig
 Mark, eleganter Braunkohl sechs
 Mark, Straußbergerstrasse 5a I. *

Schrankgeschäft, passend für An-
 länger, billig zu verkaufen Lange-
 strasse 12, Kannann. Zu erfragen
 durch den Bierabzieher. 2836b

Gasofenhaus! Umlo-Gas-
 focher! 0,80. Jovellgasfocher! 2/1.
 Dreilocher 7,00! Gasdügel!
 Gasdügel 2/1! Dreifachmische
 Bronze-Gasföcher 0,00! Gasföcher
 1/1! Schranker Gasbeleuchtung
 billig! Köpfer, Söllner-Theater-
 strasse 32. 2851b*

Schlüsseln verkaufen Geschwister
 10 Zimmer Möbel, noch neu, auch
 einzeln, für Braunkohl, Penkone,
 Stannend billig. Tischstühle
 45,00, Salonarmatur 95,00, Trucone
 30,00, Kuchentisch 18,00, Stores, Gar-
 dinen, Steppdecken, Hererleppich
 4,75, Tischstühle 4,75, Köpfer-
 strasse 129a, I. 2851b

Gedrehter billig zu verkaufen.
 Näheres Köpferstrasse 5 in Cigaretten-
 geschäft. 2201R*

Damenjackets (Reismutter) e-
 legante Modelle, durchweg 7 Mark.
 Steppdecken in Seidenstoff 11/8 Mark
 durchweg 3,75. Tischstühle 4,75
 verkauft Julius Neumann, Bellealliance-
 strasse 105. 2203R*

Sommerpaletot, Anzüge spott-
 billig Verhüllhaus Reichenbergstrasse 6.

Regulatoren, Remontieruhren,
 Uhrketten, spottbillig Verhüllhaus Reichen-
 bergstrasse 6.

Spiegel, Bilder, Planins, Möbel
 spottbillig Verhüllhaus Reichenbergstrasse 6.

Teppiche, Vorleger, Tüchlein
 spottbillig Verhüllhaus Reichenbergstrasse 6.

Gardinen, Stores, Vorhänge
 spottbillig Verhüllhaus Reichenbergstrasse 6.

Betten, Steppdecken, Tischdecken,
 Wäsche, Kleidungsstücke spottbillig
 Verhüllhaus Reichenbergstrasse 6. 83/3*

Lambourier - Nähmaschinen, Gade-
 meyer, alleinst. Fabrikant E. Dell-
 mann, Gollnowstrasse 20, nahe der
 Landsbergerstrasse. 2058R*

Taschenbroschüren 0,75, Feder
 0,75, Leder 0,60, Köpferstrasse 105.

Heberzylinder, Herrenanzüge, wenig
 getragene Monatsgarderobe, von
 6 Mark an, große Auswahl, für
 jede Figur passend, auch neue, zurück-
 gelegte, kauft man am billigsten direkt
 nur beim Schneidmeister Jächensell,
 Rosenstrassestrasse 15 III. Sonntag
 den ganzen Tag. 107/12*

Entschertes Materialwaren-
 Geschäft, alle Artikel günstig
 veräußert. Näheres Reichmann,
 Steglitzerstrasse 80. 2867b

Verkauf umhängebader spott-
 billiger Hebergardinen mit Stores
 20,00, Tischstühle 9,50, zwei e-
 legante Steppdecken 11,50, großen
 Teppich 15,00, gutes Bett, Gardinen,
 Tischdecken, billig. Hoffmann, Nau-
 enstrasse 52. 2864b

Schlafsofa 20,00, Bettstelle, Maträtze
 15,00, wie neu. Paderbierstrasse 23,
 parterre. 58/10

Herrenrad, hochlegant, umhän-
 gebar jeden Preis. Weidenburger-
 strasse 3, Kausch. 107/13

Restaurant, gut gehend, Vereins-
 zimmer mit Piano, passend für
 Parteigebühren, in wegen Krankheit
 der Frau sofort billig zu verkaufen.
 Näheres Baderstrasse 22, Schuggeschäft.

Freiungsgeld, Röhre Schloßplatz,
 welches ich jahrelang mit unwider-
 spöchlichem Erfolg betriebe, muß leider
 krankheitsbedingt verkaufen. Riete 1200.
 Zwei Schillen, Kaffern 20 Pfennig.
 Kaufmann Comptoir Magazinstrasse 12 I.

Garnitur, Tischuhren, muß sofort
 verkauft werden. Jovellstrasse 120,
 Hof I. 83/11

Wirtschaft, Ruchelsofa, Ruchel-
 stühle, Schränke, Braunkohl, parterre,
 Gollnowstrasse 95 I. 83/12

Wäsche, Gardinen, Kleiderstoffe,
 Auswahl 0,50, Rabod, Reichen-
 bergstrasse 24. (Postkarte.) 4125

Werkstätten! Umzugs wegen
 des Preises noch je ein Paar hochlegante
 65,00, 110,00, (Doppelbettung) 140,00
 und 150,00 (Schloßtempel) sofort
 veräußert. Kappold, Kottbuser-
 strasse 18. 2865b*

Arbeitszimmer von 8- an,
 Erdbecker, Werkzeuge teilweise un-
 sonst. Näheres Köpferstrasse 5 in Cigaretten-
 geschäft bis abends 9, auch
 Sonntag. Einige gebrauchte billig.
 Hoffmann, Reichenbergstrasse 113.

Gangbares Grünzeuggeschäft in
 umhängebader sehr billig zu ver-
 kaufen im Preise von 600 Mark sofort
 oder später. Bienenstrasse 58a. 2859b

Wegen Krankheit veräußert Re-
 kulation, monatlich 27-32 Halbe
 Bayerisch, 8 Halbe Weißbier, Erforder-
 lich 2000 Mark, unter K. G. Hoff-
 mann 63. 2857b*

Unfallfassen, Rechtsbureau Gutger,
 Steglitzerstrasse fünfundsiebzig, 2061R*

Patentanwalt Danmann, Reichen-
 bergstrasse 57. 2847R*

Rechtsbureau! (Andreasplatz),
 Grünweg vierundzwanzig, lang-
 jähriger, Gerichtsbeistand! Steuer-
 beratung! Eingabengeld! Steuer-
 beratung! 2833b*

Runkelopfer von Frau Kostoff,
 Steinwegstrasse 48, Duergebäude hoch-
 parterre. *

Kaufversteigerung! Sofa 5,00, Maträtze
 4,00, auch anderem Hause. Hoffmann,
 Blumenstrasse 35 b. 2173R*

Handliche, Prinzenstrasse 65,
 Ecke Annenstrasse, täglich 8-8, Sonntags
 bis 9 Uhr geöffnet. 2183R*

Fahrradgeschäft, auch selbst, Kap-
 laff, Schönhauser Allee 163a. 93/19*

Bereinszimmer! Blumenstrasse 16,
 Kaninchen, 3 belgische Kiefern-
 raumler, Dodgefahr 1,00; Vorkriegs-
 raumler, Dodgefahr 0,50, Baum-
 schuleweg, Baumhuldenstrasse 27,
 Baum. 8

Violinunterricht in und außer
 dem Hause erteilt gewissenhaft
 H. Scholz, Kottbuserstrasse 13, vorn IV.

Rechtsbureau (Alexander-Platz),
 Ringstrasse achtzehn! Gerichtsbeistand,
 Eingabengeld, Anterstellung, 119/16

Steuerberatung, Klagen, Straf-
 sachen, Unfallfassen, Materialien
 Holzmarktstrasse 45a, Cigarrenladen.

Uhren, Goldschmuck, Brillen
 repariert Wilhelm Hade, Kottbuser-
 strasse 20. 4138*

Jahntelner C. Gebide, Ein-
 gaberstrasse 3. 4138*

Stellenangebote.
 Tischler für Möbelgeschäft, muß
 polieren können, Köpferstrasse 129a, I
 Gehalt 30 Mark, für bessere
 Sacco (Konfektion), S. Edders u.
 Dyckhoff, W., Leipzigerstrasse 50a,
 Eingang Jernalemerstrasse, Hof I.
 Formerlehrer verlangt Müller,
 Schillerstrasse 132. 83/7*

Tüchtige Formschleifer verlangt
 Reinhold Hirschfeld, Alexander-
 strasse 24. 2870b

Gärtnerlehrer verlangt Philipp
 Hund, Weidenstrasse 5. 2861b

Gebilde Tischplattenmacher bei gutem
 Preis und dauernder Arbeit werden
 gesucht, Köpferstrasse 11.

Velegierin sucht Teilhaber
 Barthele, Köpferstrasse 17. 2865b

Lehrmädchen zum Silberpolieren
 und Silberputzen in und
 auherm Hause verlangt Philipp
 Hund, Weidenstrasse 5. 2862b

Im Arbeitsmarkt durch
 besonderen Druck hervorgehobene
 Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.

Achtung! Achtung!
Holzbearbeitungsmaschinen-
Arbeiter.
 Bei Köster, Greifswalder-
 strasse, stehen sämtliche Maschinen-
 arbeiter im Streik. Der Betrieb
 von Walter Frankel, Walde-
 marktstrasse 14 ist für Arbeiter aller
 Branchen gesperrt. — Zugang ist
 streng fernzuhalten. 75/4*

Achtung, Holzarbeiter!
 Zugang ist streng fern
 zu halten von
 Bautischlern und Einsehern
 nach der Verhaftung
 Reif, Demminerstrasse und
 Straßburgerstrasse.
 Köster, Greifswalderstr. 80.
 Sämtliche Bauten der Firma
 Neumann, Lindenstraße,
 Van Simon, Regensburger-
 strasse,
 Van Wolf, Rixdorf, Schön-
 haldt-Tonauer, Gde.
 Van Hilsnitz der Firma Billig,
 Lindenstraße, Kurfürsten-
 damm-Gde Leibnizstrasse.
 Die Ortsverwaltung.

Verein der Töpfer
 Berlin und Umgegend.
 Bei dem Töpfermeister S. Berg,
 Bau Arbeiter in Trepten, haben die
 Kollegen wegen Lohnminderungen die
 Arbeit niedergelegt. Wir erlauben die
 Kollegen dieses zu beachten.
 287/20
 Der Vorstand.

Vermietungen.

Wohnungen.
 Kleine Wohnungen Müller-
 strasse 129, neues Haus. 2776b*

Zwei, drei Stuben vorn II, Stuben,
 Küche Hof, Köpferstrasse 15, Arfona-
 platz. 83/13

Zimmer.
 Möbliertes Zimmer, Herren,
 Elisabeth-Allee 11. 2860b*

Möbliertes Zimmer, 12,00 in
 Kustow, Schwarz, Ritterstrasse 109.

Schlafstellen.
 Möbliertes Schlafstelle, Kur-
 einzug, zwei Herren, Reichenberg-
 strasse 84 III links. 2863b

Mietsgesuche.
 Möbliertes Zimmer für einzelnen
 Herrn. Nähe Brunnenstrasse. Offerte
 mit Preisangabe Expedition Köpfer-
 strasse 24 unter P. L. 4109

Verschiedenes.

Rechtsbureau, Reich, Brunnen-
 strasse 67. Steuerberatung, Gerichts-
 sachen, Unfallfassen, Scheinungen.

Rechtsbureau. Prozessbeistand,
 Obkassengeld, Strafsachen, Alti-
 mentenfassen, Steuerfassen, Eingaben-
 gelder, Katerteilung, Brunnen-
 strasse vierzig. 2820b*

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.
 Kinder Stuhlrechter bittet um
 Arbeit. Stühle werden abgeholt, ohne
 Zahlung zurückgeliefert. Adressen
 Kottbuserstrasse 27, Köpfer. 2837b